2621/C/0001 0005
Andreas Wischner
Prinzregentenstr.46
1000 Berlin 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel Nr. 28 Jahrgang 4 Januar '87

Politik der Armut -Armut der Politik

Red. Nürnberg Die sozialpolitischen Wege in der BRD scheinen in Sackgassen gelandet zu sein. Der Ideenstreit im Umgang mit den sozial Schwächeren, mit Randgruppen, mit Marginalisierten oder einfach Hilfebedürftigen blieb die letzten Jahre beim Tanz um die **soziale Frage** stecken.

Einst wurde sie von der CDU als Antwort auf das gewerkschaftliche Schlagwort „neue Armut" in den Raum gestellt, doch man/frau blieb in den gesellschaftlich gesetzten Restriktionen verfangen.

Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik wurde zwar wieder einmal „entdeckt", aber was ausblieb ist der **Gesellschaftsvertrag**, welcher die offensichtlich sozialen Widersprüche überwindet.

Die Träger eines solchen Anspruchs bleiben wie Schatten am Horizont, denn der Besitzstand und die Zipfel der errungenen Macht sind Sozialbürokratien, Parlamenten, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen wichtiger, als die Aufhebung mieser Lebensverhältnisse eines guten Teils der Gesellschaft.

Und die Armen selber sind eine kaum faßbare soziale Größe geworden und noch weniger ein politischer **Block**, welcher in Macht und Staat mitmischt. Sonst wären es ja auch nicht die „Armen".

Die Begriffe und Verarbeitungsmethoden, die sozialpolitisch bei Armutsbewältigung angewandt werden, sind schon Grund genug, daß Menschen ausgegliedert werden. Die Kontrolle, Kostenrechnung und Kargheit beim Transfer der Mittel für sie, sind schon so eingefahren, daß Ansätze „neuer" Sozialpolitik an bürokratischer Ignoranz zu scheitern drohen. In der traditionellen Ansicht gehört Armut eben zur sozialen Organisation von Menschen und ihre Aufhebung soll Utopie bleiben.

Wenn wir also von „alternativer" Sozialpolitik reden, sollten wir uns mehr um den **gesellschaftlichen Reichtum** kümmern, als um die Verwaltung und Verteilung der Armut. Auch die Grünen sind sozialpolitisch auf dem Weg zum Mitmischen bei der **Verteilung** von „übriggebliebenen" Reichtumsresten, welches immer das Dilemma des Nichtbezahlbaren und doch Hoffnungsschürenden beim sogenannten Armen in sich trägt.[1]

Fortsetzung auf Seite 4

Wegen vorläufigen Ausfalls unseres für diese Ausgabe geplanten Schwerpunktthemas um die Auswirkungen des Scheiterns der Neuen Heimat auf die Wohnungspolitik und auf die Diskussion um die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens haben wir obenstehenden Beitrag, der Teil des für die Februar-Ausgabe vorgesehenen Schwerpunktes „Sozialpolitik" war, vorgezogen. Für den Monat Februar wird nun die Reihe Sozialpolitik mit dem Schwerpunkt „Sozialtechnologie" fortgesetzt, mit dessen geplanten Inhalt wir Euch auf dieser Seite in der rechten Spalte (Kasten) bekannt machen.

die Redaktion

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anti-AKW-Treffen

Red. Nürnberg *Vom 16. bis 21. Januar soll es in Nürnberg abgehen: die Stadt steht entweder im Zeichen weiterbestehender Widerstandsmöglichkeiten gegen WAA und Atomkraft oder für eine neue Phase und Qualität der Repression.*

Vor kurzem in Regensburg war sie noch von Stadtverwaltung und Gericht verboten und von der Polizei immer wieder unterbunden worden: bei der vergangenen Bundeskonferenz der Atomkraftgegegner hatten sich förmlich „Jagdszenen in der Oberpfalz" abgespielt. Nun kommt sie nach Nürnberg, die „BuKo" und mit ihr (hoffentlich) viele andere. Der ganze Bundeshauptausschuß (kleiner Parteitag) der GRÜNEN hat sich angesagt. Im Falle eines erneuten Verbots der BuKo soll bundesweit zur auf jeden Fall *geplanten Demonstration der BuKo am Samstag, 17.1., zum Nürnberger KOMM aufgerufen werden. Dort wollen die AKW-Gegner dann tagen.*

Aber auch vorher und nachher wird in Nürnberg so einiges ablaufen: nachdem inzwischen gegen alle Jahresausgaben des bayerischen Antiatommagazins „Radi Aktiv" ermittelt wird, ist zur Zensur einiger Ausgaben am darauffolgenden Mittwoch (21.1.87) der Prozeß vor dem Nürnberger Amtsgericht.

CONTRASTE bittet um Unterschriften unter die Solidaritätserklärung für „Radi Aktiv" und informiert zur neuen Ausgabe Nr. 11 auf *Seite 3*

Talkshow für die Kellerkinder

Red. Nürnberg Während viele linke Grüne und Nichtgrüne sich fragen, was denn die grüne Partei mit ihrem Umbauprogramm mehr leistet, als von der Betrachtung der Apokalypse now zur Apokalypse how voranzuschreiten, gab sich dieselbe unlängst in Wittgenstein zu Bonn am Rheine die Ehre. Alle Alternativos sollten kommen. Ein Gespräch vor dem Kamin im Salon des grünen Tagungsschlößchens mit Politikern aus Bund und Land stand in Aussicht. Der darauf folgende Montag sollte dann in der Bonner Vertretung der mitgrünen hessischen Landesregierung zur öffentlichen Anhörung über „ökologische Produktion – demokratische Betriebe" genutzt werden.

CONTRASTE war auch da – wir berichten auf S. 6/7

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

abgelehnt

Nachdem wir in unserer Dezemberausgabe über die ablehnende Haltung der Hamburger Projekte gegenüber dem SPD-Förderprogramm berichtet hatten, erreichten uns ähnliche Nachrichten aus einem weiteren SPD-Bundesland. Auf Seite 3 dokumentieren wir eine Presseerklärung des Netzwerk Selbsthilfe e.V., Saarland

Anarchie ist machbar...
Vier Tage lang geordnetes Chaos beim Treffen von FLI-Aktivisten (Forum für Libertäre Information). Ein Bericht von Gerhard Kern **auf Seite 5**

Blick zurück in die Zukunft
Ist die Zukunft wieder Gegenstand der Auseinandersetzung, des Kampfes? Über die Aufgaben der Netzwerke ein Beitrag von Peter Hess **auf Seite 7**

Erste Hilfe für Alternativbetriebe
Kaufen Und Verkaufen Ohne Geld (KUVOG). Wie funktioniert das? Gunar Seitz interviewte Nick Wahl, über das KUVOG-System. **Seite 9**

Notizen aus der Kulturszene
Vom Bundeskongreß soziokultureller Zentren bis zum ‚Weißbuch" zum „schwarz ärgern" über die „Kulturpolitik in Hamburg". Ein Querschnitt durch die Kulturszene von Eckard Holler. **auf Seite 10**

Vorankündigung Februar 1987

Sozialtechnologie
oder
Die Kunst, auch das marodeste System am Leben zu erhalten

Inhalt:

- Das System als Perpetuum mobile
- Pädagogik und Schule als Vorbereiter eines sicheren Ruhekissens der Herrschaft
- Sozialhilfeeinrichtungen der Nerz des Staates oder sanfter Rausschmiss?
- Psychiatrie als Knast der Seele
- Knast, die konsequenteste Aussonderung
- Körper und Seelenhandel heute
- Die selektive Aufgabe von Freizeitmanipulation, Berufsethos, Städteplanung und Architektur

Altpapier ist derzeit unverkäuflich. Die Halden wachsen. Die Marktwirtschaft verhindert sinnvolles Recycling. In Müllverbrennungsanlagen wird häufig Altpapier als zusätzlicher Heizstoff verwendet.

Eine Schleuder für David ...

oder: Ökonomie und Ökologie – zwei gleichberechtigte Partner?

Red. Berlin **Ökonomie und Ökologie sind zwei gleichberechtigte Partner, so wird uns zumindest dauernd von den Herrschenden in Politik und Wirtschaft vorgegaukelt. Als Paradebeispiel wird immer wieder die Recyclingwirtschaft angeführt. Doch mit dem Sinken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt ist auch das Interesse der Industrie an Altstoffen gesunken. Die Händler sitzen auf vollen Lagern und sind z.T. dazu übergegangen, Altpapier in andere Länder zu exportieren. Das wirkliche Kräfteverhältnis kommt wieder zum Vorschein: Ökologie – David gegen Ökologie – Goliath.**

Aber nicht nur wirtschaftlich wird das Recyclingsystem in Frage gestellt. Vor Jahren von Ökologen und Fachleuten zur Lösung des Müllproblems erklärt, wird immer deutlicher, daß das Recycling zu einer Steigerung des Marktanteils von Einwegverpackungen beiträgt. Das Wissen vom Glascontainer an der Ecke erleichtert das Gewissen beim Griff nach der Einwegflasche. Die Zahl der Einwegflaschen beim Bier ist, als ein Beispiel, von 1974 bis 1985 von zwei Millionen auf acht Millionen Flaschen pro Jahr gestiegen.

Besonders die Hersteller von Aluminiumverpackungen versuchen sich den Recyclingedanken als Werbeträger nutzbar zu machen.

Mit dem „Umweltargument" der Recyclingmöglichkeit versucht sie aus ihren Alu-Dosen „Mehrwegdosen" zu machen und so neue Marktanteile zu gewinnen.

So werden Recyclinggruppen aus der Ökologiebewegung unfreiwillig zu Werbeträgern für die Aluminiumindustrie.

Diese Erfahrung mußte auch das Institut für Ökologisches Recycling (IföR) aus dem Ökodorf in der Kurfürstenstraße machen. Um sich nicht als „nützliche Idioten" von der Aluminiumindustrie mißbrauchen zu lassen, **haben die IföR – Leute ihre langjährigen Aluminiumsammelaktivitäten eingestellt**. Für das IföR ist heute klar, daß Recycling nicht in der Lage ist, ein zusätzliches Müllaufkommen zu vermeiden. Beim Recycling handelt es sich nicht um Ursachenbekämpfung, sondern lediglich um eine kurzfristige Schadensbegrenzung.

Die Energieverschwendung und Umweltbelastung im Produktionsprozess läßt sich auch durch Recycling nicht rückgängig machen.

Die logische und konsequente Antwort auf die derzeitige Müllproblematik können daher nur wirksame Abfallvermeidungsinstrumente sein.

Die derzeitige Bundesregierung setzt in ihrem neuen Abfallgesetz auf freiwillige Vereinbarungen mit der Industrie. **Das IföR bewertet solche Maßnahmen als wenig wirksam und hält staatliche Verbote von Einwegverpackungen für notwendig.**

Zumal von solchen Verboten nur wenige große Firmen belastet würden, die ihrerseits die Existenz vieler kleiner Betriebe gefährden.

Nur 10 von 1268 Brauereien haben 1983 77% aller Bierdosen gefüllt. Unter 701 Betrieben, die 1983 Erfrischungsgetränke mit Kohlensäure verkauften lieferten nur drei Firmen 95% aller Dosen mit Erfrischungsgetränken.

Die Entscheidung von IföR, das Sammeln von Altrohstoffen einzustellen und sich ganz der Erarbeitung von Abfallvermeidungskonzepten zu widmen, ist sowohl in der Ökologiebewegung als auch in der interessierten Öffentlichkeit auf Unverständnis gestossen.

Das IföR versucht seinen Standpunkt durch eine sehr intensive Öffentlichkeitsarbeit darzustellen. Neben der Erarbeitung von Abfallvermeidungskonzepten führt das IföR auch Verbraucherberatung durch, um dem Verbraucher Möglichkeiten des bewußteren Konsums aufzuzeigen.

Für seine wachstums- und industriekritische Arbeit erhält das IföR bisher keinerlei öffentliche Unterstützung. Um das Bedürfnis zahlreicher Bürgerinitiativen, Seminare und Schulklassen nach Informationsveranstaltungen zu befriedigen, benötigte das IföR dringend technisches Gerät.

Netzwerk finanzierte dem IföR einen Overhead- und einen Diaprojektor! Wenig im Verhältnis zur PR-Macht der Industrie, aber vielleicht eine Schleuder für David.

Volker

Gesundheit und Selbstverwaltung

Arbeitsbedingungen in alternativen Betrieben

Red. Kassel Auf dem 4. bundesweiten Gesundheitstag im Mai 1987 wird dem Thema Selbstverwaltung breiten Raum gewidmet. Neben dem Diskussionsforum 1, das mit dem Motto „Wer verwaltet wen wohin?" überschrieben ist, befaßt sich das Diskussionsforum 3 mit Fragen der Gesundheit in alternativen Betrieben.

„Ist der alternative Arbeitsplatz ein gesunder Arbeitsplatz?", fragt sich Karl-Heinz Rosenhövel vom Verein Gesundheit und Ökologie. Karl-Heinz bereitet den Bereich Gesundheit und Arbeit für den nächsten bundesweiten Gesundheitstag vor, der vom 27. bis 31. Mai 1987 stattfindet. „Dabei soll insbesondere das Thema giftiger Chemikalien am Arbeitsplatz behandelt werden. Viele Betriebe, sind sie nun alternativ oder nicht, arbeiten mit Lösungsmitteln, Farben, Lacken, Zusatzchemikalien und anderen gesundheitsschädlichen Stoffen."

Nach Karl-Heinz sollen auf dem Gesundheitstag „Bausteine für ein besseres Arbeitsschutzprogramm" zusammengetragen werden. Hierfür sind Erfahrungen in alternativen Betrieben wichtig. „Aufgrund der selbstverwalteten Arbeitsweise müßten eigentlich gesunde Arbeitsstrukturen in alternativen Betrieben schnell einführbar sein. Insofern wären diese Betriebe Modell für ein gesamtgesellschaftliches Arbeits- und Gesundheitskonzept."

Jedoch hat auch Karl-Heinz leichte Zweifel an der besseren Gesundheit in alternativen Betrieben. „Nehmen wir einmal das Problem Alkohol. Nach sogenannten Progressiven Arbeitsmedizinern ist der Alkoholkonsum Produkt von fremdbestimmten Strukturen. Sollte diese These richtig sein, so dürfte in selbstverwalteten Unternehmen der Griff zur Flasche überhaupt nicht vorkommen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall."

Dieses Beispiel soll verdeutlichen, daß auch bei selbstgewählten und selbstbestimmten Arbeitsplätzen nicht alles in Ordnung ist. Oftmals bestimmt die Sorge um den Arbeitsplatz (durchaus eine Parallele zum etablierten Arbeitsmarkt) das Maß der Gesundheitssicherheit. „Alternativer" Streß und ein mangelndes Gesundheitsbewußtsein treibt viele „Selbstverwaltete" in unlösbare körperliche und psychische Probleme.

Karl-Heinz zum Psycho-Boom innerhalb der Szene: „Wenn jemand innerhalb der Szene nicht gut drauf ist, ist man schnell bei der Hand, irgendwelche Psychokisten einzugehen. Seien dies nun Gruppentherapien, Gesundheitsmeditationen oder der Gang zum Supervisor. Oft wird auch hier übersehen, daß eventuell der Arbeitsplatz die Quelle der Erkrankung sein kann."

Auf dem Gesundheitstag '87 in Kassel soll dieses Problem selbstverwalteter Betriebe diskutiert werden. Karl-Heinz vom Organisationsteam erwartet, daß viele Betriebe nach Kassel kommen: „In letzter Zeit ist mir kein anderer Kongreß bekannt geworden, der die ganze Komplexität von Selbstverwaltung, Ökologie und Gesundheit aufgegriffen hat. Ich denke, daß wir hier endlich anfangen können, von Gesundheit als politischen Faktor zu sprechen, auch und gerade in Alternativbetrieben"

Denn je belastender die Ökobedingungen im Ganzen (Schadstoffbelastung der Luft, Gewässerverschmutzung, Bodenversauerung ....) werden, wird der Bereich Gesundheit zunehmend an Bedeutung gewinnen. Hier sind die Alternativbetriebe gefordert, selbst Alternativen aufzubauen. Denn nur so werden sich alternative, selbstverwaltete Strukturen auf lange Zeit aufrecht erhalten lassen. „Selbstverwaltet und ökologisch arbeiten heißt nämlich gesund arbeiten."

Gunar Seitz

28.5. - 31.5.87

GESUNDHEITSTAG '87 KASSEL

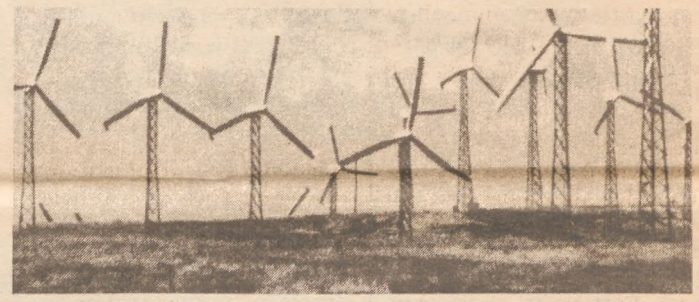
Friedrich-Ebert-Str. 177
3500 Kassel · ☎ 0561/34000

Veranstaltung

Red. Heidelberg **Anläßlich einer Projektewoche im „B 45", dem Jugend- und Kulturzentrum Neckargemünd wird vom 6. bis 15.2.87 die Ausstellung über neue Genossenschaften und selbstverwaltete Projekte „Gemeinsam und Selbstbestimmt – auf den Weg zu neuen Wirtschaftsformen" zu sehen sein.**

Während dieser nordbadischen Projektewoche ist neben einem Projektetreffen mit anschließendem großen Fest, einem Regionaltreffen der selbstverwalteten Jugendzentren, Netzwerkmitgliederversammlung und Film- und Theateraufführungen auch eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Alte und Neue Genossenschaften" mit jeweils einem (einer) Vertreter/in aus dem SPD-Bundesvorstand, dem DGB, der Handwerkergenossenschaft Mannheim und eventuell einem Vertreter der italienischen Gewerkschaften, die mit einer Delegation zum Besuch eingeladen wurden, vorgesehen.

Veranstalter sind das Netzwerk Selbsthilfe e.V., CONTRASTE und das Neckargemünder Kulturzentrum. Das endgültige Programm wird in der Februar-Ausgabe der CONTRASTE bekanntgegeben.



...und Vernetzung lohnt sich doch!

AK Selbstverwaltete Tischlereien: Prozeß gegen Auftragserschleicher

Red. Berlin Abitare ist ein Tischlerei-Kollektiv, das seit Sommer '82 besteht. Wir sind drei Frauen und zwei Männer, alle gelernte Tischler. Nach einer sehr schwierigen Situation am Anfang geht es jetzt langsam aber stetig bergauf. Reich werden wir nicht, aber das Überleben scheint gesichert.

Im Sommer '83 hatten wir kleinere Arbeiten in einem exclusiven Ku'damm-Restaurant gemacht. Die Auftraggeber – nennen wir sie Kreti & Pleti – betreiben außerdem einen Kücheneinrichtungsladen und einen Möbel-Abholmarkt. Im Herbst '85 fingen Kreti & Pleti nun an, für den Abholmarkt unter dem Namen Abitare zu werben, ja die Lettern über ihren Laden sind kaum von unserem Schriftzug zu unterscheiden. In Berliner Stadtzeitungen erscheinen ganzseitige Anzeigen.

Und dann ging es auch gleich los mit den Verwechslungen: Telefonanrufe, in denen wir nach Möbeln aus dem Abholmarkt gefragt werden; Leute, die uns mißtrauisch drauf ansprechen, wie wir uns vergrößern; Kunden, die sich wundern.

Wir waren natürlich sauer, nicht nur weil Kreti & Pleti offensichtlich, nachdem sie mit uns zu tun hatten, den Namen geklaut hatten, sondern auch, weil wir unseren Ruf und unser Geschäft gefährdet sahen. Wer an hochwertigem Innenausbau und handwerklicher Tischlerarbeit interessiert ist, wird immer schwerer den Weg zu uns finden. Wer bewußt einem selbstverwalteten Betrieb Aufträge geben will, wird wohl kaum noch zu uns kommen.

Da mit Kreti & Pleti nicht zu Reden war, blieb nur der Gang vor's Gericht. Die Rechtslage war mehr als eindeutig und so war es keine Frage, daß wir die erste Instanz gewannen. Aber Kreti & Pleti gingen in die Berufung, wohlwissend, daß das Urteil solange nicht rechtskräftig wird, wie das Kammergericht noch nicht endgültig entschieden hat. Eine vorläufige Vollstreckung des Urteils hätte zur Voraussetzung gehabt, daß wir DM 36.000 als Sicherheitsleistung auf den Tisch legen. Solange können Kreti & Pleti mit unserem Namen weiterwerben und unser Geschäft behindern.

Und genau auf diese rechtliche Hürde hatten Kreti & Pleti gesetzt. Sie waren sich nämlich sicher, daß wir dieses Geld nicht auftreiben könnten und deshalb glaubten sie, am längeren Hebel zu sitzen. Tatsächlich hatten wir das Geld nicht.

Zunächst versuchten wir es bei unserer Hausbank. Die stellte sich hin und behauptete, wir seien keinen Pfennig Kredit wert. Was tun?

Seit Juni '85 gibt es in Berlin den Arbeitskreis selbstverwalteter Tischlereien (AKST e.V.), dem wir angehören. Am Anfang stand der Erfahrungsaustausch, später organisierten wir unseren Einkauf gemeinsam über AKST und tauschten Spezialwerkzeug untereinander aus. Zwar haben wir mittlerweile unsere Aktivitäten auch nach Außen gerichtet und z.B. ein Projekt in Nicaragua gemeinsam mit DM 2.000 unterstützt, aber die Probe auf's Exempel, wo alle Tischlereien zusammen für eine einstehen, hatte es noch nicht gegeben.

Wir brachten die Sache auf dem AKST-Plenum zur Sprache. Und siehe da, alle anwesenden Kollektive erklärten sich spontan bereit, uns zu unterstützen und bei der Bank für einen Kredit bzw. die notwendige Bürgschaft zu bürgen. Auf Intervention des Netzwerks hatte sich nämlich die Bank bereit erklärt, den Kredit einzuräumen und kollektiv absichern zu lassen.

Es hat dann zwar noch einige Wochen gedauert, bis alles über die Bühne war – die Bank hat uns immer wieder neue Auflagen gemacht – aber schließlich ist das Ding doch gelaufen. Kreti & Pleti haben jetzt die Vollstreckung zugestellt bekommen, und in zwei Wochen muß der Name über dem Abholmarkt entfernt sein.

Alleine hätten wir es nicht geschafft. Ohne die Hilfe des Netzwerkes und vor allem der anderen selbstverwalteten Tischlereien wären wir zwar im Recht gewesen, doch wir hätten nichts damit anfangen können.

Weshalb ich diesen Bericht schreibe? – Weil ich denke, daß dies ein Beispiel dafür ist, daß Vernetzung klappen kann, daß Vernetzung sinnvoll ist und daß es eine Antwort auf die Frage gibt, worin sich selbstverwaltete Betriebe von herkömmlichen Betrieben unterscheiden.

Als nächstes hat sich der Arbeitskreis vorgenommen, im Februar zusammen mit dem Netzwerk eine Ausstellung über selbstverwaltete Tischlereien in Berlin zu machen. Es wird dies keine Verkaufsausstellung werden, sondern eine Ausstellung zum Thema Selbstverwaltung. Es fällt nicht immer leicht, die Energien für diese zusätzlichen Aktivitäten aufzubringen, aber der geschilderte Konflikt mit Kreti & Pleti hat uns noch einmal deutlich gezeigt, daß es sich lohnt.

Maria von abitare

Saarland

Selbstverwaltete Betriebe lehnen Förderrichtlinien ab

Presseerklärung des Netzwerk Selbsthilfe e.V., Saarland vom 17.12.1986

Red. Heidelberg Anfang Dezember verabschiedete das Kabinett „Richtlinien zur Förderung selbstverwalteter Betriebe, sozialer und kultureller Initiativen auf genossenschaftlicher Basis". Vorausgegangen sind seit März 1986 andauernde öffentliche Verhandlungen zwischen Vertretern der Ministerien Wirtschaft (federführendes Ressort), Soziales, Kultur, Finanzen und dem Arbeitskreis selbstverwalteter Projekte im Saarland. Die vorliegenden Richtlinien wurden auf Beschluß der Vollversammlung der selbstverwalteten Projekte am 9. Dezember einstimmig abgelehnt. Es wird bemängelt, daß sie nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der saarländischen Selbstverwaltungs - Bewegung nach Ausgleich struktureller Benachteiligungen gegenüber der herkömmlichen Mittelstandsförderung gerecht werden. Scharf kritisiert wird auch, daß die zuvor vereinbarte „demokratische Vorgehensweise" gegen Ende der Verhandlungen vom Wirtschaftsministerium nicht mehr eingehalten wurde. Die Richtlinien sind ohne weitere Anhörung der Betroffenen über ihre Köpfe hinweg „von oben" beschlossen worden.

Der Arbeitskreis der selbstverwalteten Betriebe im Netzwerk sieht in dem Vorgehen der SPD-Regierung eine bewußte Hinhaltepolitik, für die weniger interne Verwaltungsschwierigkeiten als der fehlende Mut, die vor der letzten Landtagswahl von Hajo Hoffmann und in Oskar Lafontaines' Buch „Der andere Fortschritt" vorgestellten Perspektiven und politischen Versprechungen umzusetzen, verantwortlich zu machen ist.

Statt das vom Arbeitskreis vorgelegte Modell einer Beteiligungsgesellschaft „Wirtschaftswunder mbH" zum zentralen Beratungsgegenstand zu machen, blockierte die Verwaltungsseite die Verhandlungsrunde durch die Erörterung ordnungspolitischer Fragen, mit denen das von politischer Ebene aus mehrfach betonte Recht auf öffentliche Hilfe für selbstverwaltete Projekte wieder angezweifelt werden sollte.

Der Arbeitskreis lehnte einen auf den hessischen Vergaberichtlinien basierenden saarländischen Richtlinienentwurf ab, weil er entgegen den Versprechungen des Wirtschaftsministeriums weit hinter den Hessenrichtlinien zurückblieb. Ein vom Arbeitskreis ausgearbeiteter Gegenentwurf, der Hajo Hoffmann in einem persönlichen Gespräch erläutert wurde, konnte nicht mehr zur Verhandlung kommen, weil sich das Wirtschaftsministerium unter Zeitdruck sah und seinen ersten, vom Arbeitskreis bereits abgelehnten Entwurf mit leichten Änderungen im Alleingang durch das Kabinett brachte.

Die entscheidenden Hilfen, die der Arbeitskreis in seinem Entwurf vorgesehen hatte und die auch schon die hessischen Richtlinien enthalten, wurden in die nun gültigen Richtlinien nicht aufgenommen. So sind weder Existenzgründungs- noch Investitionszuschüsse, noch eine Absicherung von Krediten der selbstverwalteten Projekte vorgesehen. Stattdessen wird ein Zuschuß zu Kreditzinsen angeboten, den kein Projekt in Anspruch nehmen kann, weil, wie die Praxis gezeigt hat, selbstverwaltete Projekte wegen ihrer kollektiven Organisation und der Ablehnung von Profitorientierung bei Banken keine Kredite erhalten. Andererseits hat sich das Land ein Projekt herausgepickt, das Investitionszuschüsse in Höhe von 30% erhalten soll. Dieser Vorgang belegt einmal mehr die Notwendigkeit einer weitestgehend von den Ministerien unabhängigen Mittelvergabe durch die bereits seit Jahren funktionierenden Organisationen der Betroffenen selbst.

Obwohl der Arbeitskreis in den Richtlinien der Landesregierung auch positive Ansätze wie die institutionelle Förderung von Netzwerk und Zukunftswerkstatt und die Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sieht, muß er für dieses Jahr eine Förderung durch das Land ablehnen.

Obwohl das Land die Notwendigkeit einer eigenen Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft erkannt hat, legt es nun Richtlinien vor, die in keinem Punkt auf die strukturelle Benachteiligung selbstverwalteter Betriebe eingehen, weil insbesondere das Wirtschaftsministerium nicht über die herkömmlichen Wirtschaftskategorien hinausdenkend zu einem sozial-politischen Reformansatz zu bewegen war. Solange die Ministerien an ihrem eingeschränkten Ressortdenken festhalten, können sie kein, der spartenübergreifenden ganzheitlichen Organisationsstruktur neuer Genossenschaften adäquates Förderinstrument schaffen. Deshalb fordert der Arbeitskreis die Aufhebung der Richtlinien und die Bereitstellung eines für 1987 doppelt so hohen Haushaltstitels zur Förderung selbstverwalteter Projekte.

Arbeitsgemeinschaft gegründet

Hessische Tagungshäuser und Bildungsstätten in Selbstverwaltung

Red. Heidelberg Ende November trafen sich ein Dutzend Leute aus hessischen Tagungshäusern, um sich nach Jahren der Eigenbrödelei wieder auszutauschen und gemeinsame Vorhaben zu erörtern.

Als ermutigendes Ergebnis wurde die AGHT gegründet, als deren Kontaktadresse Gerd Müller aus der Alten Kelterei, Arnshain fungiert. Er hatte durch Besuche und Rundreisen über die Jahre Entwicklungen der einzelnen Häuser verfolgt und den Kontakt gepflegt. Dabei spielten die vormals gepflegten Ressentiments gegenüber „Edelhäusern" oder „Privatmachern" keine Rolle. Gut so, denn die Entwicklung hat vieles verändert:

- zum einen sind Kollektive auf Einzelkämpfer geschrumpft;
- haben sich Ansprüche nach mehr Qualität in allen Häusern durchgesetzt;
- ist die Orientierung auf eigene Bildungsangebote bei allen Häusern in Richtung eines eigenen Programmangebotes entwickelt worden.

Die Arbeitsgemeinschaft will in kürze ein Heft mit den Selbstdarstellungen der mitarbeitenden Häuser herausbringen und mittelfristig eine Programmübersicht zusammenstellen.

Die Entwicklung vom reinen Fremdbelegerhaus zu eigenen Bildungsangeboten vollzog sich über Pädagogen, bzw. sog. Bildungsarbeitern, die aus anderen Bildungsinitiativen kommend, Aufträge für Bildungsarbeit mitbesprechen. Es werden in manchen Häusern mehr als 20 Bildungsurlaube im Jahr mit oder für andere Träger veranstaltet.

Wichtig war aber auch die regionale Gebundenheit, die gerade kulturell verödende Regionen befruchtete. Kinderkino, Musikkurse, Workshops und Festivals bilden offene Angebote; mittlerweile arbeiten aber auch Tagungshäuser in traditionellen Kulturvereinen am Ort, geben Nachhilfe oder mischen in der Kommunalpolitik mit. Dazu kam, daß eine qualitative Antwort auf Bildungsfragen geleistet wurde, in dem von den vorherrschenden Kopf-Bildungsangeboten Abstand genommen wurde. Alle Häuser bieten außer themenbezogenen Angeboten, handwerkliche, kreative und praxisbezogene Kurse als Ergänzung oder in Kombination an (Umwelterkundungen, Töpfern und Therapie, Spurensicherung).

Wir kamen zu der Vorstellung, auch gemeinsame Bildungsveranstaltungen anzubieten und uns Nachfragen von Trägern gegenseitig zu vermitteln. Diese Perspektive könnte unterstützt werden durch die Beteiligung an einer Grün-Alternativen Stiftung, die in fast allen Bundesländern bereits existiert.

Rolf Klatta

Kontaktadresse der Arbeitsgemeinschaft:
Alte Kelterei
Kasseler Straße 20
6322 Kirtorf 2 (Arnshain)
Tel. 06692/63 26

20 Jahre Bildungsstätte in Selbstverwaltung

Ein weiter Weg

Jugendhof
Bessunger Forst e.V.

Preis 5.– DM
+ 1.– DM Versand

Bestellungen über:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 183
6101 Roßdorf 1

Resolution

gegen die jüngsten Angriffe auf Anti-Atom-Bewegung und Jugendprotest

Die Bundesdelegiertenversammlung des Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP) hat sich in ihrem inhaltlichen Teil mit dem Thema „Zukunft der Energieversorgung und Anti-AKW-Bewegung und die Rolle der Jugend im Widerstand" beschäftigt. Dabei wurde festgestellt, daß die Besorgnis der Bevölkerung – insbesondere bei großen Teilen der Jugend – gegenüber der menschenverachtenden Atomindustrie wächst. Daß diese Betroffenheit in aktives Engagement und gemeinsame Aktionen führt, unterstützen wir. Daß es dabei zu unterschiedlichen Ansichten in der Form des Widerstands kommt, halten wir für selbstverständlich, die offene Auseinandersetzung darüber für erforderlich.

Aus aktuellem Anlaß protestieren wir gegen die Außerkraftsetzung der Grundrechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Die in diesem Zusammenhang betriebene Kriminalisierung engagierter Teile der Jugend ist ein unerträglicher Zustand, gegen den wir uns zur Wehr zu setzen haben!

Einige Vorfälle der letzten Zeit im einzelnen:

1. Das Verbot und der Versuch der Verhinderung der Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung in Bayern.
2. Die Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung von Hunderten von Jugendlichen in einem Jugendzentrum in Göttingen, mit der eine Diskussion über Widerstandsformen gegen Häuserräumungen in ihrer Stadt erstickt wurde.
3. Die willkürliche Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktion gegen sämtliche Wohnungen eines Selbsthilfeprojekts des BDP in Westberlin, wo der – aus der Luft gegriffene – Verdacht gegen eine Bewohnerin herhalten mußte für eine stundenlange Polizeiaktion gegen alle Mieter des Hauses.

Die BDV des BDP wertet diese Vorfälle als staatlicherseits inszenierte Provokation in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, auch um die sogenannten „Sicherheitsgesetze", die in einer Weise geführt wird, die die Protestbewegung gegen die Atompolitik, sowie den Jugendprotest überhaupt, als terroristisch denunzieren soll.

Wir hoffen, daß die damit beabsichtigte Spaltung der Bewegung fehlschlagen wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SOLIDARITÄTS ERKLÄRUNG

Zum Prozeß gegen das bayerische Anti-Atom-Magazin RADI - Aktiv

Die bayerische Staatsregierung steuert unbeirrt den Kurs der weiteren Nutzung der Atomenergie, der Wiederaufarbeitung des Atomstaates an. Um den Widerstand gegen diesen atomaren Wahnsinn zu zerschlagen, wird der Widerstand kriminalisiert, die Diskussion von Widerstandsformen und die Vorbereitung von Aktionen verboten.

RADI - AKTIV berichtet seit zwei Jahren über den Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf, über staatliche Repressionen und die Gefahr von Atomanlagen. Es versteht sich als Diskussionsplattform aller Widerstandsformen. Mit gesetzlichen und juristischen Repressionsmaßnahmen soll jetzt das weitere Erscheinen des RADI - AKTIV verhindert werden. Dabei schreckt die Staatsanwaltschaft nicht vor willkürlichen Konstruktionen zurück, um die Anklage zu begründen. Der Prozeß gegen die presserechtlich Verantwortlichen des RADI - AKTIV soll ein weiterer Schritt bei der Zerschlagung der WAA-Widerstandsstrukturen werden. Rechtsstaatliche Grundsätze spielen dabei keine Rolle.

Staatsanwälte und Richter sind in diesem Prozeß die Vollstrecker der von der bayerischen Staatsregierung gewollten Zensur radikaler oppositioneller Meinungen. Sie sind Handlanger derjenigen, denen das Grundrecht auf Pressefreiheit, das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit nichts gilt, wenn es um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele geht. Das Verbot der Buko, der Verwaltungsgerichtspraxis, die skandalösen Urteile gegen AKW-/WAAGegener sind nur einige Beispiele.

Wir protestieren gegen die Anklageerhebung gegen die presserechtlich Verantwortlichen des RADI - AKTIV und fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren. Dieser Prozeß stellt einen Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Er reiht sich nahtlos in die skandalöse Kriminalisierung all derjenigen ein, die konsequent für die Verhinderung der WAA eintreten.

- *Wir werden diesen Prozeß verfolgen und wenn möglich, auch im Gerichtssaal anwesend sein.*
- *Wir werden den Justizskandal benennen und öffentlich machen.*
- *Wir werden weiterhin gegen die WAA in Wackersdorf und gegen alle Atomanlagen Widerstand leisten.*
- *Wir werden das RADI - AKTIV unterstützen und verbreiten, damit es auch in Zukunft mit dem bisherigen Konzept erscheint.*

Bitte diese Solidaritätserklärung ausschneiden und mit Unterschrift(en) an untenstehende Redaktionsanschrift (bis 17.1.) schicken.

Ein Jahresabo (5 Ausgaben kostet incl. Porto 25.– DM. Ein Förderabo kostet 30.– DM. Ab 5 Exemplaren kostet 1 Exemplar 3.– DM zzgl. Porto. Einzelpreis: 4.– DM
Bestellungen und Spenden auf Postgiroamt Nürnberg, Anita Aschenbrenner, Sonderkonto, Kto-Nr. 113 237 – 850
Redaktionsanschrift:
RADI-AKTIV
Rothenburger Str. 105
8500 Nürnberg 70

Das neue RadiAktiv

Politik der Armut

~ Armut der Politik

Fortsetzung von Seite 1

Alles muß der Mensch selber machen

„..., daß wir Menschen unsere Geschichte selber machen müssen" ist das Resultat des Veränderungsansatzes alternativer Sozialpolitiker. Dieses Wir-Gefühl den Menschen zu vermitteln müssen, stellen die „alternativen Autoren" mit Erschrecken fest.[2]

Vor zehn Jahren stellte Heiner Geißler, als Minister für Soziales in Rheinland-Pfalz, „bittere" Armut in seinem theoretischen Erguß über die „neue soziale Frage" fest. Er ging und geht auch heute noch soweit, daß er den Widerspruch, der zu dieser „Frage" führt, der Kluft zwischen Macht, Organisation Produktion und Ohnmacht, Unterprivilegierung, Unorganisiertheit anlastet, welche den „Staat als Anwalt des Gemeinwohls" zur Aufgabe des Schutzes, der an „Wand gedrückten", auf die Matte ruft.

Die alte „soziale Frage", nämlich die zwischen Arbeit und Kapital, ist für den Konservativen kalter Kaffee aus dem 19. Jahrhundert, denn die Unternehmer, bzw. Gewerkschaften bilden bedeutsame Träger der organisierten Interessen, welche beiderseits die abseits und existenziell Gefährdeten außer Acht lassen.

Die Begierde nach Schöpfung von Reichtum, Wachstum und auf Kosten anderer und die Abschottung gegenüber den Risiken der kapitalistischen Ökonomie zeigen auf beiden Seiten den Grund für Armut von Menschen: Die einen **fallen** aus dem Wettbewerb um Gewinn **heraus**, die anderen schaffen es nicht ihren Reichtum gegenüber den Risiken zu **sichern**, sondern verlieren ihn.

In der Durchgängigkeit des kapitalistischen Wettbewerbs, können nach dieser Ansicht, klassentheoretisch, Kapitalisten und Arbeiter „arm werden".[3]

These 1

Sozialpolitik ist kein gesellschaftlich umfassender Begriff, sondern wird je nach geschichtlichen Umständen und politischem Machtgefüge funktional und inhaltlich eingeschränkt oder ausgedehnt.

Die ökonomischen Machtzentren und Kernsektoren „sozialisieren" ihre Modernisierungserfolge, aber schotten sich gegenüber solidarischer Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben ab. Das bedeutet, daß unterschiedliche Lebensverhältnisse zementiert werden, viele Menschen nicht mehr „integriert" werden können und „neue" soziale Bereiche belastet werden. (Ausgegliederte Massenarbeiter, der Dienstleistungs- und Staatssektor).[4]

Die Neuzusammensetzung der Klassen entsprach den Planungen des Staates nicht mehr und „neue" Wünsche und Bedürfnisse an Lebensformen traten kulturell und sozial verstärkt an die Oberfläche. Mehr arbeitswillige Frauen, die Veränderungen in der Familie und eine steigende Anzahl alter Menschen ohne familiäre Bindungen sind Ausdruck dessen. Dadurch entstanden Brüche in der traditionellen Sozialstruktur, Umwandlungen in den Kulturen und Lebensweisen und eine „neue Unübersichtlichkeit" (Habermas). Es herrscht mehr und mehr der „Zeitgeist" und die orientierenden Maßstäbe sind nicht mehr den politischen und sozialen Vorbildern anderer Epochen entlehnt.

Es entstand ein „offener" Streit ob das Handeln der Menschen nun in Klassenzusammenhängen, nach gesellschaftlichen Gesetzen abläuft, oder ob der Individualismus in den Kommunen rationales Handeln bestimmt.[5]

Nach der vollkommenen Durchsetzung industrieller Wirtschaftsweise wirkt sich der Markt und das Marktgeschehen, insbesondere das um die Arbeitskraft, zunehmend als „Ordnungskraft" auf die Sozialpolitik aus. Der Sozialstaat, aber auch nichtstaatliche Vereinigungen, wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen usw. versuchen sozialpolitisch auf die Güter- und Leistungsverteilung einzuwirken. Je nach Ausrichtung können sich dadurch Erwerbs- und Lebenschancen verbessern oder verschlechtern. Dabei verweisen Kritiker auf die „Sozialstaatsillusion", da sie meinen, daß die Ungleichheit in der Gesellschaft von der **Produktion** der Waren und Güter abhängig ist und nur dort Entscheidendes für die Verteilung sozialer Sicherheit und Gleichheit geschehen könne. Deshalb würden Betriebsverfassung, Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Arbeitsrecht und die Geschichte der Produktionsformen die eigentliche Grundlage der Sozialpolitik sein.

Immer noch wird aber die soziale Sicherung und das System des institutionalisierten, sozialen Interessensausgleichs durch Staat und Kommunen als Sozialpolitik verstanden. (Kinder- und Jugendlichenschutz, Schutz bei Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit und Sicherung im Alter oder bei Tod des Ernährers). Dies gilt besonders in der Arbeitsaufteilung der Parlamente, wo Sozialpolitik ein besonderer Sektor wurde und „Spezialisten" entstanden, die Gesetzesvorlagen und politische Linien erarbeiten, welche öffentlich oft schwer zu entschlüsseln sind.

Für den Sozialstaat entstand eine „Pause", jedoch auch eine immer deutlicher werdende Diskontinuität gegenüber der Entwicklung der industriellen Technologie und dem kulturellen Wandel. Diese Pause verlängert sich, denn einerseits bleiben Arbeitslosenkontigent und die hohen Armutsziffern auf längere Sicht bestehen. Andererseits gibt es nichts Entscheidendes in der politischen Sicherungsdebatte von Menschen zu berichten.

These 2

Der „erfolgreiche" Sozialstaat gerät in die Situation, in der bewußt wird, daß er selbst keine autonome „Quelle von Wohlstand" ist und Lebens- bzw. Arbeitsplatzsicherung *rechtlich* nicht durch ihn selbst zu garantieren sind. (C. Offe)

Die heutige Industrialisierung mit ihren revolutionierenden Technologien heißt nicht nur die Dominanz fabrikmäßiger Arbeitsteilung, sondern die gesamte Modernisierung der Gesellschaft durch Produktinnovationen und ständiger Rationalisierung. Neue Produktionskonzepte hatten und haben eine Chance in ihrer Durchsetzung und der oft geglaubte „Zusammenbruch" blieb aus.

Von wirtschaftlicher Krise zu reden, wäre Unfug. „Krisen" gibt es in den Grenzsektoren industrieller Produktion, dem Arbeitslosen-Segment des Arbeitsmarktes und bei der Marginalisierung größerer gesellschaftlicher Gruppen. Hier entstehen langfristige „Lebenskrisen" und nur mit komplexer Betrachtung kommen wir dieser tatsächlichen Verelendung auf die Spur. Armut bedeutet nicht gleich Not. Sie ist nicht unbedingt die „relative" Schlechterstellung eines Menschen, sondern eine Lage in der nicht mehr ein menschenwürdiges Dasein geführt werden kann.

Der heutige Streit um die Zukunft des Sozialstaates ist der Streit um politische Wege die „Ausgrenzung" erträglich zu machen.

Meist geht es – kurzfristig gedacht – bei traditionellen und reformerischen Vorschlägen **gegen** die Ausgrenzung und Unterprivilegierung von Teilen der Gesellschaft um Konzepte, die immer noch nur gruppenspezifische Benachteiligung in den Griff kriegen zu wollen. Die Mittel dazu sind Einzelfallbetreuung und Geldzuwendungen (Sozialsubventionen) und weitaus weniger der Aufbau sozialer Gemeinschafts- und Solidarstrukturen.

Dagegen steht auch bei einigen Sozialpolitikern konservativer und 'alternativer' Prägung die Schaffung „kleiner Netze" im Mittelpunkt, obwohl sie wissen, daß damit die Ordnungskräfte Markt und Staat nicht zum Verschwinden zu bringen sind.[6]

„Die „recht verstandene" Auslegung des Subsidaritätsprinzips könnte bedeuten, der gesellschaftlichen Organisierung der sozialen Sicherheit Priorität einzuräumen. Das geschieht jedoch deswegen nicht oder nicht ausreichend, weil gesellschaftliche Hilfe im Fall sozialer Not den einzelnen fördern soll. Dieser muß überprüft werden, ob er auch **bedürftig** *ist. Solidarische gesellschaftliche Hilfe wird damit zur Einzelhilfe.* **Durch diese Tendenz zur Vereinzelung hat das Subsidaritätsprinzip eine entsolidarisierende Wirkung."** [7]

Im sozialpolitischen Gerangel um die „Mitte" der Gesellschaft ist nicht in Ansätzen an Verschiebungen gedacht worden, da wir dort in der „reichsten Gesellschaft der Welt" leben.

Dies ist eben die Peinlichkeit der Argumentation, denn Armutstheoretiker haben nicht das Problem des Hungers in der BRD zu bewältigen, sondern das des „dicken Bauches": trotz Armut und wenig Einkommen vieler der von der Sozialpolitik Betroffenen.

Was mit den Menschen am Rande der Gesellschaft geschieht, ist politisch solange uninteressant, solange nicht mit Kontinuität – der Spiegel des verzerrten Reichtums der sozialen Mitte vorgehalten wird.

Dazu sind die Gruppen der sozial Betroffenen aufgefordert und öffentliche Kommunikation und Medien Voraussetzung, was einer demokratischen Grundverfassung eigentlich entsprechen sollte, aber in der Realität nur in wenigen Ansätzen vorhanden ist.

These 3

Sozialpolitische Forderungen müssen authentisch vorgetragen werden. Sie bedürfen der Legitimation durch wissenschaftlich-analytische Grundlagen und oppositioneller Politik, um überhaupt Gehör zu bekommen.

Den „Betroffenen" steht eine gesellschaftliche Mehrheit von Nicht- und einigen noch-Nicht-Betroffener gegenüber. Diese beiden Gruppen haben Übergänge und Kommunikation. Die sozialwissenschaftlichen Abhandlungen werden kaum registriert, jedoch in der Regenbogenpresse werden die „Schicksale" ständig reproduziert. (In ein und demselben Blatt erscheint oft je ein Beispiel eines „Armen" **und** die Nöte und Sorgen eines „Reichen"; und sei's ein Star der amerikanischen Fernsehfolge).

Die Inflation des sozialen Risikos und der Versehrtheit, mit Folge „Armut" treibt die Kosten und Ratlosigkeit zugleich hoch. Insbesonders, wenn ökologisch soziale Schäden mit einbezogen werden.

„Parallel mit der Verschärfung der Risikolagen schrumpfen die privaten Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten und werden gleichzeitig propagiert."[8]

Und da sich längst nicht alle Betroffenen öffentlich „melden", ihre rechtsmäßige Zuwendung in Anspruch nehmen, ist eine Kosten- und Effiziensberechnung massiv hinterfragbar. Wenn Rechts-, Zuständigkeits- und Entschädigungsfragen wirklich ins Rollen kommen bedeutet dies einen Kollaps in der Sozialverwaltung.

Ausweg „Selbsthilfe"

Es ist schon ein Schlüsselwort geworden, daß sich Menschen in Notlagen selber helfen, doch was „Selbsthilfe" bedeutet ist unbekannt.

Sozialverwaltungen orientieren sich auch in dieser Hinsicht an gesetzlichen und organisatorischen Gegebenheiten und erst seit einiger Zeit an den Wirkungen.

Die Selbstdarstellung der Praxis von Armutspolitik (auch in Bezug auf Selbsthilfe) beschränkt sich in der Regel auf die Darstellung des eingesetzten Aufwandes in Medien und Öffentlichkeit für die Realisierung behaupteter Ziele und weniger an der Wirkung.

Der Aufwand wird zum Maßstab des Erfolges [9]

Die Ermittlungen der Wirkung von Programmen mit Erfolg und Nichterfolg ist kaum vorangekommmen, da die sozialen Normen und politischen Anweisungen wenig mit gesamtgesellschaftlicher Kooperation und zwischenmenschlichem Zusammenwirken verbunden werden konnten. Auch ein ganzheitliches Denken und Vorgehen steht noch aus und so zerren, wenn überhaupt, noch vielfältige Kräfte am Hals der Ausgegliederten (Gründe wurden vorher genannt).

Selbsthilfe entstand als Gegengewicht zum Ausgeliefertsein: „sich selbst dort um seine eigenen Anliegen kümmern, wo Not auftritt und nicht solidarisch von der Gesellschaft (Staat, Verbänden, Institutionen usw.) ausreichend abgefangen wird oder wo Zuständigkeiten zur Regelung von Lebensnotwendigem nicht, bzw. unzureichend von den zur Bewältigung Verantwortlichen geleistet werden."

Der Gebrauch und die Assoziation von Selbsthilfe im herkömmlichen Sinne sind ein wenig zu eng gefaßt, da der Selbsthilfebegriff signalisiert, daß Betroffene in der Regel von Fremdzuständigkeiten, Fremdverantwortung und einem gewissen Betreuungsanspruch für ihr Leben als Anrechte gegenüber der Gesellschaft ausgehen. So heißt es doch oft: „Sie griffen zur Selbsthilfe, wo staatliche Hilfe nicht hinreichte". „Er half sich selbst, nachdem ihn niemand wollte". „Jetzt nehmen Behinderte, Alleinerziehende, Alte usw. ihre Sache selbst in die Hand". Aufgrund der häufigen Aufgabengewichtung (Anklage, Forderung, Mahner, Verteidiger) gerät der Selbsthilfesinn allzuoft in das Fahrwasser reiner Defizitkompensation. Diese Art Selbsthilfe wird von selbst, bzw. gesellschaftlich ernannten „Makelmenschen" (z.B. Arbeitsloser, Behinderter, Sozialhilfeempfänger usw.) zum Ausgleich ihres „Makels" betrieben.[10]

These 4

Wenn jetzt Selbsthilfe nicht als Strategie der Notbewältigung entsteht, sondern die als Lebensentwicklung, um auch den Arbeitsethos zu überwinden und nicht zur Aufhebung des „Makels", dann könnten Zieldefinitionen und Unterstützungsansprüche bei der Sozial- und Armutspolitik neu definiert werden.

Grenzüberschreitungen

„Ich halte die ‚Entlarvung', in Deutschland habe sich an der sozialen Situation der Menschen in den letzten hundert Jahren nichts Wesentliches verbessert, nicht nur für absurd, sondern auch für politisch falsch. Sie wurde geboren aus der verfehlten Hoffnung, Elend mache radikal. Doch die Menschen, über die da geredet wird, kennen ihre

Fortsetzung nächste Seite, linke Spalte

Fortsetzung

eigene Situation besser als die sozialwissenschaftlichen ‚Entlarver'. Und sie wissen auch, wie es früher gewesen ist."[11]

Die, die reich sind, wissen um ihre Situation ebenso, und wenn sie nur ängstlich und begierig zugleich, täglich ihre Konten und Wertgegenstände überschauen (Diese Angst kennen wir von Kind an aus dem Verhalten des Dagobert Duck).

Sicherlich kommt jetzt die Zeit eines neuen **Glaubenskrieges** indem „Wohlstand", „Fortschritt", „wissenschaftliche Rationalität" in der Bewältigung sozialer Probleme zum Kampf um abgesicherte oder „neue" Lebensformen wurde.

Die Verbündeten und die Gegner werden neu gemischt. Mobilität und Veränderungswille sind nicht mehr den „kontrollierenden Schutzzonen" zugewiesen, wie es die Industriegesellschaft in ihrer Konstitution gerne gehabt hätte.

„Jetzt gibt es eine Art Gefährdungs-Schicksal in der entwickelten Zivilisation, in das man hineingeboren wird, dem man durch alle Leistung nicht entkommen kann, mit dem ‚kleinen Unterschied' (das ist der mit der großen Wirkung), daß wir mit diesem alle ähnlich konfrontiert werden.

In der entwickelten Zivilisation, die angetreten war, um Zugewiesenheiten abzubauen, den Menschen Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen, sie von Naturzwängen zu befreien, entsteht also eine neuartige, globale, weltweite Gefährdungszugewiesenheit, der gegenüber individuelle Entscheidungsmöglichkeiten schon deswegen kaum bestehen, weil die Schad- und Giftstoffe mit der Naturbasis, mit den elementaren Lebensvollzügen in der industriellen Welt verwoben sind. Das Erlebnis dieser entscheidungsverschlossenen Risikobetroffenheit macht viel von dem Schock verständlich, der ohnmächtigen Wut und dem ‚no-future-Gefühl', mit dem viele zwiespältig und in zwangsläufig nutznießender Kritik auf die jeweils neuesten Errungenschaften der technischen Zivilisation reagieren: Kann man gegenüber dem, dem man nicht entkommen kann, eine kritische Distanz herstellen und bewahren? Darf man nur deswegen, weil man ihm nicht entkommen kann, die kritische Distanz aufgeben, sich in das Unvermeidliche mit Spott oder Zynismus, Gleichgültigkeit oder Jubel flüchten?"[12]

Peter Hess

Anmerkungen

1 Beispiele finden sich in den „Entwürfen zum Sozialstaat" in: Die Öko-soziale Frage, Michael Opielka (Hrsg. Ffm. 1985)
2 a.a.O. S. 49
3 Heiner Geißler, Die neue soziale Frage – Armut im Wohlfahrtsstaat, Freiburg 1976
4 Vgl. Volker Hentschel, Geschichte der Deutschen Sozialpolitik, 1880 – 1980, Ffm. 1983
5 Vgl. A. Przeworski u. K. Hübner/M. Stanger in ProKla, Zeitschrift für Ökonomie und Politik, Nr. 62
6 Vgl. Schlaraffenland ist abgebrannt, Herder Freiburg/Basel/Wien, 1986
7 a.a.O. S. 13
8 Ulrich Beck, Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, S. 47, Ffm., 1986
9 Vgl. Kaufmann u.a. – Sozialpolitik und familiale Sozialisation, zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen, 1980
10 Schlaraffenland, a.a.O., S. 40 f.
11 Wolf Wagner – Die nützliche Armut – eine Einführung in die Sozialpolitik, S. 9, Berlin, 1984
12 Ulrich Beck, a.a.O., S. 54

Anarchie ist machbar...

Forum für Libertäre Informationen

Red. Heidelberg Vier volle Tage hatten die Anarchisten aus dem Umkreis des **Schwarzen Faden** Zeit, um aus dem wahrhaft gemütlichen selbstverwalteten Tagungshaus „Jugend und Bildungshaus Tettenborn" in Bad Sachsa an der häßlichen Grenze, deutsch-deutschen Grenze, ein geordnetes Chaos zu machen.

38 Anwesende stellten nicht nur das Haus auf den Kopf, den Aschenbecher neben die Butter, sondern verlagerten zum Teil die Nacht auf den Tag. Aufstehende und zu-Bett-Gehende grüßten einander diametral. 4 Kinder verhalfen der Veranstaltung zur Vollendung des Chaos.

Seit der Entdeckung des „Verfalls der Lohnarbeit" und „des Rechts auf Faulheit" vor zwei Jahren während eines FLI-Treffens, begleitete das Motto „Anarchie und Luxus" auch dieses Treffen mit realistischer Präsenz. Sekt, Wein, Bier, Kaffee, Brötchen, Sauna ...

TROTZDEM kam die selbstgewählte Arbeit nicht zu kurz und forderte gar zur Intensivierung auf. Es gibt viel zu tun ....

Über den Tag und in der Nacht, im Plenum und in den Arbeitsgruppen, wurden schließlich 10 Themen andiskutiert und sollen in folgenden Treffen vertieft werden. Beinahe ein Abfallprodukt war schließlich die Realisierung eines An-Archivs.

In der nächsten CONTRASTE wird das seit drei FLI-Treffen dikutierte Thema **„Sozialtechnologie"** als Schwerpunktthema hoffentlich auch die Gemüter aus dem Selbstverwaltungsspektrum berühren. Sozialtechnologie als Mittel des Staates, seine Bürger zu normieren, war bisher viel zu wenig im Blickpunkt derselben. In Bad Sachsa wurde herausgearbeitet, daß es zwei Seiten der Medaille gibt: die integrative und die selektive Wirkung einer, ähnlich der Gentechnik gefährlichen Technologie, deren Anwendung die Objekte meist gar nicht wahrnehmen.

Plenar befaßten wir uns mit den **„Sozialen Bewegungen"**. Als solche wurden aufgefaßt die Anti–WAA, Anti–AKW, Hausbesetzer-, Frauen-, Militarismus-, Friedens- und Ökologiebewegungen. Wichtiger Kritikpunkt und wohl auch größtes Manko aller Bewegungen sei die Tatsache, daß es sich um 1-Punktbewegungen handele, die nach Wegfallen des Objektes (z.B. Startbahn West) durch Auflösung in die Wirkungslosigkeit versinken.

Bedingt durch die starke Präsenz von Frauen (von 1 – 45 Jahren) waren die Arbeitsgruppen **„Anarchafeminismus"**, **„Gentechnik–Reproduktion"** und **„Neusprech-Herrschaftssprache"** ausgesprochen intensiv und lebendig.

Die Krise des Feminismus wurde diskutiert als Krise der feministischen Bewegung, da ersterer kontinuierlich auf kleinstem Niveau arbeitet, während die Bewegung, in zwei Hauptrichtungen arbeitend, sich derzeit im Reaktionismus erschöpfe. Die eine Richtung suche „generell die Integration in die Herrschaftsgesellschaft und lehnt nur die sexuelle Diskriminierung" ab, während die andere „lesbisch/separatistisch" orientiert und ein „Spiegelbild des männlichen Sexismus" sei.

Für das Internationale Studienprojekt **Anarchia 87**, welches mit Wahrscheinlichkeit in Lyon stattfinden wird, wollen einige Frauen des FLI ein eigenes Papier erarbeiten.

Die Kombination Gentechnik–Reproduktion gebe den Herrschenden schließlich Mittel an die Hand, Frauen den letzten Rest Autonomie zu nehmen und eröffnet Möglichkeiten der völligen Entmachtung der Frau. Mann führt das vor 2000 Jahren auf geistiger Ebene (der Hlg. Geist kam über sie - Maria - und sie wurde schwanger) begonnene, nun auf materiell/biologisch/genetisch verlagerte Werk zur Perfektion.

Ein meist verdrängtes, doch außerordentlich spannendes Thema war „Neusprech–Herrschaftssprache" und die Diskussion dauerte bis in den Morgen. Es wurde versucht Unterdrückungsmechanismen in der Sprache allgemein, besonders in der Männersprache aufzufinden und gefragt, ob durch Neusprech a la Luise F. Pusch (sage primär „Bürgerinnen", dann ist der „Bürger" enthalten) dem etwas entgegengesetzt werden kann. Von männlicher Seite kam endlich der Hinweis auf faschistoide Elemente in der Umgangssprache.

Die AG „Gentechnik–Agrar" arbeitete an den weltweiten Verflechtungen von Militär und Kapital in diesem Zusammenhang und gab den interessanten Hinweis, wie durch Gentechnik eine Ausweitung der Toleranzschwelle gegenüber Umweltverschmutzung angestrebt wird. Beispiel: Durch gentechnische Manipulation werden durch Umweltgifte gefährdete natürliche Nahrungsmittel überflüssig und ersetzbar. Also was soll's? Fische aus der Tube tun's auch, der Rhein als Kloake darf erhalten bleiben, wo gehobelt wird, fallen auch Späne. Prost!

Die Wendepolitik ist nicht am Ende, ein neuer Nationalstolz wird angestrebt mit Hilfe der Besatzer, abgeschwächt zwar immerhin. Mann, besonders der teutsche, kann sich wieder sehen lassen. Fast unbemerkt ist der **„Konservatismus"** im Kommen. Allerdings sei dies gar ein weltweites Phänomen. Die verschiedenen Stränge des Konservatismus bis hin zu den Grünen, aber auch bei den Anarchisten, wurden aufgespürt und werden in Zukunft sorgfältig weiter verfolgt. Diese AG steht erst am Anfang und vor allem vor ungeahnten Entdeckungen. Die „Dunkelmänner der Macht" arbeiten weltweit zusammen, finden sich in fast allen politischen Strömungen, in Kirchen, Sekten usw.. Der Konservatismus ist im Aufwind und progressive Errungenschaften gehen augenblicklich kontinuierlich baden; Wohngemeinschaften, Kollektivismus, Überwindung der staatlichen Ehe, usw. Die Linke starrt wie gelähmt auf die Schlange und ergeht sich in Klassentreffen der 68er Altvorderen unter dem Motto „Was haben wir nur falsch gemacht?". Den Konservatismus in den eigenen Köpfen haben sie gar nicht gemerkt.

„Antipädagogik–Anarchistische Bildung" ist nicht out sondern in, zumindest auf den FLI-Treffen seit 1984. Zumindest hier wird die Ungerechtigkeit den jungen Menschen gegenüber bis an die Wurzeln problematisiert und ein Thema wie SCHULVERWEIGERUNG nicht ausgegrenzt. Die Forderung „jeder Mensch hat ein Recht auf Verweigerung" gilt hier auch für Menschen, die den Normierungszwang in den Erziehungsanstalten nicht aushalten.

Die AG analysierte die Thesen der Befürworter von Schulpflicht oder Notwendigkeit zur Schule und entlarvte sie als staats- und systemkonforme Logistik. Alle Thesen waren einer antistaatlichen Kritik nicht gewachsen. (Interessenten lesen „Schwarzen Faden" Nr. 23).

Ein anderer Diskussionsstrang der AG war die Möglichkeit von freiem Lernen in den Freien Schulen, wo ein solidarischer aber kritischer Standpunkt zu den bestehenden Freien Schulen eingenommen wurde. Die Entwicklung im Freien Schulwesen wird von der AG aktiv begleitet.

Volks- oder Alternativunis schienen uns eine Möglichkeit des Einbringens unserer Inhalte und sollten möglichst nicht durch Enthaltsamkeit anderen politischen Kräften überlassen werden. Letztendlich strebt die FLI-AG Antipädagogik-Bildung eine Vernetzung anarchistischer Bildungsangebote an, wozu der geneigte Leser um Mittäterschaft aufgefordert wird.

Schließlich erfreute es die anwesenden Anarcha/os, daß nun endlich ein effektives Archiv möglich scheint, sehr zum Segen der heftig arbeitenden Arbeitsgruppen.

Leider kam es wegen Überaktivität nicht zu zwei sicher wirkungsvollen **direkten Aktionen**: dem Anpinkeln der Grenze durch die FLI-Mitglieder und dem Klau des schönen farbigen Grenzsteines zum Wiederaufbau an der französischen Grenze. Sorry, vielleicht beim nächsten Mal.

So, wer's nun noch ganz genau wissen will: das Chaos wurde von uns wieder restlos entfernt und der saubere und gesittete Bürger wird ein ihm entsprechendes Tagungshaus vorfinden.

Den Tagungshausbetreibern danken wir an dieser Stelle ganz außerordentlich und werden entsprechende Referenzen weiterleiten.

Gerhard Kern

JEDEN TAG EINE GUTE TAZ

♦ Wahl '87
♦ Auslandsreportagen
♦ Kultur aktuell
♦ und vieles mehr

zum Kennenlernen und Abonnieren.

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark
☐ 20 Wochen für 100 Mark

*Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name: .....
Vorname: .....
Straße: .....
Ort: .....
Datum: .....
Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei
☐ Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift: .....
650

Talkshow für die Kellerkinder

auf Diskussionen der Grünen Partei über Chancen für eine ökologische und demokratische Wirtschaft

Red. Nürnberg Da durften sie alle kommen, die Netzwerker, Projektler und Szeneberater, und das kalte Büffett in der grünen Denkerburg Wittgenstein war auch äußerst verlockend. Allein, mehr als das Essen sollte keinem geschmeckt haben nach diesem Kaminabend der Alternativen mit „ihrer" alternativen Partei. Der geplante Dialog grüner Bundes- und Landtagspolitiker mit der Selbstverwaltungsszene fiel nämlich praktisch ins Wasser. Schlichtweg verscheißert fühlte sich die halbe Hundertschaft der weit angereisten Alternativos, als sie sehen mußten, wie wenig die Bonner Bundesgrünen ihr eigenes Gesprächsangebot ernstnahmen. Deutlicher als durch ihre Abwesenheit konnten grüne Entscheidungsträger aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik kaum demonstrieren, wie ignorant sie sich zu alternativen Projekten verhalten. So blieb den versammelten Leuten aus der Selbstverwaltungsecke nur ein lautes und vernehmliches Kopfschütteln.

Ähnliche Treffen mit wenigen Grünen gab es früher schon häufig genug – sie dienten dann aber dem Erfahrungsaustausch und der Koordination und Vertretung von Interessen der Projekte und ihrer Unterstützer. Was für einen Sinn machte dann jetzt ein neues Treffen des alternativen Wanderzirkus mit sich selbst, nur weil er von den Grünen ins Blaue geführt worden war? Oder sollte den 5 Grünen, die sich nach Wittgenstein verirrt hatten, eine Extravorstellung aus bisherigen Galaabenden der Szene-Tageskultur dargeboten werden? Bestürzend, aber wahr: was die Grüne Partei zum Umbau der Gesellschaft „beschließt" und was in diesem unsren Lande sich an emanzipatorischer UmbauPRAXIS koordiniert und vernetzt, das spielt sich auf verschiedenen Hochzeiten ab. Treffen a la Wittgenstein werden das auch nicht ändern. Sowas führt dann nur zu neuen „Irritationen".

Und „Irritationen" zwischen Grünen und selbstverwalteten Projekten und ihrer Förderlobby gab es in der Vergangenheit weitaus mehr, als die schönen Programme und Umbaupläne der alternativen Partei vermuten lassen. Die Selbstgerechtigkeit, mit der grüne Weihnachtsmänner auf der schönen Bescherung von Wittgenstein ihren eigenen Laden als „größten selbstverwalteten Betrieb" bezeichneten, zeugt nicht nur von mangelndem Wissen, was selbstverwaltete Projekte von einer parlamentarischen Partei unterscheidet. Sie vernebelt vielmehr auch, was in der Vergangenheit so alles unterlassen wurde, etwa als die Arbeitsgruppe Selbstverwaltungswirtschaft eher als Blinddarm der alten Bundestagsfraktion vor sich hindämmert. Konkretes kam selten rüber, zumindest, soweit wir es hier in Nürnberg aus der „fränkischen Provinz" beurteilen können.

Wir lesen zwar im Umbauprogramm, daß die Grünen die Alternativprojekte besonders unterstützen wollen, weil sie diese als eine „Keimzelle, in der unsere (also, die der Grünen Partei?, der Verfasser) Vorstellungen von ‚anders arbeiten, anders leben' entwickelt werden können" verstehen. Wir lesen auch in der taz, daß das Öko-Fonds-Spenden-Soll der Bundestagsfraktion bald (fast) vollständig kommen wird. Wir hören aber auch, daß die grünen Gaben schon mal zur Weiterbeschäftigung von Fraktionsangestellten herhalten sollten oder „abgezweigt" wurden, bevor sie die Ökofonds erreichten.

Oder wir wissen aus Umbaukonzepten, daß außer Selbstverwaltungsförderung den bayerischen Landesgrünen wenig zur Wirtschafts- und gar nix zur Sozialpolitik einfällt. Andererseits bringt es die neue Kraft im Maximilianeum deshalb noch längst nicht auf die Reihe, den bayerischen Netzwerken auf ihre Nachfrage auch einen Gesprächspartner, geschweige denn einen Konfidenten, zu bieten. Kontakte bestehen daher eher zum wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, der Gesetzesinitiativen zur Projektförderung plant und an einer Haftungsassoziation für selbstverwaltete Betriebe bastelt.

Das „andere Arbeiten und Leben" aber bleibt meilenweit von dem entfernt, was grüne Macher sich daraus zurechtstricken. Wenn etwa die Arbeit der Medienwerkstatt Franken auch darin besteht, in Wackersdorf die Birne dafür hinzuhalten, daß vernünftige Bilder der Widerstandsaktionen zustandekommen und sie hierbei keinen Aufwand und keine Kosten scheut, ist das ihr eigenes Modell von Alternativen. Wenn die Grünen dann solches Filmmaterial in ihren Wahlkampfspots zusammen mit Krachledernem, Seppltum und Blasmusik verwurschteln, um zu zeigen, daß nur die Grünen Bayern bewahren können, ist das ihr eigenes, grünes Modell. Verständlich, wenn auch traurig, ist dann zwar, daß Planer eines Wahlkampfes um wertkonservative Stimmen keine Spots von Alternativen brauchen – ungeheuerlich hingegen, daß sie für die zweckentfremdete Verwendung der Filme eines selbstverwalteten Betriebs bis dato noch nicht einmal zahlen wollten. Heißt da, „anders arbeiten" wohl in der grünen Diktion auch, UMSONST arbeiten?

Nun ja, solche Geschichtchen alternativ-grüner Beziehungskisten ersetzen sicher keinen sachlichen Klärungsprozeß zwischen Grünen und Selbstverwaltern – dennoch; es bleibt allein dem eher libidiösen Verhältnis etlicher Teilnehmer zu „ihrer" Partei zuzuschreiben, daß nach dem Flop von Wittgenstein die meisten Teilnehmer nicht sofort ihren Koffer packten. Immerhin war ja doch noch was geboten. Die öffentliche Anhörung zu „ökologische Produktion – demokratische Betriebe" sollte am draufolgenden Tag über die Bühne gehen. Mit der hessischen Landesvertretung in Bonn war das Nonplusultra grüner, quasi ministerialer Machtfülle, Kulisse. Und da waren sie dann auch da, die alten und neuen Abgeordneten der Grünen und setzten wohlvorbereitet in Szene, was sie für Chancen für eine ökologische und demokratische Wirtschaft sehen.

Zwischen den nomalen Fronten

Die öffentliche Anhörung mitten im Regierungsviertel begann mit Ausführungen von Hans Pestalozzi, die in einzigartiger Klarkeit die Fronten zwischen Staat und Marktwirtschaft zur einen und emanzipatorischer Wertfindung im Sinne von Ökologie und Demokratie zur anderen Seite aufzeigten. Dennoch, nicht die Ratlosigkeit der Postmoderne oder gar die Utopie der Alternativen sollte auf dieser Anhörung (die unseres Wissens im übrigen nur so „öffentlich" wird, wie CONTRASTE darüber berichtet) den Ton angeben. Tagungspräsident Jo Müller (Altparlamentarier) wollte die Diskussion als „Thema zwischen den normalen Fronten" begriffen wissen, mit dem sich die grüne Bundestagsfraktion nicht zuletzt auch deshalb so schwer getan habe, weil es so „quer" liegt. Geradegerückt wurde es daher zunächst, indem Reinhard Pfriem vom IÖW – quasi als Konstrasteinstimmung zum Fundementalismus von Pestalozzi – nach pragmatischen Ansätzen einer ökologischen Unternehmensführung in der traditionellen Wirtschaft fragen durfte. Das Zauberwort von der ÖKO-BILANZ, kaum von Pestalozzi als Kampfbegriff der ökologischen Moderne enttarnt, kam zu neuen Ehren. Es wurde kräftig in die Hände gespuckt – heraus kam das Öko-Sozialprodukt.

So gehörte der Vormittag der Anhörung auch der Dynamik eines modernen und ökologischen Unternehmertums, das mit deutscher Tüchtigkeit gleich die ganze „lebenswerte Zukunft" in ökologischen Kreislaufsystemen einer sozialen Marktwirtschaft besetzt hält. Mittelständige Unternehmer aus der Naturfarbenproduktion und der (natürlich homöopathischen) Arzneimittelproduktion berichteten. Des weiteren hatte ein größerer Verpackungsbetrieb den Markt für Recycling-Produkte entdeckt und entwickelte sich und seine Filialen in verschiedenen Bundesländern ganz im Sinne der Öko-Kriterien des Bundesverbandes junger Unternehmer so prächtig, daß es den Alternativen auch prompt die Sprache verschlug. Dagegen konnten sie alle nicht anstinken, die selbstverwalteten Drucker/innen von OCTOBER, Ingenieure von WUSELTRONIC oder Maschinenbauer von der COMUNA METALL. Wo Arbeitsabläufe im Chaos der Selbstverwaltung versinken und ein mühevoller Prozeß zur Entwicklung einer demokratischen Arbeitsorganisation zu durchlaufen ist, werden die mitunter doch recht hohen Entwicklungskosten ökologischer Produkte doppelt und dreifach auf dem Rücken der Belegschaft abgewälzt.

Die „Selbstverständlichkeit" (Hucky aus Bremen), mit der alternative ökologische Verträglichkeit ihrer Leistung voraussetzen, rechnet sich halt nicht immer und dann hat es ein Jo Müller natürlich auch Satt, über politische Utopien, „anders zu arbeiten und zu leben", zu reden. Die blauen Ameisen der ökologischen Modernisierung mögen in traditionell verfaßten Betrieben „alle in einem Boot" sitzen und rudern, wo der ökologische Steuermann hin will. Solange es eben kein sinkendes Schiff ist, werden sie jobkillende, technische Neuerungen als „job-enrichment" genießen und ein ökologisches Flexibilisierungskonzept (gegen Spitzenbelastungen bei Immission und Verkehr) bis hin zur ungeschützten) Heimarbeit für Frauen als „individuelle Arbeitszeitsouveränität" feiern.

Aber rechnen läßt sich eben viel und ökologische Bilanzen und Technikfolgeabschätzungen einer Weltfirma wie etwa Siemens zu Atomkraftwerken haben sich ja auch schon in der Vergangenheit nicht erheblich von Kosten-Nutzen-Analysen ihrer Kritiker, etwa eines Jens Scheer, unterschieden. Die formale Hülle des Begriffs der ökologischen Buchführung sollte also keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß vor jeder Quantifizierung von sozialen und Umweltrisiken in Kostengrößen sicher ihre grundsätzliche qualitative Einschätzung steht. So wäre es sicher interessant gewesen, die Öko-Bilanz etwa der Verpakkungsspezialisten unter dem Hintergrund der von Verbraucherinitiativen erhobenen Forderung, Einwegverpackungen überhaupt zu verbieten, nachzuvollziehen. Grundsätzlich haben aber traditionelle Unternehmen mit dem neuen Unternehmensziel Umweltschutz und -verträglichkeit sicher auch die Chance, neue Wachstumsbereiche zu erschließen. Jürgen Sosna vom Netzwerk Bremen erwähnte mit der Übernahme des Bio-Warensortiments durch Supermärkte ein weiteres solcher Beispiele.

Trotzdem. Reparatur- und Nischenbereiche allein werden die umweltzerstörende Industrie nur um eine, wenn auch prosperierende, Ökobranche erweitern. Deshalb sind sie noch lange keine Antwort auf die gestellte Frage nach der ökologischen Produktion. Und wenn selbstverwaltete Betriebe mangels Kapitalausstattung, know-how über betriebliche Organisation etc. in diesen neuen Wirtschaftsbereichen weniger Chancen haben, als traditionelle Betriebe ohne Skrupel gegen neue Technik und Flexibilisierung, verweist dies höchtens auf ein weiteres Manko. Statt wirtschaftsdemokratische Gegenmodellträume auf die krisengeschüttelte Stahl-Branche zu begrenzen, wäre die Grüne Partei sicher gut geraten, ihre im Umbauprogramm geronnene reale Vergesellschaftungsutopie auch auf solche Bereiche auszudehnen, in denen wirklich neuer Reichtum geschaffen wird. Da geht es dann aber um mehr als um die Sozialisierung von Krisenbranchen und gesellschaftlichen Risiken, um mehr als Krisenmanagement. Da geht es vielmehr um eine neue gesellschaftliche Entwicklung, an der auch die Alternativen mit den Erfahrungen aus ihren Experimenten mitspinnen wollen.

Fortsetzung nächste Seite

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ausriß aus dem grünen »Umbauprogramm«

Ausriß aus dem grünen „Umbauprogramm", Seite 73

- die Weckung unkonventioneller wirtschaftlicher Initiativen und das Angebot von Hilfe zur Selbsthilfe insbesondere für sozial Benachteiligte, die bislang durch den Rost der Förderung fielen.
- die Unterstützung von in Selbstverwaltung geführten Betrieben und von kommunal-genossenschaftlichen Netzen.

Unser Modell regionaler Entwicklungsförderung operiert auf vier Standbeinen

1. Der regionale Entwicklungsfond betreibt **regionale Strukturbeobachtung und -analyse.** Er eruiert Arbeitsmarktdaten, Qualifikationsprofile, Angebots- und Nachfragestrukturen, Umweltbelastung, Lebensqualität und gesellschaftlichen Bedarf (beim GLEB hat die Beobachtung der Strukturdaten Groß-Londons zum Aufbau eines Frühwarnsystems geführt. Alle Informationen über die Entwicklung einzelner Unternehmen und Branchen werden zusammengefaßt, um Belegschaften und Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, präventiv auf etwaige Entlassungs- und Stillegungspläne zu reagieren).
2. Er leistet betriebliche Beratungsarbeit und **finanzielle Unterstützung** in Form von Krediten, verlorenen Zuschüssen oder öffentlichen Beteiligungen. Er berät vor allem Betriebe, die in einer Krise stecken oder vom Konkurs bedroht sind, sofern sie den Umwelt-, Demokratisierungs- und Humanisierungsauflagen entsprechen. Er unterstützt in besonderer Weise Gruppen und Einzelpersonen, die einen Betrieb gründen wollen, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen sozialen Gruppen, die mit gesellschaftlichen Vorurteilen zu kämpfen haben.
3. Er führt Weiterbildungs-, Umschulungs- und **Qualifizierungsarbeit** durch (so gehen im österreichischen Modell projektbegleitende Wirtschaftsberatung und kritische Erwachsenenbildung Hand in Hand).
4. Er ist Träger einer sozial verantwortlichen **Technologieförderung:** Ähnlich wie beim Londoner Enterprise Board wird ein regionaler Entwicklungsfonds sich zum einen mit dem Einsatz von Produktionstechnologien in den Förderprojekten beschäftigen und zum anderen mit technischen Innovationen, die dazu dienen, soziale Bedürfnisse von Bürgern zu befriedigen. Technologiepolitik heißt in diesem Zusammenhang Erforschung der Konsequenzen neuer Techniken auf die Arbeits-, Lohn- und Qualifikationsbedingungen einerseits und auf Umwelt- und Lebensbedingungen andererseits. Wie bei den Londoner Technologie-Netzwerken wird hier kein elitärer Technologietransfers für die Großindustrie betrieben.
   Die Technologieabteilung des regionalen Entwicklungsfonds wird als offener work-shop konzipiert, dessen Informationsbank allen interessierten und betroffenen gesellschaftlichen Gruppen zugänglich ist.
   Wirtschaftsförderung im Konzept des regionalen Entwicklungsfonds ist eine **gebietsbezogene** und nicht alleine nur betriebsbezogene **Beratung** (ein wichtiges Unterscheidungskriterium gegenüber herkömmlichen Wirtschaftsförderungsgesellschaften). Er ist mit seiner auflagenorientierten Investitionspolitik ein **Interventionsinstrument** und keine Planungsbehörde. **An der Durchführung seiner Arbeit werden die dezentralen Entscheidungsträger beteiligt: Kommunalverbände, Arbeitnehmer- und Verbraucherverbände, Universitäten und Arbeitsverwaltungen, ortsansässige Unternehmen, Kammern und Kreditinstitute.!!!?**

Bei der Vergabe von Fördermitteln (Zuschüsse, Kredite oder Beteiligungskapital) stehen folgende Kriterien im Vordergrund:

- es müssen Betriebskonzepte mit **positiven Marktchancen** vorliegen, damit die langfristige Tragfähigkeit gesichert ist,
- die herzustellenden Produkte müssen **innovativ**, ökologisch und sozial nützlich und strukturpolitisch sinnvoll sein,
- staatliche Vorschriften müssen in vorbildlicher Weise eingehalten werden (z.B. bezüglich der Quotierung von Arbeits- und Ausbildungsprojekten für Frauen); zumindest bei Neueinstellung sind Problemgruppen des Arbeitsmarktes (Ausländer, Behinderte, Jugendliche) nach bestimmten Einstellungsschlüsseln zu berücksichtigen,
- die Arbeitsplätze sind vorbildlich zu gestalten,
- **neue Formen der Arbeitsorganisation** werden bevorzugt (vor allem kooperative Formen), weil sie hohe Motivation und Akzeptanz von Produkt und Produktionsbedingungen versprechen, jedoch sollen keinesfalls nur selbstverwaltete Betriebe gefördert werden.

Sollte sich das Modell der regionalen Entwicklungsfons in dieser Form bewähren, muß in späteren Jahren sicherlich mit einem erheblich höheren Finanzbedarf gerechnet werden. Die Regionalpolitik muß Aufgabe der Länder und Gemeinden sein; daher verbleibt dem Bund lediglich die Aufgabe, Finanzzuweisungen an die Länder in Übereinstimmung mit den regionalen Entwicklungsplänen zu leisten. Für die Zukunft ist auch hier mit einem erheblich höheren Mittelbedarf zu rechnen. Die Mittel der heutigen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" werden in diesem Sinne umgewidmet (so muß die überregionale Orientierung – „Primäreffekt" – als Förderkriterium entfallen) und aufgestockt (zunächst um 500 Mio. DM jährlich).

Fortsetzung
Talkshow für die ...

Bewahren oder Entwickeln

Der Rahmen, den die Grünen hierfür geben wollen, stand dann auch nachmittags zur Debatte. Zunächst berichtete Willi Tatge (MdB), daß die grüne Bundestagsfraktion ja mit zwei ständigen Anträgen (Existenzgründungskredite und Beratungsförderung für selbstverwaltete Betriebe) immer wieder neu gescheitert ist. Nachdem auch andere Initiativen – wie Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen, neue Zulassungskriterien für (kleinere) Genossenschaften, kollektivfreundliche Änderung der ERP-Richtlinien, bessere AFG-Förderung und Entlastung bei den Lohnnebenkosten für Selbstverwalter – eher in der Luft hängen, stehen (vor allem nach Verabschiedung entsprechender Umbaupläne durch die Nürnberger Bundesversammlung der Grünen) REGIONALE ENTWICKLUNGSFONDS im Mittelpunkt grünen Interesses. Und die sind dann „auch für ‚kooperative Betriebsformen', aber nicht nur", so Tatge auf der Anhörung.

Hier hatten die Alternativen einiges zu sagen, da ganz ähnliche regionale Beteiligungs- und Entwicklungsgesellschaften seit Jahr und Tag bei Szenetagungen eine Rolle gespielt hatten. Zuletzt waren sie im Saarland (ZUKUNFTSWERKSTATT) und in Bremen (FIBEG) in Vorbereitung – CONTRASTE berichtete. Dort wird derzeit mit SPD-Alleinregierungen verhandelt.

Es gibt jedoch einen nicht ganz unwesentlichen Unterschied zwischen dem, was die SPD in den jeweiligen Bundesländern als machbar erscheinen läßt, und dem, was die Grünen erst noch fordern, worauf vor allem die Bremer Netzwerker immer wieder mit Nachdruck hinwiesen. Wo etwa der SPD-Förderplan im Saarland laut (inzwischen verabschiedeten, vom Arbeitskreis Selbstverwalteter Betriebe aber abgelehnten, siehe auch Presseerklärung in dieser CONTRASTE, Seite 2) Richtlinien vom 28.11. unter Punkt 1.1 speziell selbstverwaltete Betriebe fördert, sind die Grünen lediglich „auch" für kooperative Betriebsformen. Folgerichtig sind SPDler einigenorts bereit, Projektvertreter bei der Förderungsentscheidung zu beteiligen oder sich zumindest beraten zu lassen (wie etwa bei uns in Nürnberg im projektmajorisierten Beirat des Alternativtopfes). Die Grünen hingegen sehen eine Entscheidungsfindung für Entwicklung OHNE Beteiligung der eigentlichen Akteure. „Dezentrale Entscheidungsträger" sind alle möglichen Verwaltungen und Verbände, unter anderem wurde auch an die Kammern und Kreditinstitute gedacht (vgl. Kasten). Nur die Verbände und Netzwerke für Selbstverwaltung wurden vergessen.

Nun werden aber regionale Entwicklungsfonds in einer solchen Besetzung, wenn in ihnen noch nicht einmal ein Dialog mit Projektvertreter/inne/n, die sich als handelnde Subjekte für Entwicklung verstehen, institutionell verankert ist, diese folgerichtig wohl auch nicht als die OBJEKTE einer Entwicklungspolitik ansehen, die sie im Sinne der Grünen sein sollen. Auch hier täte also eine größere Nähe der UmbauSTRATEGEN mit den Initiativen, die z.T. konkrete Umbauschritte PRAKTIZIEREN, not.

Auch die, von den Grünen im Umbauprogramm selber angeführten, Beispiele aus dem europäischen Ausland sind z.T. begleitet von emanzipatorischen Bildungs- und Willenbildungsprozessen. Diese fehlen jedoch in dem technokratischen Entwicklungsmodell der Grünen. Auch an keiner anderen Stelle des Umbauprogramms werden solche Forderungen aus dem demokratisch-kulturellen Bereich gestellt. Die nach der deutschen Vereinsmeierei landläufige Rechtsform des Zusammenschlusses von Menschen um Entwicklungsaufgaben, der eingetragene Verein, spielt somit ebenfalls keine ausreichende Rolle. Gerade in sozialen und kulturellen Entwicklungsbereichen sind solche Initiativen, zumindest im Alternativbereich, selten oder unzureichend ertragsfähig und widersprechen somit dem grünen Entwicklungskriterium „positive Marktchancen" und „langfristige Tragfähigkeit". Die Grünen aber vergessen über den Markt der Möglichkeiten, den sie sehen, die begrenzten Möglichkeiten des Marktes.

Bedürftigkeit und Bedarf

Die grüne Seele als eher bewahrende Kraft, das hat diese öffentliche Anhörung sehr wohl gezeigt, läuft in Gefahr, in ihren Umbauplänen höchst seltsame Koalitionen einzugehen. Zum Ausklang der Tagung hatte Halo Saibold (fast-MdB der letzten und nächsten Legislaturperiode) die Frage nach der Einbeziehung des Verbrauchers und der Politisierung des Konsums aufgeworfen. Es ist eben ein himmelweiter Unterschied, ob der „Mittelstand sehr flexibel in der Krise ist", so ein Vertreter einer mittelständischen Naturfarbenproduktion, der für gute, ökologische Ware auch hohe Preise und ein freies Spiel der Kräfte ohne Subventionen einklagte, oder, ob ökologische Waren und Dienstleistungen einer ökologischen und demokratischen Produktion auch für sozial Schwache erschwinglich werden. Mit der Logik, „die Natur nicht kostenlos zu nutzen" (erster, interner Umbauentwurf der Grünen) wird weiterhin kokketiert. Der Markt und der staatliche Haushalt bleiben die ehernen Instanzen der Zuweisung – was muß da ein neugeborenes Kind als Eintrittsgeld für den Gebrauch unserer (käuflichen?) Lebensgrundlagen zahlen, um keine Deckungslükken entstehen zu lassen?

Der politische Handlungsrahmen verlagert sich von der Ebene der Bedürfnisse, auf die sich selbstverwaltete Projekte begründen, auf die Dimension des im Markt sichtbaren und vom Staat eingeräumten BEDARFS, der entsprechend zu verwalten ist: Fremdverwaltung statt selbstbestimmter Gestaltung. Dies wird noch deutlicher in von den „neuen, sozialen" Bewegungen unzureichend vertretenen Bereichen, etwa den Interesssen der sozial Schwachen. Mit der „Bedürftigkeit", der die Grünen hier in ihrem Parteiprogramm von Hannover in einer zumindest semantischen Nähe zu den Bedürfnissen der Betroffenen noch entsprechen wollten, ist dann auch Schluß: das Umbaukonzept rekurriert auf das Bedarfsdeckungsprinzip und das ist eher dürftig. Ein Ansatz, an den bisher eher zarten Pflänzchen selbstorganisierter Arbeitsloseninitiativen zu orientieren, besteht hingegen nicht. So wird ein Programm zur Entwicklung von „Schritten zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung" aber nur eine Entwicklung zu deren Abwicklung.

Wenn die Bonner Anhörung einen Bedarf gezeigt hat, so ist dies zunächst einmal der nach einem ernsteren Austausch zwischen grüner Politik und der Politik für Selbstverwaltung. Die außerparlamentarischen Initiativen werden sich dabei weiter dagegen wehren müssen, als Wasserträger grüner Programmatik und Kellerkinder grüner Entscheidungsfindung herzuhalten. Das Gespräch mit Bundes- und Landespolitikern der Grünen soll fortgesetzt werden. Eine diesbezügliche Einladung besteht vom Bremer Netzwerk für den 6.2.1987. Es bleibt abzuwarten, wer dann alles kommt: wir wollen der grünen Partei keine Entwicklungsfähigkeit absprechen.

Kurt Regenauer

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber:
CONTRASTE, Verein für Selbstverwaltung & Ökologie e.V., Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

Redaktionen.

Berlin
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Mehringdamm 50
1000 Berlin 61
Tel. (030) 785 70 82

Frankfurt
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Bayern
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21
Kurt Regenauer
c/o Netzwerk Franken
Hochstr. 23, Rgb.
8500 Nürnberg 80
Tel. (0911) 28 96 58

Kulturredaktionen:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

V.i.S.d.P.:
Franz-Josef Bartsch (Berlin), Gunar Seitz (Kassel), Peter Tejkl (Heidelberg), Kurt Regenauer, Peter Heß (Nürnberg), Torsten Martin (Ökobank-Verein).

Herstellung
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

Druck
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

Vertrieb
CONTRASTE-Vertrieb
Krebsmühle
6370 Oberursel
Tel. (06171) 7 30 16

Konto
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Blick zurück in die Zukunft

Red. Nürnberg Der Selbstverwaltungsgedanke wurde in letzter Zeit nicht die Realität, welche im Raumschiff „Vernetzung" einst angenommen wurde. Wir wurden auch ratloser.

Wir hätten es einfach, wenn wir auf das – wenn auch andersartige – **Scheitern** der Wirtschaftsdemokratie und Gemeinwirtschaft des DGB hinweisen würden. Und moralisch stehen die Alternativen und Netzwerke in ihrem „Neubeginn" besser da, bzw. besteht gegenüber dem Untergang der Gemeinwirtschaftsideen wenig Grund zur Häme.

Die „Botschaften", die wir einst aussandten, sind woanders angekommen. Die Neokonservativen reden verstärkt von Selbsthilfe, Subsidiarität und Selbstverwaltungsinteressen, da sie merken, daß der „historische Block" der proletarischen Kollektivität am Schwanken ist. Auch die Netzwerke und Alternativen hatten doch sozialistisch-utopische Grundgedanken, welche Kapital, Profit und bürgerliche Herrschaft überwinden wollen. Sie sind aber gemeinsame Lebens- und Arbeitsverhältnisse geworden, in denen es nur teilweise „anders" zugeht.

Der Kapitalismus verändert sein Gesicht. Dies ist nichts Neues, aber die Folgen sind diesmal schwerer absehbar.

Es ist nicht nur Spielerei, wenn Intellektuelle, Politiker und Soziologen Oberhand gewinnen, indem sie von „postmoderner" Gesellschaft reden, oder den „Abschied" vom Proletariat als historischen „zukunftsweisenden" Subjekt feiern.

Die Eitelkeit und ein gewisser Mythos umranken den theoretisch-politischen Kampf um die Interpretation der Zukunft. Doch die Zeiten der Gewißheit von Wahrheit sind vorbei; wenn es noch eine Linke gibt, dann nur um die bange Frage, wann denn endlich die „Krise des Marxismus" überwunden sein wird.

Wir befinden uns in vielen gesellschaftlichen „Krisen", doch die Durchkapitalisierung, die Massenproduktion und der entsprechende Konsum funktionieren stabil und planvoll. Die Legitimationskrise und mögliche „Rücknahme" des Staates (was vor ca. 10 Jahren angenommen wurde) ist ins Gegenteil umgeschlagen und Staat ist wieder ein Hebel zur Strukturierung und Politisierung geworden (u.a. durch die Grünen und nach dem Verschwinden von autonomen wirklich außerparlamentarisch relevanten „Bewegungen").

Das Etatdenken und die Subventionsbegierde sind treu dem demokratischen Sozialstaatsdenken, aber auch der Umbruchsituation entsprechend, in dem der allgemeine Wohlfahrtsstaat zusammenbricht. Die Klassen- und Kräfteverhältnisse werden neu gemischt und sogenannte „neue soziale Bewegungen" sind mehr als aktuelle Protestgruppen geworden. Sie lösten die Projekte der Arbeiterbewegung als „innovative" Elemente der Gesellschaft ab, aber sie sind noch nicht deren Nachfolger. Denn es besteht kein gemeinsamer, (kollektiv)-**politischer** Anspruch mit Programm im Raume und Konflikt mit den traditionellen Konzepten.

Alles ist „offen" und meist von perspektivischer Mittelschichtigkeit und -mäßigkeit bestimmt. Wir machen viele „Lernprozesse" durch, chekken Möglichkeiten ab, aber die Hoffnung auf eine „Systemkrise" wird geringer, obwohl die Bedingungen für eine nach-kapitalistische Gesellschaft vorhanden sind. (Dabei ist – für viele unbewußt – die „konservative Revolution" eingeschlossen, welche sich bewahrend und rettend gegen Bürokratisierung, Naturzerstörung, Folgelasten im Staat usw. stemmte).

Dem alten Tanker neue Beweglichkeit zu geben, mit alternativen Akzenten und „alter" Arbeiterbewegung zu neuen Horizonten zu kommen, ist auch bei Peter Glotz und Genossen zur skeptischen Diagnose verkommen. Das hieße, radikalen Reformismus zu konstatieren, mit Mehrheiten „links von der Mitte" an die Gesellschaft ranzugehen, diese zu organisieren, was aber die Sozialdemokratie zerreißen würde und dann absichtbar nicht die gewünschte Mehrheit hervorbrächte (geschweige denn eine „herrschende" und sozial mehrheitliche Kraft, die umsetzen kann). Oder doch?

Netzwerk muß sich – nach „altem" Anspruch – mehr in die Debatte wagen und wieder „Entwürfe" mittragen, die das Unbehagen aufzuheben versuchen, welchem **alle** unterworfen sind (nicht nur seit Tschernobyl und ähnlichen Katastrophen). Selbstverständlich bleiben die Aufgaben, Modelle, Beratungen und Einzelprojekte zu stärken, bestehen, wobei wir auch mehr über das **Scheitern** reden sollten.

In den Kultur- und Bildungseinrichtungen, aber auch in den Betrieben, Gewerkschaften und kleinen sozialen Gruppen ist die Nachfrage nach politisch relevanter Gesellschaftstheorie wieder gestiegen. Bis jetzt sind es eingegrenzte Diskurse und es herrscht (leider) noch Etliches an ängstlicher Orthodoxie (Anklammerung) an sogenannte Wahrheiten und Dogmen. Mit dieser „Nachhut" läßt sich aber inzwischen besser reden, da Selbstverständigung und -aufklärung wieder ein politischer Anspruch geworden sind.

Die Zukunft ist wieder Gegenstand der Auseinandersetzung, des Kampfes.

Peter Hess

benutzte und empfehlende Literatur:

Joachim Hirsch, Roland Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus, VSA 1986

Ulrich Beck: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Ed. Suhrkamp 1986

Treugeldbestand per 17.12.1986	**6.568.967,00 DM**
Treugeldgeber/innen	**13.487**
Treugeldbestand nach Regionen:	
Baden-Württemberg	1.419.773,00 DM
Nordrhein-Westfalen	1.215.747,00 DM
Hessen	994.435,00 DM
Bayern	1.015.817,00 DM
Bremen/Niedersachsen	608.401,00 DM
Berlin	350.930,00 DM
Schleswig-Holstein	296.518,00 DM
Hamburg	259.336,00 DM
Rheinland-Pfalz	213.211,00 DM
Saarland	58.800,00 DM
Ausland	31.487,00 DM
Diverse	104.510,00 DM

Treugeldkonto: Postgiroamt Frankfurt/Main
Konto-Nr. 4151 75 – 609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Ökobank-Landesverband Bremen/Niedersachsen

Einladung zur Landesmitgliederversammlung am 31. Januar 1987 um 14 Uhr im Lagerhaus, Schildstraße, Bremen.
Vorschläge zur Tagesordnung:

1) Bericht des Landesvorstandes
2) Bericht der Regionalgruppen
3) Aufgaben der Beiräte
4) Aufgaben des Vereins nach der Bankgründung
5) Wahlen

Anmeldungen an Thomas Lemke, Vogtstr. 9, 28 Bremen 1, Tel. (0421) 7 86 35 oder 32 30 30

MELDUNGEN

Liebe Ökobankfreunde!
Wir möchten alle Ökobankgründer für folgende Idee gewinnen:

Wir stellen z.Zt. in Marburg eine automatische Meßstation für Luftradioaktivität zusammen. Wir hoffen, daß auch andere Ökobankgruppen bereit sind, ca. 2000 DM für eine eigene Meßstation auszugeben und ein bundesweites Netz aufzubauen.

Hauptgrund dafür ist für uns Atomminister Wallmann's Zentralisierung des Strahlenschutzes und Verharmlosungstaktik. Aus folden Gründen halten wir dies für eine Ökobankverein Aufgabe: Die hohen Kosten sollten wir tragen können. Wir sollten bewußt einen Gegenpol zu den Verstrickungen der Banken in den Atomfilz bilden.

Weitere Informationen senden wir gerne zu.

Gruppe Marburg
des Ökobankvereins
Uferstraße 4
3550 Marburg
Tel. (06421) 6 36 28

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Regionaltreffen Frankfurt und Umland

Die Regionalgruppe Frankfurt & Umland (Frankfurt, Offenbach, Hanau, Vordertaunus) trifft sich jeweils am **3. Montag des Monats** um 18.30 Uhr.
Die nächsten Treffen sind also am 19.1. und 16.2.1986.
Treffpunkt: Rotlintstr. 58, Ffm.
Näheres:
Tel. 069 – 44 98 34 (Thomas M.)
06171 – 77 99 (Ökobank-Büro).
Alle, die Interesse an der Gestaltung der künftigen Aufgabe des Ökobankvereins haben, sind herzlich eingeladen.

Mondragon vor Ort erleben!

Mondragon – ein Beispiel dafür, daß es auch anders geht ...
Hier wurden über 30 Jahre lang Erfahrungen gesammelt, die richtungsweisend für die neue Genossenschaftsbewegung in Europa sein können.
Vom Ökobankverein haben wir nun die Möglichkeit, uns eine Woche lang über dieses alternativwirtschaftliche Modellprogramm zu informieren, und zwar vom
9. – 13.3.1986, in Mondragon.
Auf dem Programm steht u.a.:

- Allgemeine Infos über das spanische und insbesondere das baskische Genossenschaftswesen
- eine ausführliche Darstellung der Arbeiterbank CLP
- Besichtigung des Technologiezentrums und der anderen Dienstleistungsinstitutionen des baskischen Genossenschaftsverbandes
- Besichtigung wichtiger Genossenschaftsbetriebe in der Region

Um nach Spanien zu fahren, werden wir Fahrergemeinschaften bilden.
Die anteiligen Kosten für Fahrt, Übernachtung mit Halbpension und Mautgebühren belaufen sich auf ca. DM 400,--.
Wer Interesse hat mitzufahren, soll sich möglichst bald melden bei:
Thomas Maus, Wittelsbacher Allee 25, 6000 Frankfurt/M.1

Der lange Ritt durch den Dschungel der §§

– endgültiger letzter Teil –

Dreimal sind wir jetzt zusammen ausgeritten. Mühsam haben wir uns durch das dichte Geäst der juristischen Probleme bei der Gründung einer Kreditgenossenschaft vorgekämpft. Und obwohl unsere Bankgründer ihre Bankerlaubnis noch nicht haben, ist doch eines klar: es gibt kein Zurück mehr. Zu weit sind ihre Anstrengungen bereits fortgeschritten, auf zu vielen Reisestationen haben sie einen „Ordner Ökobank" zurückgelassen, sind auch sie zu einer Akte, Aktennotiz geworden. In diversen Ämtern und Organisationen haben sie Akten produziert und sich in die Aktenschränke gedrängt. Der „Fall Ökobank" ist aktenkundig geworden. Und: die Schar der Beobachter ist während der Reise immer größer geworden. Und je näher unsere Bankgründer der Zielgerade kommen, desto größer wird die Zahl der sie Anfeuernden. Gibt es an dem „Fall Ökobank" nun wirklich kein Vorbei mehr?

Im Labyrinth einer vernetzten Gesellschaft

An der Gründung der Ökobank läßt sich sehr plastisch der vernetzte Charakter der Gesellschaft erkennen. So hängen die diversen staatlichen und privaten Institutionen, die unsere Bankgründer während ihrer Reise konsultieren mußten mehr oder weniger zusammen. Allein daraus resultierte eine Vielzahl von Problemen. Wie wir aufgezeigt haben, waren insbesondere vier Institutionen wichtig: das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen (BAK, ausführlich in Teil 1 und 2 dargestellt), der Genossenschaftliche Prüfungsverband (PrüfV, ausführlich in Teil 3 dargestellt), der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR, ausführlich in Teil 3 dargestellt) und das Registergericht (RegG, ebenfalls in Teil 3 dargestellt). An zwei Beispielen soll versucht werden, diese Vernetzung zu verdeutlichen.

Da ist einmal die Frage der Einlagensicherung. Gem. § 32 (3) KWG ist „vor der Erteilung zum Betreiben des Einlagengeschäftes der für das Kreditinstitut in Betracht kommende Verband" durch das BAK zu hören, ob das Kreditinstitut nach Erlaubniserteilung von dem Verband in die dortige Einlagensicherung aufgenommen werden wird. Dieser „in Betracht kommende Verband" ist der BVR. Verneint dieser im Rahmen der Anfrage des BAK die Aufnahme des Instituts, muß das BAK „nach eigenem Ermessen" über die Erlaubnis entscheiden. Sollte aufgrund dessen die Erlaubnis nicht erteilt werden können, so kann die Kreditgenossenschaft nicht in das Genossenschaftsregister eingetragen werden, da hierzu gem. § 43 KWG die schriftliche Erlaubnis durch das BAK notwendig ist. Parallel dazu muß die Kreditgenossenschaft einem PrüfV angehören. Und in dessen Satzung steht wiederum in § 13 (2) Nr. 13: „Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet, sich an den für die jeweilige Fachsparte geschaffenen Sicherungseinrichtungen zu beteiligen". Potz Blitz! Alles dreht sich im Kreis!

Der gordische Knoten: die Geschäftsleiter

Und wo soll man diesen Teufelskreis des Genehmigungsverfahrens nun durchbrechen? Es scheint, daß die Besetzung der Geschäftsleitung der Dreh- und Angelpunkt wird. Darüber hinaus läßt sich an der Frage der Geschäftsleiter ebenfalls die besagte Vernetzung aufzeigen. So kann das BAK die Erlaubnis nur erteilen, wenn zwei „fachlich geeignete Geschäftsleiter" zur Verfügung stehen.

Auch der PrüfV kann die Gründungsprüfung nur abschließen, wenn ihm diese beiden vom BAK anerkannten Geschäftsleiter präsentiert werden. Und das Genossenschaftliche Rechenzentrum kann, sollten unsere Bankgründer sich entschließen mit einem solchen zusammenzuarbeiten, erst dann mit der Einrichtung der EDV beginnen, wenn der PrüfV signalisiert hat, daß er unsere Bankgründer in den Prüfungsverband aufnehmen wird. Und aufnehmen wird er sie nur, wenn die vom BAK anerkannten Geschäftsleiter präsentiert wurden. Hinzu kommt noch ein weiterer wichtiger Punkt: solange die Geschäftsleiter nicht feststehen, kann beim BAK kein Zulassungsantrag gestellt werden. Im Rahmen dieses Zulassungsantrages werden unsere Bankgründer aber erst erfahren, wie das BAK die Frage der Einlagensicherung sieht. D.h., sie können im Moment praktisch in der Frage der Einlagensicherung nichts unternehmen.

Es müssen also schleunigst zwei Geschäftsleiter gefunden werden, die die im Gesetz geforderte „fachliche Eignung" zur Leitung einer Bank besitzen. Daß dieses Finden nicht ganz einfach ist, belegt die Zahl der Bewerber, die bisher durch das Raster der fachlichen Eignung gefallen sind. So genügt es beispielsweise nicht, allgemein fachlich geeignet zu sein, sondern diese Eignung muß speziell für die Ökobank gegeben sein. D.h., ein Bewerber könnte zwar die Eignung zur Leitung einer Bank als Vorsitzender, beispielsweise der drei Großbanken, nicht aber auch gleichzeitig die Eignung der Ökobank haben. Sollte sich Herr F. bei der Ökobank als Geschäftsleiter bewerben, so müßte er mit einem Nagativbescheid aus Berlin rechnen.

Noch offen die Frage der Einlagensicherung

Ein weiteres größeres Problem ist nach wie vor die Frage der Einlagensicherung. Das BAK hat sich bisher noch nicht eindeutig dazu geäußert, ob es die Mitgliedschaft in einer Einlagensicherung als eine Voraussetzung zur Erlaubniserteilung ansieht. Eine Anfrage unserer Bankgründer wurde dahingehend beantwortet, daß man diese Frage erst im Rahmen eines konkreten Zulassungsantrages klären könne. Wie man nun aus verschiedenen öffentlichen Äußerungen des BVR in der letzten Zeit entnehmen konnte, scheint sich an dessen ablehnender Haltung noch nichts geändert zu haben.

Sollte der BVR in der Tat bei seiner Haltung bleiben, das BAK die Einlagensicherung aber als zwingend voraussetzen, so wäre dies äußerst problematisch. Denn, wenn unsere Bankgründer ihren Geschäftsbetrieb (und somit den Marktzutritt) nur durch die Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des „in Betracht kommenden Verbandes" (KWG) aufnehmen können, so kann dieser Verband ein Ersuchen um Aufnahme nicht einfach ablehnen. Vielmehr muß er nach eingehender Prüfung des Aufnahmeantrages über eine evtl. Aufnahme entscheiden. Und auch hier kann er nicht nach Gutdünken entscheiden, sondern muß die Interessen des um Aufnahme ersuchenden Institutes als auch des Verbandes sehr wohl abwägen. Unabdingbare Grundlage einer derartigen Abwägung sind natürlich detaillierte Unterlagen über das Institut. So heißt es diesbezüglich in einem KWG-Kommentar: „Das antragstellende Institut wird ohnehin alle ausreichenden Unterlagen unmittelbar dem Verband vorlegen müssen, in dessen Sicherungseinrichtung es eintreten will, da dieser sonst nicht beurteilen kann, ob der Antragsteller den Voraussetzungen für die Aufnahme in die Sicherungseinrichtungen entspricht." Dabei darf diese Ablehnung keinesfalls zu einer „sachlich nicht gerechtfertigten ungleichen Behandlung" und „unbilligen Benachteiligung des Unternehmens im Wettbewerb" (§ 27 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – kurz: GWB) führen. Grundsätzlich – und dies ist sehr wichtig – müssen diese beiden Kriterien „kummulativ" vorliegen.

Sachlich nicht gerechtfertigte ungleiche Behandlung

Richtungsweisend ist hier das den „verbandsangehörigen Unternehmen, den Verbandzweck bestimmende wirtschaftliche Interesse der Mitglieder". Zulässig ist die Ablehnung einer Aufnahme nur, wenn der um Aufnahme Ersuchende nicht die satzungsmäßigen Voraussetzungen erfüllt, die für die Verbandmitgliedschaft vorgesehen sind (Verbandsabgrenzung). Diese satzungsmäßigen Voraussetzungen werden im Falle des BVR in § 3 des Statuts der Sicherungseinrichtung in Verbindung mit § 6 und 7 der Satzung des BVR festgelegt. So heißt es in § 3 des Statuts, daß „dem Garantiefonds die Mitgliedsbanken angehören. Mitgliedsbanken sind die Banken, die bei Inkrafttreten des Statuts Mitglied im BVR sind". § 6 der Satzung des BVR regelt die Mitgliedschaft im BVR. So heißt es dort, daß „Kreditgenossenschaften, die den regionalen PrüfV angehören, Mitglied werden können". Und § 7 der Satzung des BVR führt weiter aus, daß Kreditgenossenschaften, die einem PrüfV angehören, automatisch die Mitgliedschaft im BVR erwerben.

Heißt dies, daß unsere Bankgründer mit der Aufnahme in einen PrüfV den (den „verbandsangehörigen Unternehmen") „gemeinsamen Zweck" erfüllen? Müßte somit vor dem Hintergrund des § 27 GWB die Aufnahme in einem PrüfV als satzungsmäßige Voraussetzung zur Aufnahme in die Sicherungseinrichtung anzusehen sein? Fragen über Fragen.

Unbillige Benachteiligung des Unternehmens im Wettbewerb

Neben der Diskriminierung muß der Bewerber „unbillig benachteiligt werden", um eine Anspruchsgrundlage auf Aufnahme zu haben. So kann die Nichtaufnahme in einen Verband (hier die Sicherungseinrichtung) bei den potentiellen Kunden der neuen Bank den Eindruck erwecken, daß diese nicht den Anforderungen der Branche genügt oder unseriös ist. Damit würde die Bank eine immense Benachteiligung im Wettbewerb erfahren. Dies wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn Gründe vorliegen, die eine derartige Vorgehensweise seitens des Verbandes rechtfertigen. Hierbei hat der Verband die Vortragslast.

Keinesfalls kann sich der Verband auf Presseberichte und ähn-

Fortsetzung nächste Seite

Torsten Martin bei seinem täglichen Ausritt

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ökobankvereins-

Fortsetzung

liche Informationsgrundlagen über die beabsichtigte Geschäftspolitik stützen. Grundlage können nur ausreichende Unterlagen über das Geschäftskonzept sein. Würde ein um Aufnahme ersuchter Verband diese in der Tat verweigern, so würde seine Ablehnung einer kartellrechtlichen Überprüfung kaum standhalten.

Öffentlich-rechtliche Dimension der Problematik

Die Neufassung des § 27 GWB im Jahre 1957 durch den damaligen Wirtschaftspolitischen Ausschuß muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der Ausschuß bereits damals davon ausging, daß bestimmte Verbände öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen. Dementsprechend betonte der Ausschuß, daß ein Eingriffsrecht des Staates (in die Vertragsfreiheit) auf jeden Fall nur dann gerechtfertigt sei, wenn die betreffenden Verbände eben diese öffentlich-rechtlichen Aufgaben erfüllen würden und eine Aufnahmeverweigerung eine Benachteiligung im Wettbewerb darstellen würde. Insoweit – so der Ausschuß weiter – stecke eine derartige Regelung nur die "Grenzen ab, die der einzelne im sozialen Zusammenleben" gegen sich gelten lassen müsse. Die Verbände erfüllen in der Praxis auch insoweit öffentlich-rechtliche Aufgaben, als viele staatliche Stellen mit ihnen und nicht mit den Einzelunternehmen bei der Erörterung wirtschaftspolitischer Aufgaben verhandeln würden. In diese Richtung geht auch die Satzung des BVR in § 4 bezüglich des Zwecks und Aufgaben. So heißt es dort: „Zweck des Verbandes ist die Förderung, Betreuung und Vertretung der fachlichen und der besonderen wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder und der diesen angeschlossenen Einrichtungen innerhalb des Bereichs der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft."

Zusammenfassend läßt sich daher feststellen, daß ein Aufnahmeanspruch in der Regel dann besteht, wenn die Ablehnung der Aufnahme – unter Abwägung der Interessen des Verbandes und unserer Bankgründer – zu einer unbilligen Benachteiligung der Bewerber führt, wobei satzungsmäßige Aufnahmebeschränkungen dem Anspruch auf Aufnahme nicht im Wege stehen, wenn ihre sachliche Rechtfertigung zu verneinen ist. Keinesfalls können pauschale Gründe wie Spekulationen über eine womögliche riskante Kreditpolitik oder globale Annahme, daß bei einem haftenden Eigenkapital von 6 Mill. DM fast 100 Mill. DM Kredite vergeben werden können (wo sollen diese Refinanzierungsmittel eigentlich so schnell herkommen?), die dann als Risiken für alle Verbandsmitglieder sich niederschlagen würden, eine Ablehnung rechtfertigen.

Gründungsauftrag von fast 14.000 Treugeldgebern

Entgegen den verschiedenen anderslautenden Äußerungen wird die Ökobank keine reine Bank für Alternative Betriebe sein. Das würde dem Auftrag der nunmehr fast 14.000 Treugeldgebern nicht gerecht werden. Mithin wir das sogenannte Privatkundengeschäft bei der Ökobank einen breiten Raum einnehmen. Gerade die Vielzahl der Zielgruppen, die das notwendige Gründungskapital aufgebracht haben, wie z.B. Friedens- und Ökologiebewegung, Bürgerinitiativen, Teile der Grünen und der SPD, Teile aus der Gewerkschaft und christlich engagierte Gruppen sind aufgrund einer Kritik am bestehenden Banksystem zur Ökobank gekommen. Zu deren Interesse gehört es, auch nach der Gründung Bankgeschäfte mit der Ökobank abzuwickeln. Auch für diese Interessenten müssen spezielle Bankprodukte angeboten werden. D.h., an einem derartig großen Kreis von Unterstützern kann nicht mehr einfach vorbeigegangen werden. Andererseits bedeutet dies aber für unsere Bankgründer auch ein hohes Maß an Verantwortung gegenüber den Interessen der Kapitalgeber.

Die Ökobank kommt

Aus dem Dargestellten ergibt sich, daß die Ökobank nicht mehr zu verhindern ist. Sowohl der Stand des Genehmigungsverfahrens, als auch die Interessen der 14.000 Treugeldgeber können nicht mehr ignoriert werden.

Als nächstes gilt es, gegenüber dem BAK zwei fachlich geeignete Geschäftsleiter durchzusetzen. Dies wird Anfang des nächsten Jahres geschehen. Danach muß beim BAK der Antrag auf Zulassung zum Betreiben von Bankgeschäften gestellt werden.

Gemeinsam mit den beiden Geschäftsleitern müssen dann die anderen Schritte in Angriff genommen werden. Hierzu gehört: Vorstellung der beiden Geschäftsleiter beim PrüfV, Vorbereitung der weiteren Organisation des Bankbetriebes, Kontaktierung und Verhandlung mit den weiteren notwendigen Institutionen, u.a. auch mit dem BVR wegen der Frage der Einlagensicherung.

Ausklang

Es hat den Anschein, als ob an dem „Fall Ökobank" kein Weg mehr vorbeiführt. Es scheint, daß die „Irrfahrt der Argumente" sich ihrem Ende zuneigt. Von fern fallen die ersten Sonnenstrahlen auf die ersehnte Lichtung. Die letzten halbbeschriebenen, nun nicht mehr benötigten Konzeptpapiere der Reisebeschreibung liegen noch verstreut umher. Bald werden sie in den Papierkorb wandern.

Der Schreiber dieser Dschungelreise schaltet erlöst seine Canon S-70 *(und der Setzer seinen IBM Composer)* aus und hofft daß die von ihm beschriebene Lichtung keine Fata Morgana ist.

Torsten Martin

Erste Hilfe für Alternativbetriebe

Das KUVOG – System (Kaufen Und Verkaufen Ohne Geld)

Red. Kassel Viele alternative Betriebe klagen über eine permanente Geldknappheit und leiden an Unterkapitalisierung. Als Ausweg wird oftmals die Subventionierung durch staatliche Institutionen (Staatsknete) gesehen. Diese Möglichkeit, die allenfalls eine geringe stabilisierende Wirkung auf kapitalschwache Unternehmen hat, besteht zudem nur solange, wie sie von den Finanziers für opportun gehalten wird. Im folgenden Interview mit Nick Wahl wollen wir über eine Möglichkeit berichten, die das Problem der Geldknappheit bzw. der Unterkapitalisierung gar nicht erst aufkommen läßt. Für CONTRASTE führte das Interview Gunar Seitz.

CONTRASTE: Wir alle wissen, welche negativen Wirkungen von unserem derzeitigen Geld- und Wirtschaftssystem auf die Natur und die Menschen ausgehen. KUVOG soll hierzu eine Alternative darstellen. Was ist das überhaupt?

Nick: KUVOG ist ein alternatives Zahlungs- und Abrechnungssystem, in dem die Teilnehmer Waren und Dienstleistungen ohne das Tauschmittel Geld kaufen und verkaufen können. Jeder Teilnehmer bekommt ein Konto, das anfangs ein Nullsaldo aufweist. Die einzige Bedingung, um an diesem System teilzunehmen besteht darin, daß jeder, der Waren- und Dienstleistungen von anderen bezieht, entsprechende marktgerechte Gegenleistungen anbietet und bei Nachfrage erbringt. Entscheidend ist, daß sich die zwei Geschäftspartner einigen, das Geschäft, das sie abschließen wollen, mit Zahlungsbedingungen „KUVOG" abzuwikkeln. Einigen sich die beiden – und das Geschäft kommt zustande – dann wird dem Konto des Verkäufers der Wert der Transaktion, ausgedrückt in DM, gutgeschrieben und das Konto des Käufers belastet.

CONTRASTE: Ein solches System kommt doch nicht aus heiterem Himmel. Da steckt doch sicherlich eine ganze Menge von Zielvorgaben und Zielperspektiven dahinter.

Nick: Der Zweck ist, die Mängel unseres derzeitigen Geld- und Wirtschaftssystems durch gemeinsame Selbsthilfe und Kooperation der Teilnehmer zu überwinden.

CONTRASTE: Ist ein System der nichtgeldlichen Verrechnung von Waren und Dienstleistungen überhaupt ein möglicher Ansatzpunkt für eine Gesellschaftsveränderung?

Nick: Ja, natürlich! Unternehmen haben Waren, die sie verkaufen wollen. Wir haben 2 – 3 Millionen Arbeitslose, die arbeiten wollen. Und so weiter. In dieser Situation meine ich, sollte kein Versuch unterlassen werden, diese Probleme zu lösen. Das KUVOG–System ist die konsequente Antwort auf die gegenwärtigen Probleme. Und es kann, davon bin ich überzeugt, zu einer Gesellschaftsveränderung beitragen. Und was die praktische Seite anbelangt: Wir haben schon Angebote von potentiellen Teilnehmern. Die Angebotspalette reicht von Schafwolldecken bis zu Angeboten einer Privat-Dedektei.

CONTRASTE: Jedes wirtschaftliche System ist ein enormer vielgestalteter Komplex von Ideologien, Wünschen, staatlichen Einflußnahmen, Machtinteressen usw., den der Einzelne nicht mehr im mindesten durchblicken kann. Soll denn das KUVOG-System auch hier eine Alternative darstellen?

Nick: Das KUVOG–System besticht durch seine einfache und elegante Problemlösung, die es jedem möglich macht, ohne Schwierigkeiten daran teilzunehmen – sofern er den Einstieg wagt. Wir wollen jetzt eine größere Anzahl von Teilnehmern zusammenbekommen, die als Erste bereit sind – sozusagen als ihren „Spieleinsatz" – Waren und Dienstleistungen im KUVOG-System anzubieten. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß jeder auch das findet, was er als Gegenleistung haben möchte.

CONTRASTE: Verlassen wir einmal die prinzipielle Seite und kommen auf die alternative Ökonomie zu sprechen. Seit einiger Zeit gibt es das Modell der Netzwerke (Stattwerke). Ist dieses KUVOG-System nicht eine Konkurrenz für diese Selbsthilfeorganisation?

Nick: Im Gegenteil! Das KUVOG-System bietet die Möglichkeit, die einzelnen Netzwerke und deren Mitglieder viel enger als bisher zu vernetzen. Die KUVOG-Zeitung führt zu einem besseren Informationsfluß und das KUVOG-Verrechnungssystem macht das Abwickeln von gegenseitigen Geschäften bedeutend einfacher bzw. überhaupt erst möglich.

CONTRASTE: Bislang beschreibst Du die Theorie. Und jeder weiß, daß die schönste Theorie in der Praxis manchmal nicht funktioniert.

Nick: Nehmen wir einmal an, da ist eine Kommune, die biologisches Gemüse anbaut. Sie entscheidet sich, einen Teil ihrer Produktion im KUVOG-System anzubieten. Dann wird ihr Angebot in der KUVOG-Kundenzeitung mit den Angeboten aller anderen Teilnehmern erscheinen. Sie braucht jetzt nur noch auf Abnehmer zu warten. Angenommen, ein Automechaniker holt sich das Gemüse. Dadurch verpflichtet er sich gleichzeitig, eine entsprechende marktgerechte Gegenleistung anzubieten. Er repariert also zum Beispiel den LKW eines alternativen Baukollektives. Denkbar wäre dann, daß die Bio-Bauern sich ihr Gewächshaus, ohne den Umweg über das Geld reparieren lassen. Dadurch wären alle Konten ausgeglichen und der Umsatz, der normalerweise nicht zustande gekommen wäre, wurde ohne die Verwendung von Geld erzielt.

CONTRASTE. Dies hört sich so einfach wie plausibel an. Gibt es jedoch bei diesem System nicht auch Mindest- oder gar Höchstanforderungen, damit es funktionieren kann?

Nick: Nein, die Teilnahme ist bis auf die schon erwähnte Pflicht zur Gegenleistung bedingungslos und völlig freiwillig. Je größer die Teilnehmerzahl ist, um so größer ist natürlich auch die Vielfalt der angebotenen Waren und Dienstleistungen. Jeder kann sofort Waren und Dienstleistungen kaufen, die in der KUVOG-Zeitung oder auch direkt von anderen Teilnehmern angeboten werden. Das heißt, jeder ist der Gemeinschaft gegenüber solange kreditwürdig, bis der das Gegenteil beweist. Hinzu kommt, daß KUVOG-Schulden zins- und gebührenfrei sind und KUVOG-Guthaben durch eine Gebühr gesichert sind.

CONTRASTE: Dieses System erinnert an bereits existierende Barter-Clubs, die besonders in Amerika in der etablierten Wirtschaft besonders erfolgreich sind. Wo ist denn der Unterschied zum Big Business?

Nick: Der Unterschied zu den Barter-Clubs besteht darin, daß die Clubs den Austausch von Waren und Dienstleistungen mit Hilfe von Computern abwickeln. Im KUVOG-System wird nicht direkt vermittelt. Die Teilnehmer entscheiden selbst, was, wann, wo und ob sie etwas kaufen. Wenn wir nur die Ebene der Effizienz betrachten, ist das KUVOG-System genauso, wenn nicht sogar effizienter als das gegenwärtige Geldsystem. Das Entscheidende aber ist: das KUVOG-System stellt den letzten Schritt vor einem Ideal-Zustand dar, in dem jeder gibt und nimmt, und zwar ohne Verrechnung, ohne daß er dabei in irgendeiner Form kontrolliert und zur Rechenschaft gezogen wird.

CONTRASTE. Nun noch die obligatorische Abschlußfrage. Was kann denn Frau Else aus Idar-Oberstein oder das Schreinerkollektiv Hammerschlag tun, um diesen Prozeß voranzutreiben?

Nick: Jeder, der in diesem System mitmachen oder es nur einmal ausprobieren möchte, soll sich überlegen, was er an Waren oder Dienstleistungen – sozusagen als Spieleinsatz – dafür bereitstellen kann. Der Start ist momentan das Schwierigste, aber wenn wir hundert oder mehr Interessenten zusammenbekommen, die bereit sind, mit einem „Spieleinsatz" einzusteigen, dann wird das System lauffähig und sich von selbst weiterentwickeln.

CONTRASTE: Wir bedanken uns für das Gespräch.

In der nächsten Ausgabe von CONTRASTE wollen wir eine Liste der angebotenen Waren bzw. Dienstleistungen aufnehmen.

Wer sich bis dahin entscheidet, in dieses geldlose Verrechnungssystem mit Angeboten aufgenommen zu werden, möge sich direkt an Nick Wahl, Dorfstr. 14, 3002 Wedemark 9, Tel. 05130/4675 oder 4865 wenden.

Gunar Seitz

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Notizen aus der Kulturszene

von Eckard Holler

Die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren führt vom 1.9. 1986 bis 1.7.1988 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) eine Untersuchung der rund 150 soziokulturellen Zentren durch, die in der BRD und in Westberlin bestehen. Zentraler Untersuchungsgegenstand sind die Qualifikationen der Mitarbeiter/innen, ihre Aufgaben und die an sie gerichteten Anforderungen. Darüberhinaus werden auch die Rahmenbedingungen und die Spannbreite der Arbeit erforscht. Die Untersuchung wird von einem Team von Befragern mit Hilfe von Fragebogen von Februar bis Mai 1987 durchgeführt. Der erste Zwischenbericht an das Bundesministerium ist im Juni 1987 fällig. Im Herbst 1987 folgt ein öffentliches Symposium zur Situation der Soziokultur, das in Tübingen stattfinden wird. Die Fragebogenaktion wird ohne die Nennung der Zentrumsnamen ausgewertet, zusätzlich sollen jedoch eine Reihe ausgewählter Zentren exemplarisch untersucht und auch namentlich vorgestellt werden. Unter Leitung von Udo Husmann fand Ende Oktober 1986 in Hannover ein Einführungsseminar für interessierte Mitarbeiter des Forschungsprojektes statt, an dem 19 Zentrumsvertreter aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Eine zweite Tagung ist Ende Januar 1987 geplant.
Kontakt: Udo Husmann, Wedekindstr. 14, 3000 Hannover, Tel. (0511) 31 37 58.

Vom 3. bis 5. Oktober 1986 fand in Kassel der 19. Bundeskongress der soziokulturellen Zentren statt, der sich mit der Ausländerproblematik, dem Verhältnis zur gewerkschaftlichen Kulturarbeit und mit dem Verhältnis von freien Theatergruppen und Staatstheatern beschäftigte. Unter den 130 Teilnehmer(inne)n waren diesmal auch viele Mitglieder von freien Theatergruppen, für die die Zentren wichtige Arbeitgeber darstellen. Prof. Dr. Peter Alheit plädierte in seinen Ausführungen zum Verhältnis von soziokulturellen Zentren und Gewerkschaften für eine Beendigung der bisherigen Konfrontation und für den Versuch einer Annäherung von Alternativkultur und DGB. Auch Dr. Manfred Beilhard (Intendant des Staatstheaters Kassel) rief zur Zusammenarbeit auf: freie Theater sollten sich im Interesse der „Zunft Theater" auf ihr gemeinsames besinnen und nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander für bessere Arbeitsbedingungen und mehr öffentliches Geld streiten. Er berichtete, daß es in Kassel bereits geglückte Projekte einer Zusammenarbeit gebe, die auf andere Städte übertragbar seien.

Kulturzentrum Schlachthof, Kassel

Der Kongreß selbst fand in Kassel unter recht improvisierten Bedingungen statt. Da das Kulturzentrum Schlachthof nicht über einen großen Saal verfügt, mußte für Plenumsveranstaltungen ein Zelt aufgestellt werden.

In der Abschlußbesprechung wurde Kritik an der unbefriedigenden Situationen der soziokulturellen Zentren in Hessen geübt. Obwohl sich die LAKS Hessen seit mehreren Jahren um Landeszuschüsse bemüht, war trotz rot-grünem Regierungsbündnis bislang kein Fortschritt zu erzielen.

Anmerkung: neue Verhandlungen um Landeszuschüsse für soziokulturelle Zentren wurden von der LAKS Hessen im November sowohl mit der SPD wie mit den Grünen aufgenommen. Ziel der Verhandlungen ist es, ein Entwicklungsprogramm für den Aufbau von soziokulturellen Einrichtungen in Hessen in Höhe von 20 Millionen DM durchsetzen: 12 Mill. sind für Baumaßnahmen und 8 Mill. für den laufenden Betrieb gedacht. Von SPD wie Grünen wurde ein Interesse an diesem Programm signalisiert, allerdings, nicht für 1987, sondern frühestens ab 1988.

Zur Unterstützung des KuKoz Paderborn, dem Anfang des Jahres von der Stadt die Räume gekündigt wurden und dem jetzt auch noch der Entzug der Gemeinnützigkeit droht, veranstaltete die Landesarbeitsgemeinschaft der soziokulturellen Zentren in NRW (LAG NRW) am 4./5. Oktober 1986 in Paderborn einen „Landespaukenschlag". Auf einer Podiumsdiskussion mit Ministerialbeamten stand die schlechte ökonomische Situation der meisten Zentren zur Diskussion allerdings ohne ein greifbares Ergebnis. Vielmehr herrschte der Eindruck, daß die SPD in NRW lieber eigene städtische Kulturzentren aufbaut, als sich weiterhin mit den alternativen Ansprüchen der in der LAG zusammengeschlossenen freien Kulturzentren abzugeben. Auch dem Eschhaus in Duisburg wurde kürzlich gekündigt. Der Landespaukenschlag in Paderborn machte ein Problem der soziokulturellen Bewegung in NRW deutlich: in der LAG sind ausschließlich Kulturzentren organisiert, die sich als „autonom" verstehen und einen politischen Absolutheitsanspruch gegenüber den eher „intermediär" orientierten soziokulturellen Zentren vertreten. Aufgrund dieser Konfrontation bahnt sich in NRW seit einiger Zeit eine Spaltung der soziokulturellen Bewegung in zwei einander bekämpfende Landesverbände an.

Das Ergebnis des Landespaukenschlags in Paderborn war zwiespältig: einerseits eine erfolgreiche Großveranstaltung am Samstagabend mit rund 1.200 Besuchern beim „Frankfurter Kurorchester" und dem „Kalifi Dance Ensemble", andererseits der Eindruck, daß die in der LAG organisierten Kulturzentren politisch ins Abseits geraten sind. Angesichts dieser Situation wäre zu empfehlen, nach Möglichkeiten zu suchen, die Spaltung der soziokulturellen Bewegung zu überwinden, um politisch stärker nach außen auftreten zu können.

ei der LAKS-Landeskonferenz Baden-Württemberg am 30. 11.86 in Freiburg wurde die Beibehaltung der Tübinger Geschäftsstelle beschlossen.
Neu aufgenommen wurde der AK Alternative Kultur e.V. Freiburg, der auf dem Gelände der Grether Fabrik eine Gießerei in ein Kulturzentrum umbauen will, und das Kultur- und Jugendzentrum Brackenheim. Durch die Übernahme der gestaffelten Beitragsordnung der Bundesvereinigung wurde das letzte Hindernis, das bisher einer Aufnahme in die Bundesvereinigung entgegenstand, beseitigt. Im Mittelpunkt der Freiburger Landeskonferenz stand die Frage, wie die horizontale Zusammenarbeit zwischen den freien Kulturzentren in Baden-Württemberg verbessert und wie die für die Arbeit benötigten Freiräume angesichts einer in Reichweite gerückten Förderung aus Landesmitteln erhalten werden können. Thilo Klöck vom Cafe Nepomuk in Reutlingen hatte dazu ein Referat ausgearbeitet. Von Udo Husmann wurde das Forschungsprojekt der Bundesregierung vorgestellt, das die Bundesvereinigung der soziokulturellen Zentren derzeit durchführt, um die in den Zentren vorhandenen Arbeitsplätze zu erforschen. In den neuen Sprecherrat der LAKS B/W wurden gewählt: Eckard Holler, Gerhard Baral, Andreas Kämpf, Lizzy Ehret, Atai Keller, Jack Kurfess, Bernd Belschner, Peter Langer und Erich Holzwarth. Von den 28 Mitgliedseinrichtungen waren in Freiburg 16 anwesend. Die nächste Sprecherratssitzung findet am 13.1.87 in Tübingen statt, die nächste LAKS-MV am 4.4.87 in Ulm (auf Einladung vom Roxy).

Wenn die bisherigen Anzeichen nicht täuschen, wird es ab 1987 in Baden-Württemberg erstmals Landeszuschüsse für die in der LAKS organisierten soziokulturellen Zentren in Höhe von 0,5 Mill. Mark geben. Vorgesehen sind einmalige Zuschüsse zu Investitionsmaßnahmen, wobei kommunale Komplementärmittel mindestens in gleicher Höhe vorausgesetzt werden. Zuschüsse zum laufenden Betrieb von soziokulturellen Einrichtungen wird derzeit **nicht** als Landesaufgabe gesehen, sondern als kommunale Aufgabe. Die LAKS Baden-Württemberg hat auf ihrer Landeskonferenz in Freiburg Kritik an der geringen Höhe der Fördermittel geübt und eine Differenzierung bei den Vergaberichtlinien vorgeschlagen.
Im Dezember '86 / Januar '87 stehen Gespräche darüber mit der CDU - Landtagsfraktion und mit dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Stuttgart an.

Die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren führt am Samstag, 17.1.1987 von 12 bis 18 Uhr im E-Werk in Erlangen ihre nächste ordentliche Mitgliederversammlung durch, bei der eine Reihe für die Entwicklung des Verbandes wichtige Entscheidungen gefällt werden sollen. Es geht um die weitere Finanzierung einer Bundesgeschäftsstelle, um das Verhältnis von Einzelmitgliedern zu Landesarbeitsgemeinschaften und um die Bildung eines Vorstandes, der in der Lage ist, die Umstrukturierung des Verbandes voranzutreiben und die Durchführung des Forschungsprojektes zur Untersuchungen der Mitarbeitersituation in den soziokulturellen Zentren effektiv zu unterstützen.
Die Bundesvereinigung hat derzeit 48 Einzelmitglieder, als einzige Landesarbeitsgemeinschaft ist ihr bisher die LAKS Hessen angeschlossen. Am 17.1.87 will sich die LAKS Baden-Württemberg als zweiter Verband um die Aufnahme bewerben.
Kontakt: Club Voltaire, Tel. 07071/2 21 57 oder E-Werk Erlangen, Tel. 09131/2 70 93

Die Mitgliederversammlung der Manufaktur in Schorndorf am 4.11.86 hatte streckenweise den Charakter einer erweiterten Gemeinderatssitzung, die über die Kulturpolitik im allgemeinen und über die Zuschüsse der Manufaktur im besonderen zu befinden hatte. Neben den Mitgliedern waren die Gemeinderäte aller in Schorndorf vorhandenen Gemeinderatsfraktionen anwesend, und sie waren es, die die Diskussion im wesentlichen bestimmten. Streitpunkt war, daß die Manufaktur für 1987 einen städtischen Zuschuß von nur 30.000 DM bekommen soll, während sogar die sparsamsten Berechnungen von einem Mindestbedarf von 90.000 Mark ausgehen. Angesichts der fehlenden Einsicht bei der (entscheidenden) CDU-Fraktion sprach Christoph Peichl als Manufaktur-Vorsitzender von der Absicht, die Veranstaltungsprogramme vorläufig einzustellen (was im Mitgliederkreis keine allzugroße Begeisterung hervorrief). Als Ergebnis der Diskussion wurde ein AK Städt. Zuschüsse eingerichtet, der den tatsächlichen Zuschußbedarf der Manufaktur errechnen und die Zahlen dann dem Gemeinderat vorlegen soll (daran war sogar die CDU-Faktion interessiert).
Ein grundsätzliches Problem ist für die Manufaktur die Frage der Personalkosten: soll man wieder – wie in früheren Jahren – mit einem hauptamtlichen Büro- und Veranstaltungsteam arbeiten, oder ist es sinnvoller, die Arbeit recht und schlecht einem ehrenamtlichen Mitarbeiterkreis zu überlassen?
Die Schorndorfer Diskussion zeigte wie katastrophal derzeit die finanzielle Situation selbst in langjährig arbeitenden und über die Grenzen ihrer Kommune hinaus anerkannten soziokulturellen Einrichtungen in Baden-Württemberg ist. Es ist ein kultureller Skandal erster Ordnung, daß in einer Stadt wie Schorndorf noch immer keine Bereitschaft bei der CDU besteht, die ortsansässige soziokulturelle Einrichtung als städtischen Mittel angemessen zu fördern.
Nachtrag: die auf der MV der Manufaktur geführte Diskussion hatte einen unmittelbaren Erfolg. Mit wechselnden Mehrheiten, zu denen auch Gemeinderäte von CDU und Freien Wählern gehörten, wurde Anfang Dezember vom Schorndorfer Gemeinderat beschlossen, der Manufaktur im Jahr 1987 insgesamt 60.000 Mark an städt. Zuschuß zu geben (Sockelbetrag von 30.000 Mark und zusätzlich 30.000 Mark für ein Zeltfestival und zur Abdeckung eines Defizits aus der laufenden Arbeit).

Im 28.9.86 fand im Club Voltaire ein bundesweites Treffen von Festivalveranstaltern statt, an dem u.a. Volksuni Berlin, Kulturfestival e.V. Hamburg, Künstler in Aktion e.V., Tübinger Festival und eine Reihe regionaler Festivals aus Baden-Württemberg teilnahmen. Eines der Ergebnisse des Treffens war eine an „Künstler in Aktion" gerichtete Resolution, in der auf die politisch engagierte Festivalbewegung hingewiesen und der Wunsch nach einer besseren Zusammenarbeit ausgesprochen wurde. Am 15.2.87 soll ein weiteres Treffen stattfinden, bei dem die Fragebogenaktion für Festivalveranstalter ausgewertet werden soll. (Ein Fragebogen für Festivalveranstalter wurde vom Club Voltaire Tübingen ausgearbeitet und ist bei ihm erhältlich).
Wer als Festivalveranstalter einen Fragebogen zugeschickt bekommen hat, wird gebeten, diesen umgehend ausgefüllt wieder zurückzuschicken.

In Ludwigshafen wurde am 5./6.12.1986 mit Unterstützung der Stadt Ludwigshafen eine internationale Ernst-Bloch-Gesellschaft e.V. gegründet. Initiatoren waren vor allem die früheren Assistenten von Bloch, Prof. Gerd Ueding (Tübingen) und Prof. Burghart Schmidt (Wien). Die Ernst-Bloch-Gesellschaft „will die Kenntnis des Werkes des Wirkens Ernst Blochs fördern und vertiefen, die philosophische Forschung auf der Grundlage seines Werkes verstärken und sein Denken sowohl für die interdisziplinäre Diskussion als auch für die Öffentlichkeit fruchtbar machen und damit ein offenes Forum für kritische Philosophie darstellen."
Geplant ist die Durchführung von Tagungen und die Herausgabe eines Jahrbuchs. Zum Präsidenten wurde für die

Fortsetzung nächste Seite

Goldesel für die GEMA?

Über den Umgang mit der GEMA

2. erweiterte Auflage, März 1986

Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für ‚Veranstaltungen der Jugendhilfe' festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- und Versandkosten (bitte der Bestellung in Briefmarken beilegen).

Fortsetzung

nächsten vier Jahre Prof. Schmidt gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Ueding und Prof. Raulot (Paris). Auch Prof. Petrovic (Zagreb) ist im Vorstand vertreten.

Die Ernst-Bloch-Gesellschaft hatte 38 Gründungsmitglieder (darunter sieben Frauen; von den Männern trugen 17 Anzug mit Krawatte). *(Und was hatten die Frauen an?, der Setzer)* Ob die Gründung, die sich im wesentlichen auf die Formulierung und Diskussion einer deutschen Vereinssatzung beschränkte, in Blochs Sinne gewesen wäre, ist zweifelhaft. Für einen Mißklang sorgte der Umstand, daß die Vertreter der bereits länger bestehenden „Bloch-Initiativen" um die Zs. „Vorschein" bewußt nicht eingeladen worden waren, um – wie es hieß „dogmatische" Orientierungen von vornherein zu vermeiden. Ob die Nichteinladung als Vorsichtsmaßnahme gerechtfertigt war oder aber bereits den Beginn einer Differenzierung in eine „Linke" und eine „Rechte" Bloch-Schule bedeutete, blieb offen.

Das Institut für Philosophie der Uni Zagreb (Prof. Petrovic, Gordana Skoric) lädt vom 27. bis 30. Mai 1987 aus Anlaß des 10. Todestags von Ernst Bloch zu einem internationalen Symposium mit dem Titel „Die Philosophie des aufrechten Gangs" ein. (Anmeldung ist nicht erforderlich, jedoch müssen Fahrt-, Aufenthalts- und Übernachtungskosten selbst getragen werden.)

Die rund 30 Mitglieder von Bloch-Initiativen aus Westberlin, Hamburg, Bremen, Paderborn, Nürnberg und München, die vom 14. bis 16.11.86 im Club Voltaire ihr viertes Treffen zum Thema „Wissen und Hoffnung" durchführten (Referate u.a. von Prof. Schwendter, Prof. Burisch und Prof. Scheer), verabschiedeten zum Abschluß der Tagung eine Resolution, mit der sie die Errichtung eines Ernst-Bloch-Kulturzentrums in Tübingen unterstützen, „das dem Philosophen und unvergessenen Lehrer am Ort seiner langjährigen Tätigkeit ein lebendiges Denkmal setzt und seine Hoffnungsphilosophie als eine praktische Kraft nutzt, um die neuen sozialen Bewegungen miteinander zu vernetzen und an einer kritischen Kultur des Alltags mitzuwirken."

Eine mit 65 Teilnehmern und 18 Referenten sehr gut besuchte Wochenendtagung über „Kultur in Klein- und Mittelstädten" veranstaltete die kulturpolitische Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Stadt Unna und der evangelischen Akademie vom 17. bis 19.10.86 in Iserlohn.

In 6 Arbeitsgruppen wurde die spezifische Situation der Kulturarbeit freier wie kommunaler Träger abseits der Großstädte diskutiert, die bisher noch kaum ein Gegenstand einer öffentlichen Diskussion geworden ist, obwohl ein Drittel der Bevölkerung dort lebt.

Als Tendenz der kulturellen Entwicklung läßt sich sagen, daß die Kulturamtsleiter in den Klein- und Mittelstädten inzwischen dankbar die Anregungen aufnehmen, die aus den freien „Szenen" der Großstädte zu ihnen in die Provinz dringen und das in einer entspannten Form in die Breite wirkt, was einst engagiert gemeint war. Prof. Erich Hollenstein (FHS Hannover) sprach in seinem Einführungsreferat in diesem Zusammenhang von einem „Filter- und Verzögerungseffekt" in der Kleinstadt. Kennzeichnend für die Stimmungslage und Rückgratbeschaffenheit der anwesenden Kulturamtsleiter bzw. -anwärter war die Äußerung eines Geschäftsführers einer Bürgerhaus GmbH, die Tourneetheater, Antikmärkte, Karnevalsveranstaltungen, türkische Hochzeiten und Konzerte mit Howard Carpendale und Ernst Mosch veranstaltet, als über eine Festivalveranstaltung gegen die Apartheid in Südafrika diskutiert wurde: „ich kann als Geschäftsführer einer städtischen GmbH keine politisch dezidierte Veranstaltung machen". Diese Äußerung hatte zumindest den Vorzug der Ehrlichkeit gegenüber den Krokodilstränen, die manch anderer vergoß, weil in seinem Städtchen die „alternative" Szene angeblich fehlt. Sie ließ immerhin etwas von dem Anpassungsdruck erkennbar werden, den die vorgegebenen konservativen Strukturen in der Kleinstadt ausüben. Ein Mädchen aus Lübecke gab den Rat, man solle sich „geschickt" verhalten und vor allem „die Honoratioren einbinden", wenn man beim Umsetzen neuer Ideen in der Kleinstadt nicht scheitern wolle.

Ein „Weißbuch" zum „schwarz ärgern" über die „Kulturpolitik in Hamburg" hat Uli Schreiber im Oktober 1986 herausgegeben. In 40 Artikeln ärgern sich 37 Hamburger Autoren und Autorinnen über die ignorante und prinzipiose Kulturpolitik der SPD, die – um Beispiele zu nennen – den 100. Todestag von Brahms ebenso vergißt wie sie kein Interesse für ein deutsch-italienisches Kulturfestival und einen Gramsci-Luxemburg-Kongreß aufzubringen vermag.

Das Buch kostet 19,80 DM und ist zu beziehen bei: Dölling und Galitz Verlag, Ehrenbergstr. 62, 2000 Hamburg 50

as IX. Plenum des Deutschen Kulturrates, der Dachorganisation der deutschen Künstler- und Kulturorganisationen, die in 8 Sektionen (Musik, Theater, Literatur, Kunst, Baukultur, Design, Film/Audiovision, Soziokultur) gegliedert ist, tagte am 9./10.10.86 in Stuttgart. Als Höhepunkt der Arbeitstagung war eine Podiumsdiskussion über „High Tech – High Culture" gedacht, an der u.a. Lothar Späth als Hauptperson teilnahm. Allerdings ging diese Diskussion im Weißen Saal des neuen Schlosses ziemlich in die Binsen, weil Späth seine Vision einer von der Kultur bestimmten Zukunftsgesellschaft diskutieren wollte, während die Verbandsfunktionäre ihre kleinen Nöte und Wünsche an den Mann bringen wollten. Am Ende war Lothar Späth von den Kulturleuten enttäuscht, fühlte sich von einem falschen Diskussionstitel genasführt *(Auf gut Deutsch heißt das verarscht, der Setzer)* und lobte allein den Diskussionsbeitrag der Soziokulturellen, von dem er sich neue grundsätzliche Anstöße versprach.

Kooperationsformen in selbstverwalteten Betrieben

Tagungsbericht zum Seminar des Projektetreffens Nordbaden und der isis e.V. im Münstertal bei Freiburg

Red. Heidelberg Nach nunmehr 15 Jahren Erfahrung in Selbstverwaltungswirtschaft gibt es noch immer eine, wenn auch kleine Zahl von Betrieben, die vom „Mythos" der Vernetzung des alternativen Sektors nicht lassen wollen. Die Träume von der immer stärker werdenden Bewegung – dank der Vernetzung des alternativen Spektrums – sind jedoch längst ausgeträumt. Die Vernetzung als bloße politische Idee findet heute keine Mitstreiter mehr. Wenn Kooperationsansätze verfolgt werden, sollten diese Aktivitäten konkrete Auswirkungen auf die Betriebe und Initiativen haben, die sich auch „irgendwie rechnen", so jedenfalls könnte ein Fazit aus den Diskussionen um Kooperationsformen selbstverwalteter Betriebe und Projekte in Nordbaden aussehen.

Dies bedeutet nicht, daß Kooperationsansätze nur noch aus dem betriebswirtschaftlichen Blickwinkel betrachtet werden und jede Aktivität nach Heller und Pfennig abgewogen wird. Die Außenwirkung und die politische Bedeutung der verschiedenen Überlegungen spielen sehr wohl eine Rolle, sind aber für sich genommen nicht ausreichend, um eine Idee weiter zu verfolgen. Als Beispiel hierfür kann die Diskussion um eine kollektive Leasing-Gesellschaft dienen.

Politisch, so jedenfalls die Meinung der Seminarteilnehmer, bringt die Leasing-Gesellschaft nicht sehr viel neues. Der inhaltliche Aspekt dieser Kooperationsform betrifft in der Hauptsache die Kapitalneutralisierung. Kapitalneutralisierung läßt sich aber auf anderen Wegen mindestens so gut (oder so schlecht) regeln und die Leasing-Gesellschaft bedeutet hierfür nur einen weiteren zu verwaltenden Apparat. Die dazu nötigen Gelder wären in einer Aufstokkung der Löhne der Kollektivisten besser angelegt. Der betriebswirtschaftliche Vorteil bei der Geldbeschaffung wurde ebenfalls gering bewertet

„Bisher sind wir auch ohne dieses Instrument ausgekommen."

Diesem Aspekt könnte aber in der Zukunft größere Bedeutung zukommen. Daher sollte das Projekt erst mal auf Eis gelegt werden und für zukünftige Entwicklungen im Hinterkopf behalten werden.

Anders hingegen war die Einschätzung bei der Gründung von alternativen Gewerbehöfen. Diese Art der Kooperation hat sich wohl in verschiedenen Städten bewährt (Berlin, Hamburg, Freiburg, Karlsruhe) und scheint eine ideale Mischung Modellhafter Aussendarstellung und praktischen Nutzen abzugeben. Probleme sind beim Aufeinandertreffen der verschiedenen Interessen zu erwarten.

Gemäß dem Hehren Prinzip, daß gewerbliche und soziokulturelle Aktivitäten nicht voneinander getrennt zu betrachten sind und eine ganzheitliche Sichtweise anzuwenden ist, muß mit einer Kollission der sicherlich unterschiedlichen Interessen gerechnet werden. Gerade dieses Spannungsfeld bietet aber die Chance, Selbstverwaltung auf einer komplexeren Ebene zu erproben. Man darf auf die Ergebnisse dieser Experimente gespannt sein. Ein zweiter gewichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang spielt die gegenseitige Unterstützung und Kontrolle der Betriebe und Projekte.

Einige der ehemals selbstverwalteten Betriebe haben ein gebrochenes Verhältnis zu ihrer Vergangenheit und gestehen nach Befragung ein, daß sie mit Selbstverwaltung heute nichts mehr am Hut hätten und ihren Betrieb nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten führen müßten. Um diese schleichende innere Kündigung vom Selbstverwaltungsgedanken bewußt zu machen, sind Projekte wie ein alternativer Gewerbehof vielleicht ein probates Instrument. Die Chance zur Auseinandersetzung aktueller Entwicklungen und kritischer Reflexion sind jedenfalls größer als im isolierten Einzelbetrieb.

Ein weiteres Thema des Seminars, und das darf bei keinem Treffen fehlen, war die Frage nach dem Geld. Inzwischen werden erfreulicherweise die Debatten über den Mangel an Mitteln für die Alternative Ökonomie und soziokulturelle Projekte immer kürzer und die Frage, woran das liegt, immer niveauvoller. Als eines der Haupthindernisse zur Finanzierung der unterschiedlichsten Vorhaben wurden die fehlenden Sicherheiten herauskristallisiert. Doch kein Problem ist unseren Vordenkern in Finanzierungsschwierigkeiten zu schwierig, um Lösungen zu finden. Warum auch? Die traditionelle Wirtschaft hat längst Instrumentarien geschaffen, die für ein und denselben Problemkreis installiert wurden.

Fehlende Sicherheiten werden u.a. mit der Bereitstellung von Bürgschaften ausgeglichen. In Berlin gibt es bekanntermaßen bereits das Projekt der Haftungsassoziation für Selbstverwaltete Betriebe. Was in Berlin gut ist, sollte für Selbstverwaltete Betriebe im Rest der Republik billig sein. Wir wollen in Baden–Württemberg diese Idee aufgreifen und zum Teil einer gesamten Finanzierungsstrategie weiterentwickeln. Dazu brauchen wir Kooperationspartner vor allem für die Finanzierung, aber auch für die inhaltliche Seite und genauere Kenntnisse über den tatsächlichen Bedarf. Dieser soll in den nächsten Wochen mittels einer Umfrage bei den Betrieben und Projekten ermittelt werden. Ansonsten sollen erste zarte Kontakte zu unterschiedlichen Institutionen (Grüne, Kirche etc.) weiter intensiviert werden. Wir hoffen, daß wir in Zukunft zu diesem Thema noch mehr berichten können.

Im letzten Problembereich, in dem durch kooperative Ansätze Entwicklungen angeregt werden könnten, befaßten wir uns mit der Rechtsformproblematik, speziell mit Genossenschaften. Im gleichen Atemzug müssen in diesem Zusammenhang die Prüfungsverbände der Genossenschaftsverbände genannt werden. Sie stellen das eigentliche Haupthindernis bei den Zugangsbeschränkungen für selbstverwaltete Betriebe dar.

Die Ausnahmeprüfung und die kontinuierliche betriebswirtschaftliche Prüfung, die Hebel, um Kleingenossenschaften aus dem alternativen Spektrum außen vor zu halten, sind eigentlich geeignete Instrumente, die Probleme und Schwierigkeiten im Betrieb konstruktiv zu bewältigen. Leider werden die Prüfungen oft in einer Art und Weise durchgeführt, die nicht anders als unsolidarisch zu bezeichnen sind. Die alten Genossenschaften fürchten offenbar um ihren Ruf und ihre Reputation, wenn sich Kleingenossenschaften in ihren Reihen tummeln.

Die Reform dieser verkrusteten Strukturen dürfte ein sehr langwieriges Unterfangen sein mit wenig Aussicht auf Erfolg. Deshalb sollten erste Überlegungen zur Gründung eines eigenen Genossenschaftsverbandes für Kleingenossenschaften weiter ins Kalkül gezogen werden.

Auch dazu sollen Vorarbeiten gemacht und vor allem Kontakte geknüpft werden. Die Hauptschwierigkeit liegt bei der staatlichen Anerkennung dieses Verbandes, dessen Bedarf gesondert nachgewiesen werden muß.

Daraus wird klar ersichtlich, daß solch eine Bedarfsfeststellung eine politische Entscheidung sein wird. Mit den damit verbundenen Schwierigkeiten haben wir schon zur Genüge Erfahrungen gesammelt.

Als Resümee zur Tagung läßt sich folgendes feststellen:

- Vernetzung und Kooperation sind nach wie vor wichtige Instrumente des Selbstverwaltungssektors
- Nur Ansätze mit konkreten Interessen haben Aussicht auf Erfolg
- Gegenseitige Unterstützung und solidarische Kritik besitzen einen hohen Stellenwert

Angesichts des Zuspruchs zu diesem Seminar bleiben aber gewisse Zweifel offen. Für wen werden Konzepte entworfen und Kontakte geknüpft, wenn die Resonanz so spärlich bleibt, wie bei diesem Seminar? Haben neue Kooperationsformen überhaupt eine Berechtigung, wenn sie, sobald die Projekte bestehen, nur noch als Dienstleistung in Anspruch genommen werden? Wenn aus all diesen Ansätzen lebendige Projekte werden sollen, müssen wir vorher über Fragen der Motivation mit den Betroffenen reden.

Hubert Kant

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

2 Jahre Alternativtopf Nürnberg

„ Ich meine, wer staatliche Finanzierung aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnt, kann sie auch in Form eines speziellen Topfes nicht akzeptieren. Die sich daraus ergebende Abhängigkeit und Kontrolle ist letztlich mindestens so schlimm wie durch andere Förderung. Wer aber Anspruch darauf erhebt, für öffentliche Aufgaben, die man wahrnimmt, den gleichen Zugang zu hierfür vorgesehenen Geldern zu haben (aus Steuern), wie alle anderen Träger auch, der wird mit der Einrichtung einer Sonderbürokratie für ‚unbürokratische Förderung' letztlich für dumm verkauft."

Benny Härlin,
NW Rundbrief- Franken
Nov. 84

Red. Nürnberg Weil er Recht hatte, konnte ihm damals bei der Diskussionsveranstaltung im KOMM keiner widersprechen. Und trotzdem war der Weg damals, über die Etablierung des Topfes, richtig, weil er sich am Machbaren orientierte und dem damaligen Stand der Nürnberger Projektelandschaft entsprach.

Doch 1987 kann es meines Erachtens nicht darum gehen, für 1988 „Spezialalmosen" zu erstreiten. Das, was die Projekte geschaffen haben, der Zusammenhalt im Plenum und die erwiesene Kontinuität, kann sich sehen lassen. Wenn Gebhard Schönfelder in der Alternativtopf - Dokumentation auch andeutet, daß manches „heißer Wind" gewesen sei, so weiß ich nicht, auf welches Projekt er sich damit bezieht; man sollte ihn daran erinnern, daß auch die Stadtverwaltung manches Projekt nach der Erprobung abschreiben mußte – das ist ja auch kein großes Dilemma, solange es um die Erprobung einer sinnvollen Idee ging, und nicht um die Bereicherung einzelner Leute. Jedes Experiment birgt die Gefahr des Scheiterns in sich, soll man deswegen das Experimentieren lassen?

Außer der **Fraz** und **Menschenskind** ist keines der geförderten Projekte gescheitert, was m.E. ein großer Erfolg ist und die Ernsthaftigkeit der Projektemacher unterstreicht, sowie die Tatsache, daß nach diesen Projekten ein Bedarf besteht.

Bleibt es 1988 bei einem Alternativtopf, nimmt sich die Stadt die Chance der direkten fachlichen Auseinandersetzung mit alternativen Ansätzen, und die Projekte schmoren im eigenen Saft, lösen den Anspruch nach Innovation nicht ein. Wenn die Projektepraxis Kritik am Bestehenden ist, kann sie sich nicht damit zufrieden geben, daß sich in artverwandten Einrichtungen nichts verändert. Eine Veränderung setzt aber den öffentlichen Diskurs voraus; den können die Projekte nur dann wirksam führen, wenn sie selbst ihre Arbeit ernst nehmen und sich selbst nicht mit „dem Rand" begnügen; auch im Interesse der Menschen, die sich nicht freiwillig auf „den Rand" beziehen und deshalb nie Nutznießer anderer Kultur- und Sozialarbeit sein können.

Kein **Topf**, sondern **Einzelhaushaltsstellen für alle Projekte**, Bereitstellung eines **Etats** für **Experimente** in den verschiedenen Referaten der Stadtverwaltung!

Sämtliche geförderten Projekte aus dem Alternativtopf entstammen dem Öko-, Kultur- oder Sozialbereich und sind deshalb auf dauernde öffentliche Förderung angewiesen. Die Kontinuität der Arbeit ist nur dann gewährleistet, wenn die finanzielle Grundlage sichergestellt ist, und sich Menschen auf diese Arbeit perspektivisch auch existentiell einlassen können. Das jeweilige Konzept muß entscheiden, wo ehrenamtliche Arbeit erforderlich ist, nicht aber die finanzielle Not. Außerdem kann es kaum im Interesse der Stadt gewesen sein, Eintagsfliegen heranzuzüchten, das wäre doch wohl ein zu teurer Spaß. Die Projekte sind angetreten, oder befinden sich noch in den Startlöchern, um sinnvolle Arbeit in wesentlichen Bereichen der Kommune zu leisten; folglich sind sie auch in die Plicht zu nehmen.

Und die Projekte müssen sich auch in die Pflicht nehmen lassen, wenn sie wollen, daß ihre Arbeit gesellschaftspolitische Relevanz hat. Sie würden sich selbst kastrieren, wenn sie lediglich aus Berührungsangst vor der Bürokratie und dem entnervenden Amtsschimmel hübsch klein und unscheinbar unter ihresgleichen bleiben wollen. Ich hörte, daß sich **Fliederlich** nicht traute, eine Einzelhaushaltsstelle zu beantragen. Ja wo sind wir denn? Tritt **Fliederlich** für die gesellschaftliche Akzeptanz der Schwulen ein oder nicht? So, wie ich es verstehe, kämpft **Fliederlich** doch gerade um dieses Bewußtsein! Warum, steht da 'ne Ampel, die „rot" anzeigt vor der Stadtverwaltung? Eine Schwulengruppe, die seit Jahren in Nürnberg existiert, sogar bundesweite Bedeutung hat, zweifelt scheinbar an der notwendigen Solidarität! Ist das der Grund, so ist das Plenum gefordert! Für welche Politik tritt das Plenum ein?

Ja, mit der **Krabbelstube** hat **Fliederlich** nichts zu tun, bewegten sich beide nur innerhalb ihres Projekts. Das ist aber nicht so, was auch oft genug auf dem Plenum beteuert wurde. Bloß weiter konnte man nicht darüber sprechen, weil die Projekte damit beschäftigt waren, der Stadtverwaltung Arbeit abzunehmen. In der generellen Forderung, „Alles Geld bleibt bei der Stadt (kein Topf!) und die Projekte verlangen, was sie brauchen (Einzelhaushaltsstellen)", steckt die Chance, die Linie einer rein opportunistischen Förderautomatik zu verlassen.

Der „Topf" hat seine Schuldigkeit getan und die Vorlauf- und Konsolidierungsphase ist für den größten Teil der Projekte abgeschlossen, oder wird sich im dritten Jahr vollziehen. Nun gilt es meiner Meinung nach, die diversen Projekterfahrungen zu verarbeiten und übertragbar für andere zu machen, auch für neu hinzukommende Projekte.

Kein Projekt wird auf lange Zeit überleben, wenn nicht das definiert wird, was tatsächlich **neu** an ihm ist. Im zermürbenden Alltag bleibt vielleicht der Arbeitsplatz erhalten, aber die Idee kann sich nur im Austausch mit anderen dynamisch weiterentwickeln. Die Konzentration und das volle Einlassen auf die Projektarbeit ist erforderlich, um den Laden ins Laufen zu bringen, doch jedes einzelne Projekt bleibt an sich bedeutungslos, wenn sich die Mitarbeiter nur für ihren Alltag und, wenn's weit geht, für gleichartige Projekte interessieren.

Um diese These aufstellen zu können, braucht man nicht Heimatsucher einer bestimmten politischen Linie zu sein, oder nur, weil es diese nicht gibt, braucht man sich selbst nicht zu beschränken.

Wer im Dienstleistungsgewerbe tätig ist und nicht nur blind agiert, dem sind die Grenzen seines Projektalltags bewußt. Dem Plenum der Projekte kommt hier Verantwortung zu, eben genau diese Grenzen zu benennen, Standorte zu bestimmen, Ziele herauszufiltern, und die Veränderung bestehender Verhältnisse in den jeweiligen Bereichen auch konsequenter Weise zu fordern und zu verfolgen.

Nein, das ist nicht der Griff nach den Sternen, sondern lediglich der Versuch, die „Alternativen" dafür zu mobilisieren, ihre Kenntnisse und ihren Anspruch gesellschaftspolitisch umzusetzen.

Hehre Worte, doch ich meine, es lohnt sich der Versuch, im dritten Jahr zwar Geldverteilung zu betreiben, doch den Schwerpunkt auf die inhaltliche Arbeit der Projekte zu richten.

Ob das Plenum den richtigen Rahmen hierfür bietet, hängt davon ab, was die Projekte zu sagen haben und mit welchen Absichten man sich trifft. Ich glaube, daß vieles davon abhängt, miteinander sprechen zu lernen und das Gesagte auf den Punkt zu bringen. Versucht zu definieren, was z.B. Alternativprojekte sind, und ihr merkt die Notwendigkeit, den Alltag differenzierter und erfahrener zu betrachten.

Angelika Fischer

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mit Töpfchen und Köpfchen

Red. Nürnberg 2 Jahre Alternativtopf sind ins Land gegangen und das große Desaster um den Zaster hat seinen Lauf genommen. Was hat all das bewirkt? Wo stehen die Projekte und ihr Netzwerk, vor allem in der Öffentlichkeit?

Fragen über Fragen vor der Gewißheit, daß in einem Jahr, das nächste Mal bei Haushaltsberatungen, Alles oder Nichts zur Debatte steht. Alle, aber auch alle damit befaßten stehen davor, Bilanz zu ziehen: Erfolg oder Scheitern? Fortführung, Einzelhaushaltsstellen oder Nieten? Die Würfel werden fallen – können wir weiter mitmischen?

Gebracht hat uns der Topf allemal etwas und sei es nur die Knete; 1,5 Mio. im Topf und mehr als weitere 550.000 Mark extra in der Ersten-Klasse-Förderung des Extra-Haushaltstitels sind für drei Jahre Alternativtopf abzurechnen. Gebracht hat diese Zeit aber vor allem den Verbund autonomer Frauenprojekte (some ladies first) und den in Symbiose zu Netzwerk stehenden Verbund alternativer Projekte. Der Letztere mag zwar weniger als Alles an Alternativem sein, ist aber ganz gewiß mehr als Nichts und mittlerweile gar schon ohne den real existierenden Geldtopf vorstellbar.

Das Szenario einer „Welt ohne Alternativtopf" entbehrt daher nicht einer gewissen Pikanterie – vor allem unter Maßgabe eines möglichen Antrags auf Einzelhaushaltsstelle eines jeden beteiligten Projekts.

Als Folgen wären vorzustellen:
* **Aufwertung eines jeden einzelnen** Projekts in der **öffentlichen Diskussion**, die dann aber sicher ohne jedes Wenn und Aber über mögliche Folgen einer „Überhaupt-nicht-mehr-Förderung im Falle einer Ablehnung zu führen wäre.
* Entlastung der Verbünde und Netze der Projekte von der „reinen Geldverteilerei", aber auch ein partieller Verlust der **Entscheidungskompetenz**, was denn wo wie innovativ und förderungswürdig sei.
* **Politische Inpflichtnahme** des Netzes der Alternativen, aber auch der Feministinnen, zu erklären, was nach drei Jahren Förderung so da ist und noch kommen soll. Aber auch eine enorme (Über?)-Belastung ihrer privaten Geldgeber und Solidarfonds für das aufzukommen, was mit dem Topf unter den Tisch fällt. Können wir die Rechnung ohne den Wirt überhaupt realistisch aufmachen?

Sicher, unser Topf war kein Schnellkochtopf für Alternative. Aber eins haben die vergangenen Projekte- und Beiratssitzungen in den stillen, aber subventionsbereiten Kämmerleins der Projekte gezeigt, auch wenn die Diskussionen zuletzt nur noch zwischen Verwaltung, SPD und Engagierten geführt wurden und viel zu selten an das Licht der Öffentlichkeit drangen. Es darf auch keinen „Bodensatz" an Projekten im Topf geben. Er muß jetzt aufgerührt werden und das zeigen, was er bietet.

Da kann die SPD auch durchaus mal die Karten auf den Tisch legen und offenbaren, was sie an welchem Projekt des Topfes denn nun „heißen Wind" nennt. Oder was sie vielleicht auch aus wahlpolitischen Gründen vor der anstehenden OB-Wahl eigentlich nur in Grauzonen der halbherzigen und stillschweigenden öffentlichen „Begünstigung" hält, weil sie es auf ominösen Bürgerveranstaltungen in Bierzelten irgendeinem angeblich existenten fränkischen Deppen gegenüber (noch?) nicht vertreten kann. Immerhin blieb die Haltung der CSU-Fraktion bei den vergangenen Haushaltsberatungen jenes fröhlich-unbeschwerte und unbeleckte „Jein!" , mit dem einerseits die Streichung des Topfes beantragt wurde, aber gleichzeitig Tolerierung eines halben Topfes im größten anzunehmenden Unfall einer großen Koalition in Aussicht gestellt wurde. Da haben wir nun wirklich andere Sorgen.

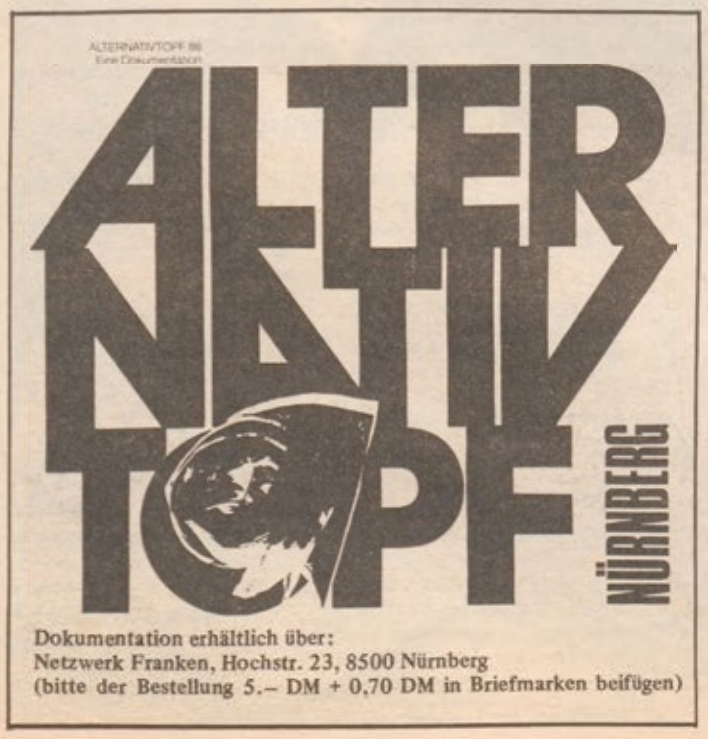
Gespenstisch mutet nämlich eher die Gefahr an, daß sich ein Großteil der mühevollen und engagiert geführten, wertenden Gespräche zwischen Projekten und ihren Sympathisanten, auch im Beirat plötzlich als „**Geisterdiskussion**" um heißen Wind entpuppt. In dieser Situation hat sich ein großes Manko des Topfes und seiner Konstruktion ausgewirkt. Die **Ungleichzeitigkeit des Dialogs** zwischen Projekten und letztendlich entscheidenden Parteien stellte das, was zwischen Projekten und Beiratsmitgliedern diskutiert wurde in den Schatten und das, was von den Parteien entschieden wird, ins Licht. Ein ungleicher Dialog also, bei der das haushaltstechnisch vorgeschriebene „letzte Wort" der Gewaltigen in der Stadt alles andere übertönt.

Keine Frage, diesen ungleichen Dialog müssen die Projekte aufkündigen, wenn sie über die Zeit nach dem Alternativtopf wirklich mitbestimmen wollen. Ab 1988 ist **alles** offen. Jedes Projekt, das dann öffentliche Förderung beanspruchen will, sollte daran arbeiten, den Topf im kommenden Jahr zum Schaufenster für Öffentlichkeit zu machen, um **gleichzeitig** einen Antrag auf Einzelhaushaltsstelle vorzubereiten. Entweder **und** oder, heißt die Devise. Danach ist dann **kein** Projekt mehr in der Grauzone des alternativen Gettos hinter der Schweigemauer.

Immerhin wird bei Netzwerk auch über eine Fortentwicklung des Fördermodells Alternativtopf laut nachzudenken sein, wenn beiden Parteien des Dialogs, den parlamentarischen wie den außerparlamentarischen, zu gleichen Teilen und Zeiten eine Willensbildung ermöglicht. Gemeint ist etwa das Modell einer kommunalen Finanzierungs-, Beratungs- und Entwicklungsgesellschaft (FIBEG), bei der endlich alle, die Projekte betreffenden Bereiche, z.B. auch Existenzgründungs- und -sicherungsprobleme in selbstverwalteten Vereinen und gewerblichen Einrichtungen, vernetzt und integriert auf einen Tisch kommen. Eine solche Gesellschaft könnte den Sachverstand aller selbstorganisierten, demokratischen Bereiche in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Kultur-, Bildungs- und Medienpolitik, der Umwelt- und Frauenpolitik wirkungsvoll koordinieren und einen Beirat mit weitaus mehr Kompetenzen und Mitteln ausstatten. Mischfinanzierungen mit privaten Geldgebern und anderen Drittmitteln könnten anstehen – der Stadtrat würde sich über den öffentlichen Finanzierungsanteil damit sein Vetorecht ja nicht verschenken, wenn er im Vorfeld von Förderentscheidungen der FIBEG mitentscheidet und Meinungsbildungsprozesse mitträgt.

Allerdings, das wäre in der Tat mehr als ein „Töpfchen für Köpfchen" – hier geht es dann um die Gesamtheit der neuen sozialpolitischen und (wirtschafts)-demokratischen Experimente in dieser Stadt, die den Alternativtopf zunehmend in einer Art „Warteschlange" umkreisen müssen, um zumindest ihren Start finanziert zu haben. Hier geht es dann aber auch um neue, mögliche Vernetzungsebenen zu neuen Gesprächspartnern in der Bildungs- und Sozialpolitik der Stadt.

Kurt Regenauer



Dokumentation erhältlich über:
Netzwerk Franken, Hochstr. 23, 8500 Nürnberg
(bitte der Bestellung 5.– DM + 0,70 DM in Briefmarken beifügen)

Rezension

»Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen«

Alle Jahre wieder erscheinen die drei Sonderausgaben der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" im Fritz Knapp Verlag und wer sich für Staatsknete interessiert, für den kann die Lektüre durchaus lohnend sein:

1. Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder an die gewerbliche Wirtschaft
2. Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder an die Landwirtschaft und
3. Die Finanzierungshilfen des Bundes und der Länder für den Wohnungsbau.

Heft 1 enthält zwar nicht alle, aber doch die wichtigsten Hilfen der öffentlichen Hand für die gewerbliche Wirtschaft einschließlich der freien Berufe mit den Schwerpunkten: Mittelstandsprogramme, Regionale Förderprogramme, Existenzförderung, Forschungs- und Entwicklungsförderung, Innovationsförderung, Umweltschutzprogramme, Förderung im Energiebereich u.v.a.m.;

Heft 2 gibt einen Überblick über die Förderprogramme für die Landwirtschaft und Fischerei mit dem neuen Rahmenplan (1986 - 1989), der Gemeinschaftsaufgabe, mit der Änderung der Förderungsgrundsätze , den zusätzlichen Hilfen (Sozialversicherungs-Beitrags - Entlastungsgesetz, „Grünbrache", Strahlenschäden-Ausgleich), sowie dem neuesten Verzeichnis der benachteiligten Gebiete (Stand 27.5.86);

Heft 3 enthält die Hilfen für den Wohnungsbau einschließlich der Wohnungsgeldtabellen und den gültigen Mietstufentabellen.

Die jeweiligen Förderprogramme sind nach Zweckbindung, Bedingungen, Antragsweg und Fundstellen klar gegliedert und lassen sowohl schnell und auf dem Stand von 1986 erkennen, wer was wofür beantragen kann, als auch was vom Bund, was als Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe und was in den verschiedenen Bundesländern gefördert wird, ermöglicht also gute Vergleiche der öffentlichen Hilfen in den verschiedenen Bundesländern. Jedes Heft kostet DM 28,-- und ist über den Buchhandel erhältlich. Wenn man oder frau dann allerdings an die dort aufgeführten Töpfe wirklich drankommen will, muß man/frau andere Ratgeber bemühen, denn zu Technik, Wegen und Hürden der Finanzaquisition enthalten die drei Hefte nichts.

Diethelm Damm

Alternativen für geistig Behinderte

Red. Heidelberg Mit der Konstituierung des Arbeitskreises „Leben und Arbeit mit Geistig Behinderten" in der AG SPAK gibt es nun hoffentlich die dringend notwendige Kontinuität in einer Arbeit, die bislang von der BRD-Linken schlicht vernachlässigt wurde.

1987 sind zwei Tagungen sicher und eine dritte soll im Herbst folgen. Vom 27.-29.3. wird im „Alten Amtsgericht" Fronhausen/Lahn zum Thema „Finanzierungen und Organisationsformen für selbstverwaltete soziale Projekte" gearbeitet und die hoffentlich schöne Sommerwoche im Juli (hier wird der genaue Termin noch bekanntgegeben) auf der Dörrwiese (LiD) wird den Themenkreis „Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, Sprache und Denken" behandeln. Interessierte, auch aus anderen Berufen, sollten sich rechtzeitig an eine, der am Schluß des Berichtes genannten Kontaktadressen wenden.

Es dürfen sich auch gern Personen melden, die mit den angesprochenen Themen vertraut sind und darüber referieren möchten.

Bericht über das Informationsaustauschwochenende in Zewen bei Bremen

Anfang November '86 fand in Zewen bei Bremen das 2. Treffen des AK „Leben und Arbeit mit Geistig Behinderten" statt. Dieser – noch – sehr unbekannte AK besteht zur Zeit aus der „Lebensgemeinschaft im Dhrontal – eine seit 3 Jahren im Hunsrück lebende Landkommune mit geistig behinderten und nichtbehinderten Menschen, einer Initiative aus Bremen mit der LiD ähnlichen Plänen, einer Initiative aus Köln-Solingen mit dem Vorhaben, mit schwer geistig behinderten Menschen aus dem LKH eine Wohngruppe zu gründen, und interessierten Einzelpersonen, die in persönlichem Kontakt zu behinderten Menschen stehen oder selbst behindert sind.

Der Ak hat sich zum Ziel gesetzt, eine **Vernetzung** zu schaffen zwischen Projekten, die Alternativen zur traditionellen Unterbringung geistig behinderter Menschen in Anstalten sind (wie die Lid) oder werden wollen. Es gibt in der BRD einige bereits arbeitende Projekte, die aber mehr oder weniger isoliert vor sich hin wurschteln. Für diese könnte eine Vernetzung die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs bieten; und für die noch in Planung befindlichen Projekte kommen dabei bestimmt wertvolle Tips heraus (Finanzierung, Integrationsprobleme etc.). Zudem brauchen kleine Projekte einen Zusammenschluß, um gegen die zentralisierte Anstaltsmacht überhaupt eine **Gegenmacht** entwickeln zu können. (Die Beschränkung des AK auf geistig behinderte Menschen als „Zielgruppe" ist nicht inhaltlich bestimmt, sondern aus praktischen Erwägungen – Größe des AK, Finanzierungsspezialisten etc. – entstanden).

Mit dieser gegenseitigen Befruchtung und Stärkung soll Ende März/Anfang April '87 auf einem 3. Treffen in der Nähe von Köln begonnen werden (wird noch genau bekanntgegeben).

Kontaktadresse: Kirsten Alers, Buschheuserstr. 17, 5000 Köln-Mülheim

Nun noch eine kurze Darstellung der Auseinandersetzung auf dem 2. Treffen des AK im November, das sehr stark von inhaltlichen – weniger von organisatorischen – Fragen bestimmt war.

Die Diskussionen rankten sich um 3 Hauptthemenkomplexe: 1. Motivation und Selbstverständnis von uns als (zukünftige) Betreuer/innen; 2. Sollen nichtbehinderte und behinderte Erwachsene in einer Wohn-/Lebensgemeinschaft zusammenleben?; 3. Integration und Normalisierung.

1. Persönliche Kontakte zu geistig behinderten Menschen (vor oder während des Pädagogikstudiums), die unter teilweise miserablen Bedingungen leben müssen, motivierten uns, nach Alternativen für diesen Personenkreis zu suchen. Auch stellten wir fest, daß wir zudem durch unseren politischen Hintergrund motiviert sind, mit Ausgeschlossenen, Randgruppen, oder wie sie auch immer genannt werden, zusammen zu leben und zu arbeiten: wir wollen die (kapitalistische) Leistungsgesellschaft angreifen bzw. überwinden helfen, indem wir mit Menschen, die nicht in diese hineinpassen und gerade auch weil sie nicht in diese hineinpassen, leben, indem wir nach Lebensformen suchen, die es nicht „nötig" haben, jemanden auszuschließen. Am Schluß blieb die Frage unbeantwortet, ob wir das Recht hätten, behinderten Menschen unsere Lebensvorstellungen aufzustülpen – aber welche Alternativen stehen ihnen zur Verfügung, können wir „guten Gewissens" Anstalten und Kliniken das „Feld" überlassen?

2. Diese Frage könnte auch anders formuliert werden: Haben behinderte Menschen nicht eher die Möglichkeit, unkontrolliert und selbstbestimmt zu leben, wenn die nichtbehinderten nur als Betreuungspersonen oder als Freunde ab und zu in der Gruppe der behinderten Menschen auftauchen? oder: Schließt die Forderung des Zusammen-Lebens nicht schwer geistig behinderte Menschen aus, da mit ihnen das Zusammensein zum grossen Teil aus Betreuungsarbeit besteht (und das hält selbst ein hochmotivierter nichtbehinderter Mensch nicht jeden Tag und nicht 24 Stunden pro Tag aus: ständig gefordert zu sein)? oder: Spielt diese Frage überhaupt eine Rolle, denn – ob im Zusammen- oder im Getrenntleben – behinderte und nichtbehinderte Menschen bleiben zwei unterschiedliche Gruppen, sodaß es auf die Gestaltung des Verhältnisses ankommt (ein autoritäres kann es bei beiden Formen geben, genauso wie ein partnerschaftlich-gleichberechtigtes)?

Eine abschließende oder gemeinsame Antwort fanden wir nicht auf diese Frage/n...

3. An diesem Punkt gab es teilweise harte (aber faire) Angriffe von Köln gegen Bremen und zurück: die Bremer/innen suchen für sich als Gruppe nach einer Lebensform, die ohne Aussonderung, ohne die Normen und Werte der Leistungsgesellschaft auskommt, d.h. eine „entnormalisierte" Gesellschaft im Kleinen vorwegnimmt; aus dieser Position heraus warfen sie den Kölner/innen Reformismus vor. Denn diese wollen möglichst schnell einige hospitalisierte geistig behinderte Menschen aus dem LK herausholen in die jetzige (zugegebenermaßen behindertenfeindliche) Gesellschaft, was impliziert, daß für sie Normalisierung und Integration bedeutet: kurzfristig müssen sich die behinderten Menschen an einige Normen der Gesellschaft, inmitten der sie leben, anpassen (z.B. Straßenverkehr); langfristig kann die „normale" Gesellschaft durch die Konfrontation mit der „Nichtnormalität" (leider) erst ihre Formation hin zu einer Nichtleistungs- und Nichtaussonderungsgesellschaft ändern.

Letztendlich widersprechen sich die beiden Positionen nicht; sie entstanden auf dem Hintergrund einer unterschiedlichen Herangehensweise an das Vorhaben, Alternativen mit geistig behinderten Menschen zu entwickeln . In der Praxis werden sowohl die Bremer/innen als auch die Kölner/innen ständig auf dem Grat zwischen notwendiger Anpassung an die „Normalität" und Vorwegnahme einer „entnormalisierten" Umgangsweise mit sog. „Abweichungen" wandern.

Kirsten Alers

Kontaktadressen für den AK „Leben und Arbeit mit Geistig Behinderten Menschen":

Ulla Ziegenbein
Tel. 0421/25 96 09
Mühlenfeldstr. 67
2800 Bremen

Kirsten Alers
Tel. 0221/ 62 01 20 6
Buschheuser Str. 17
5000 Köln-Mülheim

Lebensgemeinschaft im Dhrontal, Dörrwiese 4
Tel. 06533/35 34
5552 Morbach

AG SPAK
Kistlerstr. 1
Tel. 089/69 17 82 1
8000 München 90

JEDEN TAG EINE GUTE TAZ!

Ausschneiden und einsenden an: taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ 5 Wochen für 30 Mark
☐ 9 Wochen für 50 Mark
☐ 20 Wochen für 100 Mark

die tageszeitung
Cruise Missiles rollen ins Manöver

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
☐ Bargeld liegt bei
☐ Verrechnungsscheck liegt bei
Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.
650 Unterschrift: .....

Rezension

Geschichte
der Kommunebewegung

Karl-Ludwig Schibel
Das alte Recht auf die Neue Gesellschaft

Kommunen waren immer Ausdruck des Widerstandes gegen die zerstörenden Formen autoritären Herrschens. Zu diesem Ergebnis kommt Karl-Ludwig Schibel, der mit seinem Buch „Das alte Recht auf die Neue Gesellschaft" einen Meilenstein in der Geschichte der Landkommunen gesetzt hat.

Für den Sozialforscher Schibel ist die Kommune die „Vergesellschaftungsform in überschaubaren Gemeinschaften, deren Angehörige als Gleichwertige gemeinsam wichtige Bereiche ihres Lebens- und Arbeitszusammenhangs organisieren". Am Beispiel der spätmittelalterlichen Dorfgemeinde und der amerikanischen „Community" demonstriert er, wie diese Gemeinschaftsprojekte einen überaus aktiven und kreativen Zusammenhang organisiert haben.

Schibel zeigt jedoch aber auch auf, welche gesellschaftlichen Entwicklungen die Kommunen als „herrschaftsfreien Lebensort" überrollt und jeweils ausgelöscht haben. Sobald der strukturelle (Nordamerika) oder militärische Druck (Spätmittelalter) auf die Kommunen überhand nahm, war das Scheitern des gemeinschaftlichen Daseins abzusehen.

So erlebte die genossenschaftlich organisierte Dorfgemeinde im Bauernkrieg von 1524/25 ihre endgültige Niederlage. Die erstarkenden Territorialstaaten duldeten keine selbstverwalteten Gebilde in oder zwischen ihren Herrschaftsgebieten. Ebenso wurde der nicht angepaßte Flickenteppich amerikanischer Communitiers, die eine bäuerlich-handwerkliche Tradition zu bewahren suchten, durch forcierte Industrialisierung und gnadenloses Big Buisiness an den Rand gedrängt und schließlich zur Anpassung gezwungen.

Der Interpretation Schibels, „die Verfolgung und Zerstörung der Kommune verweist auf ihre politische Bedeutung", ist durchaus folgerichtig. Denn „unter herrschaftlichem Druck wird die Kommune zur Organisationsform des Widerstands". Insofern muß ein Interesse an Zerschlagung dieser Einheit bestehen, die die Erhaltung und Bewahrung eines Lebenszusammenhanges fordert und selbst in Opposition zur übrigen Gesellschaft praktizieren. „Sie klagen auf ihr Altes Recht, und diese Klage verwandelte sich im Widerstand gegen Zentralisierung und die Herrschaft des modernen Staates zum Kampf für eine neue Gesellschaft."

Aus den Kommunen heraus sind also die modernen Ideen einer tätigen Gesellschaftsüberwindung entstanden. Schibel geht sogar soweit zu behaupten: „daß in den Rebellionen, Revolutionen und Widerstandsbewegungen der Neuzeit, soweit sie „von unten" kamen, die Handelnden immer auf kommunitäre Formen, d.h. Formen, die ihren spezifischen Arbeits- und Lebensverhältnissen entstammten, zurückgriffen und daraus die umfassendsten und radikalsten Ansätze zur Überwindung der alten Gesellschaft ausgebildet haben".

Schibel widerspricht damit auch dem gängigen Vorurteil, Kommunen seien zumeist kleinkariert und rückwärtsgewandt. Vielmehr seien Landkommunen „Erinnerungen an vorwärts", die „modellhaft die gute Gesellschaft in einer überschaubaren Gruppe" zu entwickeln versuchen.

Mit diesem Buch verknüpft Schibel die Utopievorstellungen Ernst Blochs mit soziologischer Forschung. Über eine solide historische Archivarbeit macht er in diesem Buch die Tradition europäischer und nordamerikanischer Gemeinschaftsprojekte für eine zeitgemäße Gesellschaftsüberwindung und Systemspregung fruchtbar. Dieses Buch ist durchaus als gelungen zu bezeichnen, denn trotz seiner historiographischen Genauigkeit ist es anregend und lesefreundlich. Vielleicht ist auch diese Dialektik von Genauigkeit und Verständlichkeit ein Produkt einer langjährigen Praxis in Landkommunen.

Gunar Seitz

Karl-Ludwig Schibel: Das alte Recht auf die Neue Gesellschaft – zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter, Sendler, Frankfurt, 1985, 282 S., DM 32,–, ISBN 3-88048-075-3.

VERTREIBUNG VERHINDERN

Vertreibungen
— bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen (Kurden, Äthiopier, Afghanen, Bahai, Assyrer, Stammesvölker in Indien, Indianer), davon nur etwa 11 Millionen offiziell registriert und "betreut"
— treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten

Bedroht und vertrieben
— von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub
— von ökologischem Raubbau und falschverstandenem Fortschritt

Helfen Sie mit Ihrer Spende
— die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen
— gegen diese Vertreibungen zu protestieren

Gesellschaft für bedrohte Völker
Gemeinnütziger Verein
Postfach 2024 · 3400 Göttingen
Tel: 0551/55822-3
Postgiro Hamburg 935-200
BLZ 200 100 20

Landkommunen Teil 2

USA: Mimbres Hotspring Community (1975) Dina und eine zweite Frau formen Tassen, Vasen, Becher, Schüsseln und Kannen, die sie auf Märkten oder in Kunstfachgeschäften anbieten. Foto Bruno Buckler aus: Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975 Verlag Klaus Guhl

Die Kommune in der europäischen Geschichte

In der letzten Ausgabe von CONTRASTE berichteten wir über die Idee der Kommune. Dabei wurde insbesondere das anarchistische Miteinander der Kommune-Gemeinschaft deutlich. Es wäre jedoch vermessen, die Kommune nur als Lebensort in der spätbürgerlichen Zeit zu betrachten. Die Idee und die Verwirklichung von Gemeinschaftsprojekten anarchistischer Prägung wurde zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten immer wieder neu entwickelt. Von den historischen Wurzeln der heutigen Kommunebewegung handelt dieser Artikel.

Im Verlauf der Geschichte können wir drei Arten der Kommuneentwicklung unterscheiden. Im folgenden seien diese idealtypisch genannt (in der Wirklichkeit bilden sich jedoch oft auch Mischformen dieser Idealtypisierung heraus).

*Unter der Bedingung einer **herrschaftsarmen gesellschaftlichen Situation** entwickeln sich aus dem täglichen Handeln der Menschen in der Regel (!) überschaubare Gemeinschaften, deren Angehörige als Gleichwertige gemeinsam wichtige Bereiche ihres Lebens- und Arbeitszusammenhangs organisieren. Dies kann in bestimmten Zeiten zu einer dann weit verbreiteten kommunitären Organisationsform des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden, wie etwa die Dorfgemeinschaft bei den Griechen und im Mittelalter oder die frühe Community in den USA.

*Wird jedoch starker herrschaftlicher Druck auf diese bereits existierenden Kommunen ausgeübt, wandelt sich ihr Charakter in Richtung der einer Widerstandsgemeinschaft. Die Kommune wird als Ort der aktiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung begriffen, um **Gegenmacht** zu organisieren. Der starke äußere Druck soll soweit abgefangen werden, daß das einzelne Kommunemitglied diesem standzuhalten vermag. Die Kommune wird in solchen Zeiten zu einer Notgemeinschaft der Widerständigen wie etwa die Arbeitercommunity in Nordamerika im 19. Jahrhundert.

*In Zeiten, in denen sich keine Chance auf kurzfristige gesellschaftspolitische Veränderungen zeigt, bildet sich die Kommune zumeist aus der Idee eines besseren Zusammenlebens. Nicht die Angst vor Herrschaft, noch die Not zwingt hier zu Einigung, sondern das Bedürfnis, etwas gemeinsam zu machen, das besser ist, als das „Übliche". Diese Kommunen wollen die neue Gesellschaft in idealtypischer Form vorwegnehmen. Insbesondere in Zeiten der Vereinzelung und der Erfahrung der Ohnmächtigkeit des einzelnen Individuums (4. Jh. und Ende des 20. Jh.) tritt dieser Typ von Kommune in den Vordergrund.

Betrachten wir einmal die Phase der Kommuneentwicklung im Mittelalter: Im europäischen Feudalsystem am Beginn des 2. Jahrtausends nach Christus herrschten einige Adelige über die ihnen „anhängigen" Bauern. Diese lehnsabhängigen Bauern (die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung) mußten den Lehensherrschern Abgaben in Naturalien entrichten, wofür diese wiederum ihnen einen angeblichen militärischen und juristischen Schutz gewährten.

Mit der Zunahme der Bevölkerung im Mittelalter wuchs insbesondere die bodenständige bäuerliche Bevölkerung. Lebten vorher die Bauern überwiegend in einzelnen Gehöften, so entstanden ab dem 10. Jahrhundert mehr und mehr größere Einheiten, die Dörfer. Dabei kam irgendwann einmal der Zeitpunkt, wo diese Dörfer für die Feudalen mit ihren wenigen Soldaten nicht mehr zu kontrollieren waren. Und solange die Naturalabgaben der Bauern widerstandslos an die Adligen und ihre direkten Untertanen abgeführt wurden, hatten diese auch gar keine Veranlassung, Druck auszuüben.

In den Dörfern konnte sich nun in einem relativ weitgehenden herrschaftsfreien Rahmen eine Entwicklung hin zu einer Dorfgemeinschaft entwickeln. Jetzt war es nicht mehr der Einzelne, der die Abgaben abliefern mußte, sondern die Dorfgemeinschaft. Der größte Teil des bebaubaren Ackerlandes, des Waldbestandes und der Weiden wurde von diesen frühen Kommunen gemeinschaftlich über ein ausgeklügeltes Rotationssystem genutzt (Stichwort: Allmende).

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich auch in den Neuenglandstaaten in den Anfängen der weißen Siedlungsentwicklung. Oder nachdem die Stadtstaaten im alten Griechenland die Territorialfürsten ablösten und die bäuerliche Bevölkerung in eine relativ herrschaftsfreie gegenseitige ökonomische Verflechtung mit den Stadtstaaten geriet.

Kommuneentwicklungen sind also nicht Randerscheinungen, wie die meißten Politiker behaupten, oder Vorläufer eines Sozialismusses, wie es Marx, Engels und die kommunistischen Theoretiker begreifen. Sie sind vielmehr die **natürliche Vergesellschaftungsform** in Zeiten der Herrschaftsarmut.

Kommunen sind als überschaubare Gemeinschaften die konsequente gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeit für ein befriedigendes Zusammenleben (Griechen, Mittelalter, Nordamerika). Daneben können sie zudem eine ernsthafte Widerstandsform gegen staatliche oder wirtschaftliche Zwangsgewalt sein. Nicht umsonst wurden sowohl die mittelalterlichen (Bauernkrieg) als auch die nordamerikanischen (Gerichte, staatliche Verwaltung, zunehmende Industrialisierung) Kommunen unter starkem Druck zur Auflösung gezwungen.

Heute jedoch bergen sie die Gefahr in sich, über eine ideelle und modellhafte Konzipierung einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, die bestehende Gesellschaft als schlechtere und historisch überkommene Gesellschaftsform zu entlarven. Über die Kommunen heute soll in der nächsten CONTRASTE berichtet werden.

Gunar Seitz

Rezension

Harald Glätzer
Landkommunen in der BRD
Flucht oder konkrete Utopie

Glätzers Anliegen ist es, eine Vermittlung von Stadt und Land zu begründen. Städtische Kommunen sollten sich mit den Landkommunen in einer umfassenden Bewegung zu integrieren versuchen. Weiterhin ist es ihm ein Anliegen aufzuzeigen, warum gerade in den Landkommunen ein revolutionäres Element sichtbar wird. Für ihn sind die anarchistischen Ansätze von Schmid und St. de laurant wesentlich.

AJZ-Verlag, Bielefeld, 1978, 232 S., DM 13,80

Thomas Demele
Leben und Lernen in Landkommunen – Die Landkommune als alternatives Erziehungsmodell

In diesem Buch werden die Erfahrungen von Landkommunen in der Weimarer Republik und der BRD dargestellt. Besonders über eine Untersuchung von 5 Kommunen werden die Veränderungen in der Kindesentwicklung deutlich. Ebenfalls wird der Einfluß dieses praktizierten Erziehungsstiles auf das Leben und die Denkgewohnheiten der Erwachsenen aufgezeigt.

Zündhölzchen Verlag Kassel, 113 S., DM 6,50

Horst von Gizycki
Arche Noah '84 – Zur Sozialpsychologie gelebter Utopien

Im Buch werden die Grundzüge einer Sozialpsychologie alternativer Lebensformen durch einen kreativen Rückschritt entworfen. Neben einer ausführlichen Analyse erfolgen Bemerkungen zu einer fröhlichen Wissenschaftskultur und Anarchismus. Die Frage des Eros in sozialer, politischer, ökonomischer, religiöser und ästhetischer Hinsicht wird aufgeworfen und positiv beantwortet. Das Buch kommt zum Schluß, daß nur durch und in gelebten Utopien letztendlich ein Überleben möglich ist.

fischer alternativ, 1983, 171 S., DM 9,80

Rolf Schwendter
Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 1 und 2

In diesen beiden Bänden werden von unterschiedlichsten Autoren die Bedingungen für eine alternative Ökonomie beschrieben. Darin rufen insbesondere Horst von Gizycki und Rudolf Bahro zur Verwirklichung der alternativen Ökonomie in Form von Kommunen auf. Andere Autoren beleuchten das Umfeld, in dem ein kreatives Kommunedasein möglich wird.

AG Spak, München, 1986, 558 S., DM 48,–

Stellenanzeigen

Genossenschaftlicher Prüfungsverband sucht ABM-berechtigte(n) Wirtschafts- oder Sozial-Wissenschaftler(in), auch Fachhochschulabsolvent(in), für ein Projekt, das traditionelle Genossenschaften und alternative Genossenschaften in neuen Formen integriert.
Vorausgesetzt werden.
- ökonomischer Sachverstand
- die Fähigkeit, andere Menschen zu überzeugen
- Bereitschaft zu umfangreicher Reisetätigkeit.

Bewerbungen bitte an:
REVISIONSVERBAND DEUTSCHER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN EV,
Adenauerallee 21,
2000 Hamburg 1

Zur Gründung eines ♀Vollkornbäckereikollektivs in Wuppertal suchen wir dringend eine Bäckermeisterin-Gesellin.
Ute Rüenaufer, Am Diek 9, 5600 Wuppertal 2
Tel. (0202) 52 73 67

Soziales und trotzdem Selbstverwaltetes Werkstattprojekt im Raum Heidelberg sucht ABM-Handwerker/in (Holz, Metall) ab Frühjahr 1987.
Chiffre 428865

Wir sind eine Gruppe von 11 Menschen, die in den Betrieben (Tischlerei, Zimmerei, Architektur, Bäckerei u. Seminarhaus) zusammen arbeiten. Seit 6 J. leben wir auf einer histor. Burganlage u. bauen Werkstätten u. Wohnbereiche aus. Wir suchen noch Leute, die mit handw. Erfahrungen, mit viel Engagement u. mit der Bereitschaft zu Auseinandersetzungen in der Gruppe.
Lutter-Gruppe, Auf der Domäne 3372 Lutter a.Bbg
Tel. (05383) 18 84

Frau gesucht ♀♀♀

...die Lust und viel Energie hat, mit einem kleinen Team ein selbstverwaltetes Tagungshaus zu betreiben. Das Haus – in kleinem Eifeldorf bei Daun – besteht seit 3 Jahren, ist sehr gemütlich, hat 27 Betten und ist relativ gut ausgelastet. Es gibt Möglichkeiten der Holzverarbeitung und Töpferei.
Gewünscht wird eine langfristige und verbindliche Mitarbeit. Zu tun gibt's hier viel: Verwaltung, Gartenarbeit, Putzen, Kochen, Reparaturarbeiten, Dorfaktivitäten, Gruppenbetreuung, Seminarorganisation und Durchführung.
Also wenn Du älter als 26 J. bist (entwicklungs-) politisches Engagement hast, selbständig arbeiten und viel Eigeninitiative entwickeln kannst, wenn Du Routinearbeiten nicht scheust und ein hohes Einkommen Dir weniger wichtig ist als ein selbstbestimmteres Gestalten Deiner Zukunft, dann melde Dich doch mal!
Lernwerkstatt
Beatrice Ingermann
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 551 o. 10 31

Neu

NEUES LAND IN SICHT

Verschnupfte Landschaften, pessimistische Leute, zukunftslose Beziehungskisten, autoritätshörige Politikeinstellungen und abgehobenes Theoretisieren - neues Land in Sicht?

Selbst denken und schreiben, Leidenschaften und Sehnsüchte, Politik erfahrbar machen, kommunikatives Forum sein für praktische Utopie - neues Land in Sicht!

NEUES LAND IN SICHT ist eine alternative Zeitschrift für Kultur und Politik.

Als 0-Nummer zum Anfassen für DM 4,50 eine Auswahl zu den ersten drei Themenheften "WOHNEN", "TOD" und "RAUSCH".

Mitarbeit ist willkommen.
ABOS zu DM 4,50 je viermonatiges Heft bei

Walter Neumann, Raabestraße 18
3 Hannover 1, Tel. 0511-69 41 38
oder über den Buchhandel.

Edition nicole
Verlag für Gesellschaftsphilosophie

Stellensuche

Bankkfm., 28, Betriebswirt/EDV, Ausbilder, ist den Bankenabzug leid und sucht ehrliches Arbeiten (bevorzugt Raum Düsseldorf) im Bereich Akquisition + Beratung. Fertigkeiten auf diesen Gebieten sowie mittelständische Krediterfahrung und EDV-Kenntnisse vorhanden.
Norbert Toups, K.-Arnold-Str. 20
4005 Meerbusch 1
Tel. (02105) 84 36

SOFT-WARE !?! Student im Abschluß-Semester (FH) sucht Job und/oder Infos/Kontakte. Schwerpunkte Software-Erstellung, SW+ HW-Test, Dokumentation, Beratung. Kenntnisse Basic, Pascal, C, Assembler; dBase III, Wordstar; UNIX + Ms/Dos. Ciao Rainer
Rainer Burkhardt c/o Reinschlüssel, Untere Fischerstr. 13, 8510 Fürth, Tel. 0911/74 81 63

Sonstiges

Alternatives Hotel in der Toskana

Seit 8 Jahren schon organisieren wir – eine Gruppe von Italienisch-Lehrern von der P. P. Pasolini Sprachschule – Ferienkurse in Castiglioncello (ca. 4.000 Einwohner) an der etruskischen Riviera, 20 km südlich von Livorno, 40 km von Pisa und 90 km von Florenz entfernt, in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde des Ortes. Die Sprachkurse selbst finden in dem restaurierten Schloß Castello Pasquini statt.

Kulturell gesehen ist Castiglioncello – und nicht nur wegen seiner ausgezeicchneten Lage – ein wichtiger Ort: im Castello Pasquini werden Konzerte, Theatervorstellungen, Ausstellungen, Kongresse u.a. organisiert. Um die Lern- und Wohnsituation vor Ort zu verbessern, haben wir ein Hotel gepachtet.

Warum ein Hotel? Zunächst weil wir davon leben wollen, d.h. Arbeitsplätze für alle schaffen wollen, denen wir vorher sporadisch durch die Sprachschule Arbeit vermitteln konnten; zweitens wollen wir erreichen, daß sich die Leute, mit denen wir es zu tun haben, wohl fühlen und ihren Interessen und Wünschen besser entsprochen werden können. Drittens wollen wir die Gestaltung des Altags (da unten) selbst in die Hand nehmen, statt den bekannten Dienstleistungsbetrieben zu überlassen.

Das Hotel bzw. der Ort eignen sich optimal für Klassenfahrten (Schulen und Hochschulen), für Studienreisen und Tagungen (Grüne und Gewerkschaften usw.) und für Gruppen und Kollektive, die nicht nur diskutieren, sondern sich auch entspannen, gut essen und trinken, baden und wandern wollen.

Kontaktadressen:
„Pier Paolo Pasolini" Sprachschule
Adalbertstr. 36 H, 6000 Frankfurt/M-90, Tel. 069/70 30 17+18
„Albergo Fiorenza"
Via Marconi 2, Castiglioncello (LI)
Tel. 0039 586/75 20 45

Anarchismus & Bildung, Heft 1/86, 112 Seiten, 9 DM, Themen: Anarchie + Pädagogik, Antipädagogik, Freie Schulen, Beiträge v. Braunmühl, Ward, Holt, Dennison u.a. **Edition Flugschriften,** Straßburgweg 19, 7900 Ulm

STATTwerke

*** Wir sind umgezogen ***

Mehringdamm 50
1000 Berlin 61
Tel. (030) 785 70 82

graswurzel revolution

Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

3.- Nr. 110

Dez./Januar 1987

für 3.60 DM in Briefmarken bei:
Graswurzelrevolution
Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name . . . . . .

Straße/PLZ/Ort . . . . . .

Telefon. . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Leserbriefe

Liebe Leute von der Redaktion,
in der Nr. 27 der CONTRASTE vom Dez. 86 ist eine Bilddarstellung der Krippe in Bethlehem abgedruckt, die in zweifacher Weise ärgerlich ist: zum einen, was die Darstellung als solche betrifft, zum anderen, mit der Entscheidung der Redaktion, das Poster zu bringen, das wohl den Konsumwahn zur Weihnachtszeit glossieren wollte. Dafür ist das Auto zweifellos ein richtiges Darstellungsobjekt. Der Autor hat aber – unbewußt oder willkürlich, auf jeden Fall aber fälschlicherweise – den Träger des Konsumverlangens auf den Jesusknaben verlegt, anstatt auf den Konsumenten. Wenn es unbewußt war, fehlte es ihm am Durchblick des Geschehens von Bethlehem, war es bewußt, hat er einen Schockierungseffekt beabsichtigt unter pervertierten Prämissen. In beiden Fällen wäre es ein Problem des Autors, dem nicht mit dem Erwerb der Veröffentlichungsrechte an der Graphik gedient gewesen wäre, sondern wohl eher mit einem Gespräch. Nicht annehmen möchte ich allerdings, daß mit den semitischen Geschichtsmerkmalen von Joseph und Maria eine antisemitische Tendenz zum Ausdruck gebracht werden sollte. Das wäre in der Tat fatal.

Ich weiß, daß CONTRASTE weder ein Kirchenblättchen, noch eine in regelmäßigen Abständen erscheinende Hauspostille ist. Sie ist auch kein Organ von Friedensinitiativen kirchlicher oder außerkirchlicher Couleur, sie gehört aber nach meinem Verständnis in den Bereich der Friedenspolitik im weiteren Sinne, als Wegbereiter für eine menschenwürdige soziale Gesellschaftsstruktur und setzt damit ein ethisches Anliegen voraus, das nicht ohne innere Wahrheit zu verifizieren ist. Seid bitte in der Zukunft mit der Wahl Euerer Darstellungsmittel etwas kritischer und macht das Journal zu einem wirklichen **Kontrast** gegenüber einem reichlich vorhandenen schlechten Journalismus.
Mit freundlichen Grüßen
Gerd Keim

Gefahr Krankenversicherung

Wo sind wir jetzt angelangt, daß jetzt schon in CONTRASTE die Diskussion um eine alternative Krankenversicherung geführt wird? Langt denn die Diskussion um die Öko-Bank noch nicht? Diese Diskussion um ein großmächtiges alternatives Finanzierungsinstitut im kapitalistischen Korsett sprengt eigentlich schon den Rahmen von Selbstverwaltung. Wie erst, wenn auch noch Versicherungen sich als selbstverwaltet (wohlgemerkt im alternativen Sinne!) darstellen.

Meine Befürchtung ist: Über eine alternative bundesweite Krankenversicherung wird das Mitglied eines selbstverwalteten Betriebes oder einer Lebensgemeinschaft in eine weitere – jetzt alternative – Vereinzelung hineingezerrt. Nicht die Gruppe, in der er lebt und/oder arbeitet ist für die Gesundheit und für das Wohlbefinden verantwortlich, sondern eine alternative Institution weit außerhalb seines praktischen Lebensvollzuges.

Nein, hier gehen wir dem industriellen System auf den Leim. Deshalb schlage ich vor, daß auch über die Gefahren – und diesmal fundierter und historisch gründlicher als bei der Ökobankdiskussion – hier in CONTRASTE diskutiert wird. Denn diese Zeitschrift ist ja die einzige auf breiter Flur, wo solche Fragen erörtert werden können.
Mit lieben Grüßen und mit der Hoffnung auf eine fruchtbare Auseinandersetzung
Bernd

Liebe CONTRASTE-Redaktion
Seit einigen Jahren verfolge ich die Vernetzungs- und Selbstverwaltungsbewegung in Deutschland. Viel gute Arbeit habt Ihr geleistet – weiter so, aber es bleibt noch vieles zu tun. Und das ist auch das Anliegen meines Briefes.

Seit 4 Jahren lebe ich jetzt mit meiner Familie hier in Südfrankreich und betreibe einen Bauernhof. Nun habe ich von der „Bauer-Power-Bewegung" in Deutschland gelesen und davon ausgehend habe ich also einen Vorschlag oder Anregung zu machen:

Wie Ihr Städter vielleicht auch wißt, ist Land, Erde auf der einen Seite sehr teuer, auf der anderen Seite eigentlich unverkäuflich. Da man aber im praktischen Leben Land kaufen, pachten oder erwerben muß, gibt es sehr wenig Land, das biologisch bearbeitet wird, obwohl es viele interessierte Leute gibt. Diese Leute haben aber meistens kein Geld, um anzufangen, oder die Schuldenlast ist so groß, daß sie irgendwann wieder aufhören oder konventionell weiterarbeiten. Dies ist ganz kurz der gegenwärtige Zustand, wie ich ihn sehe, in ganz Europa. Dazu kommt noch Tschernobyl etc. etc. Deshalb mein Vorschlag:

1. Eine Stiftung gründen, die europaweit Gültigkeit hat; mit dem Ziel, biologische Höfe zu besitzen bzw. zu verwalten.
2. Mit einem Eigenkapital wird ein Hof gekauft und von der Stiftung in kompetente Hände gegeben, mit der Auflage, dieses Stück Erde biologisch zu bearbeiten. Dieses Recht, das Land zu bearbeiten, soll lebenslang gelten, darüber hinaus soll der Bauer das Recht haben, seinen Nachfolger zu bestimmen.
3. Der Bauer verpflichtet sich, je nach Möglichkeit eine Art Pacht oder sowas an die Stiftung zu überweisen, Höhe je nach Jahr, Ertragslage etc. unterschiedlich, so daß auf die Dauer mit einem Art Schneeballprinzip ein neuer Hof gekauft werden kann. Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß auch Städter Geld geben und dafür für eine genau bezeichnete Landparzelle, eine Art „Patenschaft" übernehmen.

So, das ist in Kürze meine Idee. Ich hoffe, es ist verständlich und nicht zu verworren. Also, was fehlt ist ein Trägerverein, der die Satzung ausarbeitet, die Werbung macht und vor allen Dingen juristische Beratung anbietet, weil meines Wissens, das Stiftungsrecht beschnitten worden ist, weil die Stiftungen als ‚Geldwaschanlagen' gedient haben.

Also, ich hoffe Ihr blickt durch und ich höre von Euch. Mir ist das ein wichtiges Anliegen, und ich wüßte schon 2 Höfe, die in Frage kämen, vorausgesetzt wir stellen was auf die Beine.
Janni Vossen
Combalon
St. Felix de Sorgues
F–12400 St. Affrique
Tel. (003365) 99 55 57

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str. 7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Tagungen...Seminare...Treffen

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Bildungsurlaube
Who is Who im Umweltschutz?
19. bis 23.1.1987
Ökologisches Bauen und Heizen
26. bis 30.1.1987

Wochenendseminare
Pestizide – chemische Keule für Natur
9. bis 11.1.1987
Altersversorgung für Kollektive
23. bis 25.1.1987
Anlehngewächshäuser und Wintergärten
30.1. bis 1.2.1987
Trinkwasser sparen
20. bis 22.2.1987

Zukunftschancen neuer Genossenschaften
13.2. bis 15.2.87

Ursprünglich – Mitte des vorigen Jahrhunderts – euphorisch als Lösung der „Sozialen Frage" diskutiert, gerieten Produktivgenossenschaften zumindest in Deutschland mehr oder weniger in Vergessenheit. Gründe waren die geringe quantitative Bedeutung und die negativen Erfahrungen mit Unternehmen dieser Rechtsform, deren entscheidendes Merkmal die Identität von Eigentümern und Beschäftigten darstellte. Sie scheiterten meist aufgrund von Kapital- und Absatzproblemen, wurden wegen interner Konflikte aufgelöst und verloren infolge wirtschaftlicher Erfolge ihren genossenschaftlichen Charakter.

Gegenwärtig wird oft von einer Renaissance der Genossenschaftsbewegung gesprochen. Dabei kommt auch die genossenschaftliche Rechtsform wieder ins Gespräch, trotz vieler Vorbehalte, die ihr wegen einer möglichen Einflußnahme durch die Prüfungsverbände entgegengebracht werden. Der Charakter und die Situation genossenschaftlicher Unternehmen hat sich gewandelt. Insofern ist es interessant, sich erneut und intensiv mit den Zukunftschancen kooperativer Betriebe auseinanderzusetzen.

Im Mittelpunkt des Seminars stehen Projekte und Betriebe, die die Rechtsform der Genossenschaft gewählt haben, auch wenn sie keine Produktiv-Genossenschaften sind. Ihre Erfahrungen werden in einem umfassenden Zusammenhang gestellt. Neben einem Ausflug in die Geschichte liegt ein Schwergewicht auf der Darstellung und Diskussion innerbetrieblicher Schwierigkeiten. Auch die aktuellen politischen Entwicklungen in der „Szene" sowie bei SPD und GRÜNEN soll einbezogen werden. Ziel des Seminars ist, bisherige aktuelle Erfahrungen mit der genossenschaftlichen Rechtsform aufzuarbeiten und Interessierte auf juristische und gruppendynamische Schwierigkeiten und Chancen bei Projektgründungen „einzustimmen".

Für die Vorbereitung empfehlen wir das Buch „Produktivgenossenschaften oder Der Hindernislauf zur Selbstverwaltung", erhältlich bei der AG SPAK-Publikationsstelle, Kistlerstr. 1, 8000 München 90, oder beim Buchversand im Energie- und Umweltzentrum für DM 24,–

2. Projekte-Treffen Baden-Württemberg

Nachdem Ende November 1986 eine erste Diskussion zur Gründung einer Baden-Württembergischen Interessensvertretung der Selbstverwalteten Betriebe (vgl. CONTRASTE Nr. 27/86, Seite 2) stattfand, soll nun die Diskussion fortgeführt werden. Die bisher beteiligten Projekte laden für das Wochenende vom 31. Januar bis zum 1. Februar 1987 in die Zwickmühle nach Bad Rappach ein.
Anmeldung und weitere Informationen über:
Ökotherm Heizungsbau GmbH
Eschenauer Str. 19
7117 Bretzfeld-Waldbach
Tel. (07946) 15 75

Red. Heidelberg Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, sollen im April '87 aktualisiert und erweitert, neu aufgelegt werden. Wer in diesem Branchen- und Projektführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit **CONTRASTE, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1**, in Verbindung setzen. Die Adresseneinträge sind kostenlos.

Um die **BUNTEN SEITEN** finanzieren zu können, bitten wir Betriebe und Projekte um eine Schaltung von Inseraten. Preisbeispiel: Anzeige 2-spaltig, 90 mm breit und 40 mm hoch, kostet 80 DM netto.
Die **Anzeigenpreisliste** ist ab sofort abrufbar.
Redaktionsschluß für diese Frühjahr/Sommerausgabe ist der **15. Februar 1987**.

Hof Barkelsby

Frauen und Männer
Was ist aus unseren Ideen und Wünschen nach Veränderung geworden
vom 16. bis 18. Januar 1987

Musik zum „Antasten"
... für Erwachsene, die gerne die Anfangshürden zum Musikmachen mit Akkordeon, Keyboard... überwinden möchten.
vom 23. bis 25. Januar 1987

Eutonie
... eine Einführung in diese neue Form der Körpertherapie
vom 30.1. bis 1.2.87

Prospekt anfordern bei:
Hof Barkelsby e.V.
Selbstverwaltetes Tagungshaus an der Ostsee
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

KOBI

Im Rahmen des KOBI-Sonderprogramms:
Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und für selbstorganisierte Betriebe und Projekte beginnen Ende Januar und im Februar folgende Kurse:

Jahresabschluß
Wer muß einen Jahresabschluß durchführen?
Erfolgsermittlung durch Jahresabschlußtechniken: Vermögensvergleich, Einnahmen-Überschußrechnung, Bilanzierung, steuerrechtliche und handelsrechtliche Durchführung
ab Mittwoch, 28.1.87 wöchentlich 5mal jeweils von 19.30 Uhr bis 22 Uhr

Projektfindung
Ideen für neue Arbeitsmöglichkeiten ergeben sich aus bisherigen Erfahrungen und Qualifikationen als auch auf die Zukunft gerichteten Interessen. Beide Stränge sollen durch ein *Ideenfindungsspiel* zutage gefördert werden.
Sonntag 1.2.1987 von 10 bis 17.30 Uhr

Personalverwaltung
Probleme der Lohnbuchhaltung – Sozialversicherungspflicht – Aushilfs - Arbeitsverträge – Vermittlung von Hilfsmitteln zur übersichtlichen Personalorganisation und Personaleinsatzplanung
ab Montag, 2.2.87 4mal wöchentlich von 19.30 Uhr bis 22 Uhr

Belegorganisation
Damit eine Buchführung überschaubar bleibt, ist eine Belegorganisation sinvoll
ab Dienstag, 3.2.87 wöchentlich 3mal von 19.30 bis 22 Uhr

Ein ausführliches Programm ist gegen Rückporto (50 Pfg.) erhältlich beim
Kommunikativen Bildungswerk
Lange Str. 79a
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23
Wichtig: Alle Kurse finden in Dortmund statt und sind **ohne** Übernachtung und Verpflegung.

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Hypnose – Möglichkeiten und Grenzen
Hypnose als Methode zur Tiefenentspannung
vom 23. bis 25. Januar 1987

Fußreflexzonenmassage
vom 23. bis 25. Januar 1987

Regenerative Energiequellen
Alternativen zur Energieversorgung und ihre Relevanz
vom 23. bis 25. Januar 1987

Yoga für den Alltag
vom 30.1. bis 1.2.1987

Weibliche Macht und Gewalt
Selbsterfahrungsgruppe für Frauen
vom 30.1. bis 1.2.1987

Anmeldung und Information:
Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeit
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1
Tel. (0228) 67 46 63

Anarchismus-Seminar in der evangelischen Akademie Arnoldshain
vom 23. bis 25. Januar 1987
u.a. „Auflösung der (Gewerkschafts)arbeit und anarchistische Perspektiven ' mit Wolfgang Haug (SF)
Anmeldungen über:
Martin Niemöller-Haus
6384 Schmitten/Taunus
Tel. (06084) 300

„Gemeinsam und selbstbestimmt – auf dem Weg zu neuen Wirtschaftsformen"

Eine Veranstaltungswoche zur gleichnamigen Ausstellung vom 6. bis 15. Februar 1987 im „B 45", Jugend- und Kulturzentrum Neckargemünd. Das Programm findet Ihr auf Seite 2

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

Wir haben noch Seminarplätze in folgenden Kursen frei:

Hexenverfolgung – zwischen Mythos und grausamer Realität
vom 6. bis 8. Februar 1987

Elektronik – kleine elektrische Geräte selbst gebaut
vom 15. bis 20. Februar 1987

5. Baufachfrauentreffen
vom 20. bis 22. Februar 1987

Mit Stimme spielen
vom 22. bis 27. Februar 1987

Nähere Informationen und das neue Frühjahrsprogramm bitte mit frankiertem Rückumschlag anfordern. Anschrift siehe oben.

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
sonst DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose und Schüler
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . .Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . .BLZ.: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, 6370 Oberursel 5, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an: CONTRASTE,
c/o STATTwerke e.V., Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61